

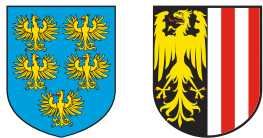


REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesrat

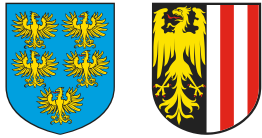
MASTERPLAN LÄNDLICHER RAUM

Tätigkeitsbericht des Bundesrats 2019/2020

Niederösterreich | Oberösterreich



Tätigkeitsbericht des Bundesrats 2019/2020





Bundesratspräsident Karl Bader | Niederösterreich



Bundesratspräsident Robert Seeber | Oberösterreich

Inhalt

VORWORTE DER BUNDESRATSPRÄSIDENTEN

Karl Bader	6
Robert Seeber.....	8
Die Fraktionsvorsitzenden im Bundesrat	10
Der Bundesrat im vergangenen Jahr	14
Bundesrat als Europakammer.....	16

NIEDERÖSTERREICHISCHE PRÄSIDENTSCHAFT..... 22

Antrittsrede Bundesratspräsident Karl Bader	23
Landeshauptfrau Mikl-Leitner im Bundesrat.....	29
Bundesrat im Bundesland Niederösterreich	32
Chancen der Dezentralisierung	37
Strategien von Belgien und Frankreich	45
Dezentralisierung von Bundesdienststellen	50
Nah an den Menschen sein als Voraussetzung für Politik.....	52

Veranstaltungen

Tag der offenen Tür	58
Jugendparlament 2019 tagt zur Zukunftssicherung.....	60
30 Jahre UN-Kinderrechtskonvention	62

Parlamentarische Diplomatie

Blick in die Zukunft eines gemeinsamen Europas.....	66
Austausch auf internationaler Ebene.....	68

OBERÖSTERREICHISCHE PRÄSIDENTSCHAFT..... 74

Antrittsrede Bundesratspräsident Robert Seeber	75
Bundesländer – wesentliche Mitgestalter der Republik	80
Regierung präsentiert ihr Programm im Bundesrat	84
Die Coronakrise im Bundesrat	86
Ärmel hochkrepeln und nach vorne schauen.....	92

Veranstaltungen

25 Jahre Beitritt Österreichs zur Europäischen Union	96
Holocaustgedenktag: Erinnern als Auftrag	98
Klimajugendrat im Parlament.....	102
Sonderpräsidialsitzung zum Gedenktag.....	104

Parlamentarische Diplomatie

Austausch auf internationaler Ebene.....	108
--	-----

Statistik	110
Bildnachweis	112
Impressum	114

KARL BADER

Präsident des Bundesrats



Niederösterreich | 2. Halbjahr 2019

Das zweite Halbjahr 2019 fiel in eine politisch bewegte Zeit. Langfristige Vorbereitungen für den niederösterreichischen Vorsitz in der Länderkammer waren plötzlich Ende Mai, als der Regierung vom Parlament das Misstrauen ausgesprochen wurde, obsolet. Vieles, das schon im Vorfeld der Bundesratspräsidentschaft geplant war, musste überarbeitet werden. Es folgte die Einsetzung einer Beamtenregierung, die bis zur Angelobung der neuen Regierung im Jänner 2020 den Staat verwaltete. Erstmals in der Zweiten Republik stand dem Bundesrat keine gewählte Regierung gegenüber.

Dennoch ist es gelungen, in der Präsidentschaft des zweiten Halbjahrs 2019 einen Grundstein zu legen, auf den folgende Vorsitze in der Länderkammer aufbauen können. Erstmals wurde mit dem Masterplan ländlicher Raum ein Thema positioniert, das nicht nur die niederösterreichische Präsidentschaft leitete, sondern auch die nächsten Präsidentschaften prägen soll. Mit dem Masterplan wurden konkrete Perspektiven und Lösungen aufgezeigt, um die Wirtschafts- und Lebensbedingungen am Land systematisch zu verbessern und die Zukunft des ländlichen Raums zu sichern.

Mit dem Masterplan konnte auch deutlich gemacht werden, wofür der Bundesrat steht: die Interessen der Bundesländer und Gemeinden in der Bundespolitik zu vertreten. Das Thema soll den Bundesrat zudem für die nächsten Jahre in der Öffentlichkeit besser wiedererkennbar machen und ihm ein schärferes Profil verleihen. In den nächsten Jahren soll er das Leitthema des Bundesrats sein, wobei sich jedes vorsitzführende Bundesland ein Schwerpunktthema dazu verordnet.

„Ich freue mich, dass mein Bundesland Niederösterreich und ich persönlich einen Beitrag zur Förderung der ländlichen Regionen leisten konnten. Den Vorsitz im Bundesrat habe ich mit großer Freude geführt. Ich danke allen, die diese Präsidentschaft tatkräftig unterstützt und mit Interesse begleitet haben.“

Karl Bader

Die niederösterreichische Präsidentschaft widmete sich diesbezüglich der Dezentralisierung. Zum Ausdruck kam dieser Schwerpunkt insbesondere in einem Initiativantrag des Bundesrats, der zum Inhalt hatte, dass die Bundesministerien bei der Errichtung einer neuen Dienststelle des Bundes künftig zu prüfen

hätten, ob diese außerhalb der Bundeshauptstadt angesiedelt werden könne. Dieser Antrag wurde in der letzten Bundesratssitzung des zweiten Halbjahrs 2019 verabschiedet.

Um alle Bundesländer in die verstärkte Förderung der ländlichen Regionen einzubinden, habe ich alle neun Landtagspräsidenten besucht. Die Präsidentschaft im Bundesrat stand deshalb auch in enger Zusammenarbeit mit dem niederösterreichischen Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz.

Ein wichtiger Tag für unser Leitthema war die parlamentarische Enquete, die unter dem Motto „Nah an den Menschen. Bereit für die Zukunft. – Chancen der Dezentralisierung“ stand. Internationale Fachleute haben uns dabei ein anschauliches Bild davon vermittelt, was in Zukunft passieren kann, wenn die Entwicklung ländlicher Regionen vernachlässigt wird. Weil man immer von anderen lernen kann, habe ich mit einer Bundesratsdelegation in Paris mit dem französischen Senatspräsidenten darüber gesprochen, wo die Ursachen der Probleme der ländlichen Regionen liegen. In Brüssel haben wir ein Gespräch mit der Präsidentin des belgischen Senats über den Föderalismus und die Rolle des belgischen Senats geführt. Beide Auslandsbesuche haben wertvolle Informationen gebracht und uns dabei aufgezeigt, welchen Weg Österreich beschreiten sollte, um Probleme anderer Staaten im ländlichen Raum zu vermeiden.

Viele weitere Termine haben meinen Kalender ausgefüllt: vom Meeting of Speakers of Eurasian Countries' Parliaments in Kasachstan oder der Parlamentspräsidentenkonferenz des Europarats in Straßburg bis zur Sitzung der Jugend der baltischen und nordischen Region, dem Schülerparlament oder Gesprächen mit Botschaftern. Um mit dem Bundesrat

nah an den Menschen sein zu können, war es mir ein Anliegen, mit der Länderkammer hinaus in die Bundesländer zu gehen. Wir waren in Stift Göttweig und in Krems, um uns zunächst europäischen Fragen zu widmen und uns dann vor Ort anzusehen, wie sich der Beschluss des Bundesrats, die Donau-Uni in den Universitätsverband aufzunehmen, ausgewirkt hat. Diese Initiative Bundesrat im Bundesland wurde erstmals durchgeführt und soll auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

„Nah an den Menschen“ bedeutete für mich aber auch, viele Bürgerinnen und Bürger ins Parlament hereinzuholen, und nicht nur zu ihnen hinauszugehen. Mehrere Hundert Besucher waren deshalb bei mir zu Besuch im Hohen Haus, und für mich war es ein besonderes Erlebnis, den vielen Gruppen von Schülern bis Senioren unsere Arbeit näherbringen zu können. Auch am 26. Oktober, dem Tag der offenen Tür, sind Tausende Besucher ins Parlament gekommen; sehr viele davon haben auch den Bundesratspräsidenten besucht.

Der Bundesrat ist im zweiten Halbjahr 2019 seiner Rolle als Länderkammer mehr als gerecht geworden. Ich freue mich, dass mein Bundesland Niederösterreich und ich persönlich einen Beitrag zur Förderung der ländlichen Regionen leisten konnten. Den Vorsitz im Bundesrat habe ich mit großer Freude geführt. Ich danke allen, die diese Präsidentschaft tatkräftig unterstützt und mit Interesse begleitet haben.



Ihr Bundesratspräsident
Karl Bader

ROBERT SEEBER

Präsident des Bundesrats



Oberösterreich | 1. Halbjahr 2020

Die oberösterreichische Präsidentschaft im Bundesrat stand unter dem Motto Masterplan ländlicher Raum. Diese Leitlinie der Länderkammer, die über mehrere Präsidentschaften verfolgt wird, soll den Bundesrat über längere Zeit wiedererkennbar machen und ihm ein stärkeres Profil verleihen. Der Schwerpunkt der oberösterreichischen Präsidentschaft lag dabei auf der Wirtschaft, insbesondere auf der Arbeitsmarkt- und Standortpolitik.

Dazu sollte unter anderem eine parlamentarische Enquete abgehalten werden, und auch der Bundesrat im Bundesland, in dessen Rahmen die Bundesrätinnen und Bundesräte innovative oberösterreichische Leitbetriebe besucht hätten, wäre unter diesem Zeichen gestanden. Das Schicksal wollte es aber anders.

Das oberösterreichische Halbjahr hatte mit dem Hissen der oberösterreichischen Fahne vor dem Parlament, dem Besuch von Landeshauptmann Thomas Stelzer und vieler Oberöreicher im Parlament vielversprechend begonnen. In der ersten Bundesratssitzung, in der ich den Vorsitz führte, erfolgte die Regierungserklärung der neuen Bundesregierung. Die Weichen für ein gutes Halbjahr waren also gestellt.

Anlässlich der 25-jährigen EU-Mitgliedschaft Österreichs habe ich Mitte Februar noch mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Martin Selmayr, dem Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, und EU-Kommissar Johannes Hahn im Haus der EU zu diesem denkwürdigen Jubiläum gesprochen.

Mit dem Nationalratspräsidenten konnte ich dann in der Wiener Börse und im Parlament der Opfer des Holocausts gedenken und wir haben an die

Ausschaltung des Parlaments im Jahr 1933 erinnert. Auch die Gespräche mit dem Senatspräsidenten Usbekistans, dem japanischen Botschafter oder der Botschafterin Sloweniens hätten ein Business as usual im Bundesrat vermuten lassen.

Ab März war aber plötzlich alles anders, die Präsidentschaft sollte mit keiner anderen in der 100-jährigen Geschichte des Bundesrats vergleichbar sein. Der Schwerpunkt des Vorsitzes im Bundesrat lag nun auf dem Krisenmanagement betreffend die Corona-Pandemie, die die internationale Politik noch

„Ich bin stolz darauf,
wie die Menschen
in unserem Land in
den letzten Monaten
zusammengehalten
haben und dass ich
gemeinsam mit den
anderen Mitgliedern
des Bundesrats
einen Beitrag zur
Bewältigung der Krise
leisten konnte.“

Robert Seeber

weit über dieses Halbjahr hinaus beschäftigen sollte. Zunächst lag das Augenmerk auf der schnellstmöglichen Eindämmung der Ansteckungsgefahr, um unser Gesundheitssystem vor der befürchteten Überlastung zu schützen.

In Sondersitzungen des Bundesrats, eine davon fand an einem Sonntag zwei Stunden nach dem Nationalratsplenum statt, wurden Maßnahmenpakete zur Bekämpfung der Coronakrise diskutiert und verabschiedet.

Die Mitglieder des Bundesrats besetzten die Plätze im Plenarsaal zunächst mit großem Abstand zueinander, später fanden Sitzungen sogar in freiwillig verminderter Anzahl von Mandatarinnen und Mandataren statt, um das Infektionsrisiko zu minimieren.

Sämtliche geplanten Veranstaltungen, von der Enquete und dem Bundesrat im Bundesland bis zu den Auslandsbesuchen und vielen weiteren parlamentarischen Terminen, wurden abgesagt, um die weitere Ausbreitung des Virus zu verhindern.

Der oberösterreichische Schwerpunkt Wirtschaft stand nun – nach der ersten Bewältigung der gesundheitlichen Krise – unter neuem Vorzeichen: Es galt, die drohende Wirtschaftskrise bestmöglich in den Griff zu bekommen.

Die raschen Hilfsmaßnahmen, die im National- und Bundesrat in kürzestmöglicher Zeit verabschiedet wurden, konnten – insbesondere in den ersten Wochen und Monaten der Krise – vielen Unternehmern und Arbeitnehmern das wirtschaftliche Überleben sichern. Der gesundheitliche Aspekt der Krise stand dabei aber stets im Vordergrund.

Gegen Ende des oberösterreichischen Vorsitzes im Bundesrat hatte sich die gesundheitliche Krise bereits deutlich entschärft, die wirtschaftlichen Folgen sollten – nicht nur in Österreich – aber lange darüber hinaus andauern.

Ich blicke auf diese Präsidentschaft nicht mit Enttäuschung über das, was nicht stattfinden konn-

te, zurück, sondern mit Freude über das, was wir im Parlament zusammen erreicht haben. Gemeinsam ist es uns gelungen, über die Parteigrenzen hinweg Maßnahmen zu beschließen, durch die wir in der ersten Phase sehr gut durch diese Krise kommen konnten. Das zeigen jedenfalls die internationalen Vergleiche. Viele der Gesetze zur Bewältigung der Pandemie wurden im Bundesrat zudem einstimmig beschlossen – trotz des großen Zeitdrucks.

Der Bundesrat hat in dieser schwierigen Zeit unter Beweis gestellt, dass er als eine der tragenden Säulen dieser Republik die Interessen der Österreicherinnen und Österreicher bestens vertreten hat. Kurzfristig einberufene gemeinsame Präsidialsitzungen des National- und Bundesrats haben gewährleistet, dass im Zusammenspiel der beiden Kammern des Hohen Hauses schnell und effizient gehandelt werden konnte, um Leben zu schützen und die Sicherheit aufrechtzuerhalten. Die Österreicherinnen und Österreicher haben zudem vorbildlich reagiert und die hohe Disziplin unserer Bürgerinnen und Bürger hat das Schlimmste verhindert.

Ich bin stolz darauf, wie die Menschen in unserem Land in den letzten Monaten zusammengehalten haben und dass ich gemeinsam mit den anderen Mitgliedern des Bundesrats einen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten konnte. Letztendlich hat diese Krise auch mich wieder daran erinnert, dass ich in keinem Land der Welt lieber zu Hause bin als in Österreich.



Ihr Bundesratspräsident
Robert Seeber



KARL BADER
ANDREA EDER-
GITSCHTHALER
(ÖVP)



Der nun vorliegende Bericht über die Tätigkeiten des Bundesrats informiert über eine außergewöhnliche Zeit in unserer Republik: Im zweiten Halbjahr 2019 gab es erstmals keine gewählte, sondern eine Übergangsregierung. Das erste Halbjahr 2020 war geprägt von der Coronakrise.

Beide Situationen brachten auch für den Bundesrat ihre jeweiligen Herausforderungen mit sich.

Die Vorbereitungen auf die niederösterreichische Präsidentschaft waren von neuen Impulsen für die zweite Kammer des Parlaments gekennzeichnet. Um den Wiedererkennungswert des Bundesrats zu stärken, war es das Ziel, mit dem Masterplan ländlicher Raum und dem niederösterreichischen Schwerpunkt Dezentralisierung ein Leitthema über mehrere Jahre zu setzen, das auch in den nächsten Präsidentschaften im Mittelpunkt stehen soll. Die neue Initiative Bundesrat im Bundesland hatte zum Ziel, die Auswirkungen unserer Beschlüsse auch vor Ort zu prüfen und mit den handelnden Personen zu diskutieren.

Durch diese Initiativen ist es dem Bundesrat gelungen, als Länderkammer in den Regionen präsent zu sein und die Menschen und ihre Anliegen in das Parlament hereinzuholen. Auf eine bürgernahe Politik und die Stärkung des ländlichen Raums zielt auch der unter niederösterreichischer Präsidentschaft eingebrachte Gesetzesantrag des Bundesrats ab: Künftig soll vor der Einrichtung neuer Bundesdienststellen geprüft werden, ob diese außerhalb der Bundeshauptstadt angesiedelt werden können. Es ist notwendig, strukturschwache Regionen zu stärken und nah an den Menschen zu sein.

Die Präsidentschaft Oberösterreichs hatte sich sehr viel im Hinblick auf die Stärkung dezentraler Wirtschaftsstandorte vorgenommen. Der Bundesrat war im ersten Halbjahr 2020 intensiv gefordert, die Gesetzesinitiativen der Regierung hinsichtlich der Bekämpfung des Coronavirus und seiner wirtschaftlichen Folgen zu unterstützen. Zahlreiche Sondersitzungen prägten das erste Halbjahr 2020. Die bisher gewohnten parlamentarischen Abläufe mussten teilweise zeitlich sehr gedrängt und gestrafft abgewickelt werden. Das brachte Diskussionen mit sich – dennoch war stets ein ordnungsgemäßer, rechtsstaatlicher Gesetzgebungsprozess sichergestellt. Eines zeigte sich ganz deutlich: Auch in Krisenzeiten bilden die Demokratie und ein funktionierendes Parlament das starke Fundament unserer Republik.

Die Vorbereitungen für die Vorsitzübernahme durch Salzburg, nach der es auch wieder eine Veranstaltung Bundesrat im Bundesland geben soll, laufen sehr gut. Unter dem Blickwinkel der Coronakrise wird das Hauptaugenmerk auf die Kultur des Miteinanders in den Regionen gelegt, und so wird, in Fortsetzung des Masterplans ländlicher Raum, das Thema Dezentralisierung weiterverfolgt.

Einen besonderen Dank möchten wir gerade in dieser herausfordernden Zeit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesratsdirektion sagen, allen voran Frau Bundesratsdirektorin Dr. Susanne Bachmann!



KORINNA SCHUMANN (SPÖ)

Das zweite Halbjahr 2019 und das erste Halbjahr 2020 waren für den österreichischen Bundesrat in mehrfacher Hinsicht eine besondere Phase. Nach dem erschütternden Skandal um das Ibiza-Video kam es Ende September zu Neuwahlen, und bis zur Einigung auf eine neue Koalition zwischen ÖVP und Grünen war mit der Übergangsregierung Bierlein ein ExpertInnenkabinettt im Amt. Dadurch ergaben sich für das Parlament mehr Möglichkeiten, Initiativen einzubringen und zu beschließen.

Die SPÖ-Fraktion brachte beim Verfassungsgerichtshof in großen Teilen sehr erfolgreiche Beschwerden zu folgenden Materien ein: Überwachungspaket der Bundesregierung, das Sozialversicherungsreformgesetz und das Gesetz zur „Sozialhilfe Neu“. Hier wurde einmal mehr deutlich, wie wichtig die parlamentarische Kontrolle für ein funktionierendes Staatsgefüge ist.

Durch die neu geschlossene Koalition zwischen ÖVP und Grünen mit Beginn des Jahres 2020 entwickelte sich auch eine neue Konstellation für den Bundesrat. Während die Regierung im Nationalrat eine Mehrheit hat, ist diese im Bundesrat nicht gegeben. Als sozialdemokratische Fraktion konnten wir daher in der jüngeren Vergangenheit auch wesentliche Impulse setzen: Die Gesetzesanträge zur Erhöhung des Arbeitslosengelds und zum Schutz von Risikogruppen sowie die begründeten Einsprüche gegen Gesetzesvorlagen zeigen die Relevanz der Länderkammer.

Mit einer Unterstützung des Antrags zum Teileinspruchsrecht durch alle Parteien hätte der Bundesrat an Bedeutung gewonnen, leider gab es dazu seitens der ÖVP und der Grünen keine Zustimmung. Das ist insofern bedauerlich, als die beiden genannten Fraktionen in der Vergangenheit,

gemeinsam mit den anderen Fraktionen, für das Teileinspruchsrecht optiert haben. Aufgrund der derzeitigen Stärkeverhältnisse im Bundesrat scheint es aber nicht im Interesse der Regierungsfaktionen gewesen zu sein, hier zu einer Aufwertung der Länderkammer beizutragen.

Im Berichtszeitraum fanden innerhalb der SPÖ-Fraktion zahlreiche personelle Änderungen statt: Nach der Wahl in der Steiermark schieden Vizepräsident Hubert Koller und Martin Weber aus ihren Funktionen aus, Horst Schachner wurde neuer Bundesrat. Der Salzburger Michael Wanner übernahm die Funktion des Vizepräsidenten. Auch nach der erfolgreichen Landtagswahl im Burgenland kam es zu einer Veränderung: Auf Jürgen Schabhützl folgte Sandra Gerdenitsch. Mit großer Trauer mussten wir den Tod unseres Kärntner Bundesrats und Freundes Dr. Gerhard Leitner beklagen. Auf diesen folgte mit Nicole Riepl eine neue Bundesrätin aus Kärnten nach.

Eine Vielzahl der Sondersitzungen in der Covid-Krise wurde unter strengen Sicherheitsbestimmungen bestritten. Diese Sitzungen, die in ihrem Umfang häufig sehr ausladend waren, konnten nur dank der Anstrengungen der zahlreichen MitarbeiterInnen gelingen. Für den großen Einsatz aller MitarbeiterInnen im Parlament und in den Klubs möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken!

Als SPÖ war es uns besonders wichtig, die parlamentarische Normalität trotz der Pandemie sicherzustellen, weil wir der Überzeugung sind, dass eine Gesundheitskrise nicht zu einer Krise der Demokratie führen darf. Dieser Ausdruck staatspolitischer Verantwortung ist mit Blick auf die Entwicklung unserer Demokratie zentral. Als Sozialdemokratie werden wir hier mit aller Kraft weiter daran mitwirken.



MONIKA MÜHLWERTH (FPÖ)

2019 war ein ereignisreiches Jahr. Es kam zur Aufkündigung der Koalition durch die ÖVP entgegen der Absprachen, die im Zuge der Ibizaaffäre getroffen wurden. Nach einem Misstrauensantrag, der im Nationalrat eine Mehrheit fand, musste die nunmehrige ÖVP-Alleinregierung den Hut nehmen. Es wurde vom Bundespräsidenten eine Übergangsregierung, bestehend aus Experten, angelobt. Durch die Abwahl der Regierung gab es natürlich kein Koalitionsübereinkommen mehr und es bildeten sich neue Mehrheiten. Das war insofern spannend, als ja verschiedene Parteien allen Gegensätzen zum Trotz immer wieder überschneidende Themen und Sichtweisen haben. Für das Parlament, so finde ich, war das sicher gut, denn eine Mehrheitsfindung ohne Koalitionszwang hat auch für die Bürger ihren Reiz.

Spannend war auch die EU-Wahl, die ja nur eine Woche nach dem Bekanntwerden von Ibiza stattfand. Der leichte Verlust der FPÖ war verschmerzbar, wenn auch nicht erfreulich, und nach dem Abtreten von Jean-Claude Juncker wurde auch ein neues Präsidium gewählt. Es war ein ziemliches Gerangel und Gezerre um die Präsidentschaft, die – wie Zeitungen kolportierten – nach einem Gemaschel zugunsten Deutschlands ausging.

Das vorrangige Ziel der neuen Präsidentin war es nun, einen Green Deal für die EU zu verkünden, um die CO₂-Emissionen zu senken. Das wird zwar von einer Mehrheit begrüßt, allerdings gibt es auch andere Meinungen, die aber leider kein Gehör finden. Das ist schade, denn in demokratischen Gesellschaften, hinsichtlich derer die EU ja immer mit Stolz darauf verweist, dass sie einer der Grundpfeiler der Europäischen Union sind, sind unterschiedliche, ja gegenteilige Meinungen das Salz in der Suppe. Daher sollten alle in der Politik stets daran denken, dass nur ein – vielleicht manchmal auch heftig geführter – Meinungs Austausch das Wesen der Demokratie ist. Alles andere wäre diktatorisch, und das haben wir ja hoffentlich überwunden.

Nach der Wahl zum Nationalrat gab es lange Verhandlungen zwischen der ÖVP und den Grünen, was letztendlich in einer Koalition der beiden Parteien mündete. Das nicht ganz Neue, aber Spannende ist, dass es nun im Bundesrat andere Mehrheiten, nämlich von SPÖ und FPÖ, als im Nationalrat gibt. Neu ist das deshalb nicht, weil es das in der ersten Koalition von FPÖ und ÖVP auch schon gab, nur damals hatten die SPÖ und die Grünen eine Mehrheit im Bundesrat.

Aufgrund der Coronakrise konnte man von dieser Regierung in sachlicher Hinsicht noch nicht so viel sehen, um eine Beurteilung abgeben zu können. Für die Zukunft sei aber auch dieser Koalition ins Stammbuch geschrieben, dass auch die Oppositionsparteien gute Ideen haben und man sie nicht immer reflexartig ablehnen sollte. Die Bürger Österreichs verlangen zu Recht, dass die Parteien für die Menschen und das Land arbeiten und daher mehr aufeinander zugehen sollten. Ich unterstelle jeder Partei in Österreich im positiven Sinn, dass sie nur das Beste für Land und Leute will. Daher ist es umso wichtiger, dass wir auch versuchen, das gemeinsam zu erreichen.



MARCO SCHREUDER (GRÜNE)

Ein Rückblick, der auch ins Jahr 2019 zurückblickt, wäre aus Sicht der grünen Fraktion eigentlich recht kurz, denn genau genommen waren die Grünen den Großteil des Jahres 2019 noch keine Fraktion. Dies geschah erst nahezu zeitgleich mit dem Comeback durch die Nationalratswahl, nämlich den Landtagswahlen in der Steiermark und in Vorarlberg im Herbst 2019.

Davor waren Ewa Ernst-Dziedzic und David Stögmüller die beiden – und lange Zeit einzigen – Bundesrät*innen der Grünen. Nunmehr sind beide Abgeordnete zum Nationalrat. Bei den zwei ehemaligen Mitgliedern der Länderkammer möchte ich mich daher ganz herzlich für die hervorragende Arbeit bedanken. Zu vier Bundesrät*innen und einer Fraktion wurden die Grünen dann erst zum Jahreswechsel – ein Comeback, das, nur aus interner Sicht, naturgemäß den Höhepunkt bei einem Jahresrückblick darstellt. Innenpolitisch dominierten freilich ganz andere Ereignisse.

Es war ein Video aus Ibiza, das die Innenpolitik Österreichs 2019 überschattet hat. Ein Jahresrückblick ohne dieses alles dominierende Ereignis zu erwähnen, dessen Folgen wir bis heute spüren und noch länger spüren werden, ist undenkbar. Ob dieses erschütternde und niederschmetternde Ereignis aber in der Politik etwas nachhaltig geändert hat (oder nicht), ist dabei die noch unbeantwortete Frage, denn zu Recht wird politische Kultur und mehr Transparenz eingefordert – und nicht immer eingelöst. In Sachen Transparenz stehen jedenfalls ambitionierte Neuerungen an.

Die Folge des Videos war eine neue Regierung, in der die ÖVP und die Grünen gemeinsam eine neue Idee des Regierens umsetzen wollen. Das verhandelte Regierungsprogramm ist enorm ambitioniert und sucht nicht immer nur den Kompromiss, sondern erlaubt Schwerpunkte. Klimaschutz als grüner Schwerpunkt ist dabei selbstredend.

Nun wäre es schön, wenn ich in diesem Rückblick von den ersten Schritten einer aktiven und engagierten Klimaschutzpolitik sprechen könnte, wäre da nicht ein anderes Ereignis eingetreten, das dieses Mal nicht nur die Innenpolitik erschütterte, sondern die gesamte Welt. Eine globale Pandemie stellte – und stellt! – uns alle vor völlig neue Herausforderungen. Die schwerste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg gilt es zu meistern, und es gilt die Rahmenbedingungen zu schaffen, um einerseits das Gesundheitswesen und Menschenleben zu retten und andererseits ein weiteres wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben zu ermöglichen.

Der Bundesrat hat eine wichtige Rolle bei allen gesetzten Maßnahmen gespielt und wird auch in Zukunft eine wesentliche Rolle spielen, denn diese Krise ist noch nicht zu Ende. Die größere – die Klimakrise – darf dabei aber nicht vergessen werden. Und neue Chancen müssen auch erkannt werden.

Der Bundesrat ist ein wesentlicher Bestandteil der von der eleganten Verfassung vorgegebenen Gesetzgebung. Als Brücke und Verbinder zwischen Gemeinden, Städten, Regionen, Ländern, Bund und Europa ist die Länderkammer ein wesentlicher Faktor der österreichischen Innenpolitik – wenn auch ein von den Medien kaum beachteter. Hier sei nebenbei erwähnt, dass der ORF bedauerlicherweise nur noch selten den Bundesrat überträgt. Daher lohnt ein Besuch. Kommen Sie mal vorbei und überprüfen Sie, ob wir politische Kultur leben – oder nicht. Feedback willkommen.

Der Bundesrat im vergangenen Jahr

Der Bundesrat tagt seit 1945 permanent, das bedeutet, es gibt keine Gesetzgebungsperioden wie im Nationalrat. Einige Landtagswahlen führten im abgelaufenen Berichtsjahr zur Verschiebung von Mandaten. Die Grünen wurden wieder zur Bundesratsfraktion. Ein besonderes Jubiläum feierte der Bundesrat in seiner Sitzung am 14. Jänner 2020: die 900. Sitzung in der Zweiten Republik.

Bundesratspräsident Robert Seeber hob in der Sitzung am 14. Jänner 2020 besonders den 19. Dezember 1945 hervor, ein Datum, das sich unauslöschlich in die Geschichte der Republik Österreich eingeschrieben hat: an diesem Tag waren am Vormittag der Nationalrat und am Nachmittag der Bundesrat zur jeweils ersten Sitzung in der Zweiten Republik zusammengetreten.

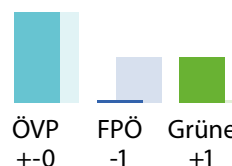
Der Bundesratspräsident ging in diesem Zusammenhang auch auf die Entwicklung Österreichs in den fast 75 Jahren seit 1945 hin zur heutigen Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein. Österreich habe nunmehr teil an der europäischen Integration, die als Antwort Europas auf den selbstzerstörerischen Nationalismus gesehen werden müsse, welcher zwei Weltkriege ausgelöst habe, unterstrich der Bundesratspräsident.

Aber auch das Selbstverständnis des Bundesrats habe sich dahin gehend verändert, sich über seine Funktion als Länderkammer hinaus immer mehr als Europakammer zu verstehen. Damit stelle sich der Bundesrat bewusst den Herausforderungen, welche die europäische Integration an die nationalen Parlamente richte, so Seeber. Die Länderkammer beziehe Position sowohl zur jeweiligen österreichischen Haltung zu Vorhaben im Rahmen der EU als auch zu den Rechtsaktentwürfen der Kommission.

Seeber betonte, dass der Bundesrat somit die Brücke zwischen Bürgernähe der Politik im Sinne eines Europa der Regionen einerseits und den großen politischen Herausforderungen unserer Zeit andererseits schlage, denen nur auf einer übernationalen, europäischen Ebene begegnet werden könne.

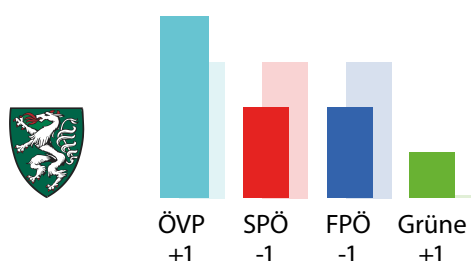
ÄNDERUNGEN AUFGRUND VON LANDTAGSWAHLEN

Die Vorarlberger Landtagswahl am 13. Oktober 2019 verschob ein Mandat von der FPÖ zu den Grünen, die damit wieder mit drei Mandaten in der Länderkammer des Parlaments vertreten waren. Die beiden weiteren Sitze gingen an die ÖVP, die damit 22 Sitze hatte. Auch die Fraktionsstärke der FPÖ änderte sich trotz Mandatsverlusts nicht, da der Vorarlberger Christoph Längle seit Juni 2019 als fraktionsloser Mandatar im Bundesrat fungiert hatte.



Die Landtagswahl in der Steiermark am 24. November 2019 brachte weitere Veränderungen. Sowohl die ÖVP als auch die Grünen gewannen ein Mandat, während SPÖ und FPÖ jeweils ein Mandat verloren. Damit verfügte die SPÖ nicht mehr über ein Drittel der Sitze in der Länderkammer und konnte somit Gesetzesbeschlüsse des Nationalrats, die die Kompetenzen der Länder betreffen, nicht mehr im Alleingang blockieren. Konkret entfielen von den neun steirischen Mandaten im Bundesrat vier auf die ÖVP (davor drei), je zwei auf die SPÖ und die FPÖ (bisher ebenfalls je drei) und ein Mandat auf die Grünen. Die Grünen erreichten damit nach der Landtagswahl in der Steiermark und nach dem Gewinn eines weiteren Mandats vier Mandate im Bundesrat. Das Recht auf Bildung einer Fraktion ist laut Geschäftsordnung erst ab fünf Mandaten möglich. Einem Antrag der Grünen

auf Bildung einer Fraktion wurde vom Bundesrat jedoch am 19. Dezember 2019 einhellig stattgegeben. Damit waren die Grünen auch wieder in den Ausschüssen stimmberechtigt. Zum Vizepräsidenten wurde am 19. Dezember 2019 Michael Wanner aus Salzburg gewählt, weil der Steirer Hubert Koller aus dem Bundesrat ausgeschieden war.



Die Landtagswahl im Burgenland am 26. Jänner 2020 hatte hingegen keine Änderungen bei der Mandatsverteilung im Bundesrat zur Folge.

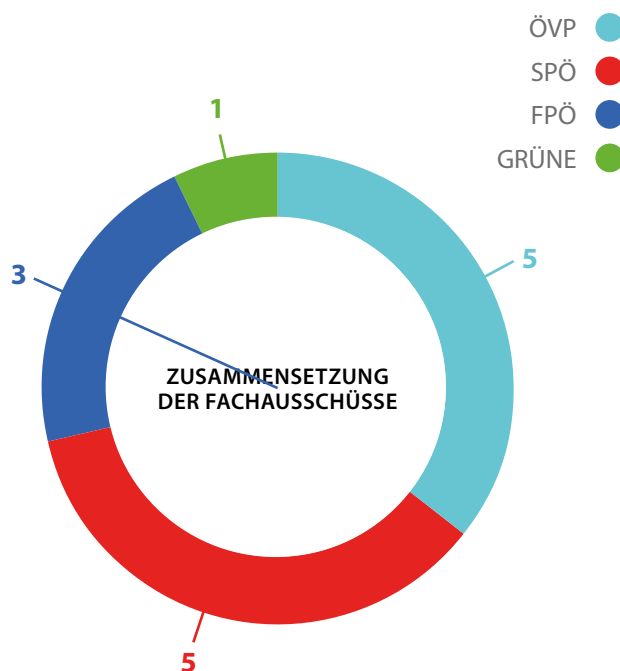


Magnus Brunner, Vizepräsident des Bundesrats zwischen 3. April 2018 und 13. Jänner 2020 und von 1. Mai 2009 bis 13. Jänner 2020 Mitglied des Bundesrats wurde am 7. Jänner 2020 als Staatssekretär im Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie angelobt. Als seine Nachfolgerin wurde Andrea Eder-Gitschthaler aus Salzburg einstimmig zur Vizepräsidentin gewählt.

24 AUSSCHÜSSE NEU GEWÄHLT

Im Zuge der Sitzung des Bundesrats am 13. Februar wurden auch die Ausschüsse neu gewählt. Die neue Zusammensetzung der Bundesratsausschüsse wurde nach den Landtagswahlen in der Steiermark und mit dem Wiedererlangen des Fraktionsstatus der Grünen im Bundesrat erforderlich.

Die 24 neugewählten Fachausschüsse sind jeweils mit 14 Mitgliedern und Ersatzmitgliedern besetzt, wobei jeweils fünf Mitglieder und Ersatzmitglieder auf die ÖVP, je fünf auf die SPÖ, je drei auf die FPÖ und je ein Mitglied und Ersatzmitglied auf die Grünen entfallen.



MITGLIEDER DES BUNDESRATS IN INTERNATIONALEN GREMIEN

Stefan Schennach (SPÖ) wurde Ende Jänner 2020 zum Generalberichterstatter für Medienfreiheit und die Sicherheit von JournalistInnen im Kulturausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg gewählt. In der Parlamentarischen Versammlung des Europarats sind überdies die Vizepräsidentin des Bundesrats Andrea Eder-Gitschthaler (ÖVP) und Bundesrat Eduard Köck (ÖVP) vertreten.

GESETZESANTRÄGE DES BUNDESRATS

Einen Gesetzesantrag brachte der Bundesrat im Zusammenhang mit der Prüfung der Verlegung von Bundesdienststellen in die Länder ein, einer der Schwerpunkte der niederösterreichischen Präsidentschaft von Karl Bader.

Ein weiterer Antrag betraf das Teileinspruchsrecht der Länderkammer und wurde am 13. Februar 2020 eingebracht. SPÖ und FPÖ beantragten dieses Recht, die Initiative wurde schließlich auch mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen. Der Bundesrat kann derzeit entweder das gesamte Paket an Gesetzen billigen oder dagegen Einspruch erheben.

Bundesrat als Europakammer

Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 hat nicht nur das Europäische Parlament an Bedeutung gewonnen, sondern auch die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union tragen – wie ausdrücklich im EU-Vertrag verankert ist – „aktiv zur guten Arbeitsweise der Union bei“. Der österreichische Bundesrat ist hierbei besonders aktiv und nimmt europaweit eine Vorreiterrolle ein.

Die Europäisierung der nationalen Parlamente hat seither eine beeindruckende Entwicklung genommen. Die Auseinandersetzung mit europäischen Themen und die Ausübung der Mitwirkungsrechte der nationalen Parlamente sind ein selbstverständlicher Bestandteil der parlamentarischen Arbeit im Bundesrat geworden. Der Bundesrat nutzt intensiv die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, sich in europäische Entscheidungsprozesse einzubringen. Hierzu steht ihm eine Reihe von Instrumenten zur Verfügung.

STELLUNGNAHMEN GEGENÜBER DER BUNDESREGIERUNG

Durch die Abgabe einer Stellungnahme hat der Bundesrat die Möglichkeit, in der Phase der Verhandlungen im Rat der EU beziehungsweise im Europäischen Rat dem/der zuständigen BundesministerIn beziehungsweise dem/der BundeskanzlerIn eine Verhandlungsposition und sogar eine Abstimmungsposition zu einem konkreten EU-Vorhaben vorzugeben. Dadurch wurde dem Bundesrat bereits mit dem EU-Beitritt 1995 durch die Bundesverfassung ein starkes Mitwirkungsrecht in EU-Angelegenheiten eingeräumt.

MITTEILUNGEN GEGENÜBER EU-ORGANEN

Der Bundesrat hat auch die Möglichkeit, sich mit Mitteilungen direkt an jedes EU-Organ zu wenden, wenn er zu einem bestimmten EU-Vorhaben seinen Standpunkt kommunizieren will.

Im Rahmen dieses politischen Dialogs steht die Möglichkeit, bereits weit im Vorfeld der Erlassung von Gesetzgebungsakten direkt Einfluss zu nehmen, im Vordergrund.

SUBSIDIARITÄTS- KONTROLLE

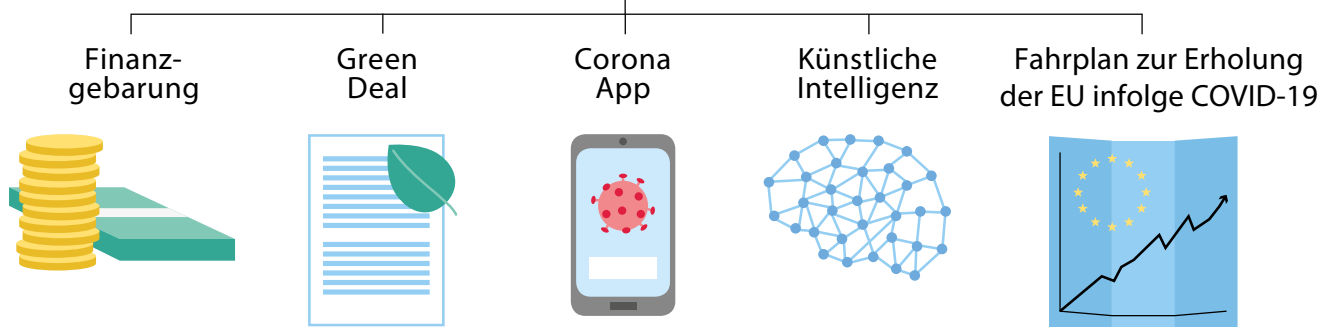
Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wurden die Mitwirkungsrechte der nationalen Parlamente zur Überprüfung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips verstärkt. Der Bundesrat hat seither das Recht zu überprüfen, ob Entwürfe für EU-Gesetzgebungsakte nicht besser auf mitgliedstaatlicher oder regionaler Ebene geregelt werden können. In diesem Verfahren konsultiert der Bundesrat auch alle österreichischen Landtage, die regelmäßig ihre Positionen übermitteln. Wenn der Bundesrat eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips feststellt, kann er Einspruch gegen den entsprechenden EU-Entwurf erheben, indem er eine begründete Stellungnahme beschließt, die auch als Subsidiaritätsrüge bezeichnet wird. Wenn eine bestimmte Anzahl von anderen nationalen Parlamenten beziehungsweise Kammern ebenfalls dieser Auffassung ist, können sie gemeinsam auf eine Verhinderung des Erlasses des betreffenden Rechtsakts auf EU-Ebene hinwirken.

DER EU-AUSSCHUSS DES BUNDESRATS

Der EU-Ausschuss des Bundesrats wurde bereits im Zuge des Beitritts Österreichs zur EU eingerichtet und zählt heute zu den aktivsten und anerkanntesten Europaausschüssen. Das österreichische Modell der parlamentarischen EU-Mitwirkung – insbesondere auch unter dem Aspekt der engen Zusammenarbeit mit den Landtagen und Landesregierungen – wurde bereits als europaweites Best-Practice-Modell ausgezeichnet.



VOM EU-AUSSCHUSS BEHANDELTE THEMEN 2. Halbjahr 2019 - 1. Halbjahr 2020



Intensive Befassung mit Vorschlägen für europäische Gesetzgebungsakte

Ein wesentliches Merkmal des EU-Ausschusses liegt darin, dass er selbst – im Namen des Bundesrats – Beschlüsse fassen kann. So obliegt ihm die direkte Wahrnehmung der EU-Mitwirkungsmöglichkeiten. Der EU-Ausschuss kann aber von sich aus wichtige Themen in das Plenum des Bundesrats bringen. Die intensive Arbeit des EU-Ausschusses bildet die solide Grundlage für die aktive Rolle des Bundesrats als Europakammer, was auch aus der Anzahl seiner Beschlüsse deutlich hervorgeht. So wurde der österreichische Bundesrat in den letzten Jahren in europaweiten Rankings wiederholt unter die drei aktivsten Kammern gereiht.

Der EU-Ausschuss des Bundesrats diskutiert regelmäßig über aktuelle Themen, so beschäftigte sich der Ausschuss im Berichtsjahr beispielsweise am 9. Oktober 2019 mit europäischer Arbeitsmarktpolitik. Debattengrundlage war ein Vorschlag der EU-Kommission zur Verlängerung des bestehenden EU-Netzwerks von öffentlichen Arbeitsverwaltungen (ÖAV) über das Jahr 2020 hinaus. Weitere Themen der Ausschusssitzung am 9. Oktober 2019 waren das Innovationsprogramm der Union zur Schaffung von mehr Wettbewerbsfähigkeit durch die Ressource Wissen. Ebenfalls Thema in der Sitzung am 9. Oktober war ein Bekenntnis zum nachhaltigen Schutz der Wälder. Im Sinne des Weltklimas tue die EU gut daran, auch auf Entwicklungen außerhalb ihrer Grenzen

zu achten, so Monika Mühlwerth (FPÖ). Allerdings dürften die durch Klimawandel beziehungsweise Monokulturen verursachten Waldschäden in Europa nicht übersehen werden, bestätigte sie Stefan Schennach (SPÖ), der auf den Mangel an Mischwäldern in Europa hinwies. Martin Preineder (ÖVP) problematisierte die Einfuhr von billigen und nicht nachhaltig produzierten Erzeugnissen in die EU: „Billigware stellt Marktungleichheiten her.“ Christoph Steiner (FPÖ) fügte an, auch billig gefälltes Holz aus anderen EU-Mitgliedstaaten setze die heimische Forstwirtschaft unter Druck.

EU-Ausschuss diskutiert Finanzgebarung der Union

Am 4. Dezember 2019 diskutierte der EU-Ausschuss des Bundesrats das Finanzmanagement der Europäischen Union. Vor allem die Ausschöpfung von EU-Fördermitteln beziehungsweise die vom Europäischen Rechnungshof (EuRH) geschätzte Fehlerquote bei diesen EU-Ausgaben beschäftigten die MandatarInnen: Laut EuRH-Jahresbericht 2018 lag der letztgenannte Wert mit 2,6 Prozent etwas über der Wesentlichkeitsschwelle von 2 Prozent. Als Ursache dafür wurden komplexe Verfahren im Zusammenhang mit Förderungen in Bereichen wie Ländliche Entwicklung und Kohäsion angesehen. Ungeachtet dessen wurde der EU-Rechnungsführung ein gutes Zeugnis ausgestellt. Sowohl bei Einnahmen als auch bei Ausgaben beurteilt der EuRH die Zahlungsflüsse als generell ordnungsgemäß und rechtmäßig.

Oskar Herics, Österreichs damaliger Vertreter im Europäischen Rechnungshof in Luxemburg, unterstrich gegenüber den Ausschussmitgliedern, bei der heimischen Landwirtschaft als Förderempfängerin gebe es kaum Beanstandungen. Einzig die weiterhin bestehenden Schwächen bei der Identifizierung von Almflächen nannte er „kein Ruhmesblatt für Österreich“. Leidtragende seien vor allem die Bäuerinnen und Bauern, die um ihr Recht gebracht würden, einwandfreie Zahlungsansprüche geltend zu machen. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben der Europäischen Union im Jahr 2018 auf 156,7 Milliarden Euro. Das entspricht laut Herics 2,2 Prozent der gesamten Staatsausgaben der EU-Mitgliedstaaten und 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der Union. Hinsichtlich Mittelausschöpfung liege die Republik mit derzeit 43 Prozent weit über dem EU-Durchschnitt von 27 Prozent.

EU-Ausschuss drängt auf enge Zusammenarbeit nach Brexit

Kurz vor dem geplanten Brexit, am 18. Dezember 2019, beschäftigte sich der EU-Ausschuss des Bundesrats intensiv mit dem Thema. Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU werde ziemlich sicher wie geplant vollzogen, so der britische Botschafter in Österreich, Robert Leigh Turner, vor dem Ausschuss. Der jüngste Wahlsieg der Tories sichere die Parlamentsmehrheit der Konservativen und somit die Zustimmung zum Brexit-Deal, den Premierminister Boris Johnson mit der EU nachverhandelt hat. Trotzdem müsse eine möglichst enge Verbindung zwischen UK und EU weiterhin erhalten bleiben, meinten sowohl die Bundesrätinnen und Bundesräte als auch der Botschafter.

Erster Meinungsaustausch über Green Deal

In der Sitzung am 18. Dezember 2019 kam es auch zu einem ersten Meinungsaustausch über den europäischen Green Deal, die Klimastrategie der Europäischen Kommission zur CO₂-Reduktion bis 2050. Das umfassende Programm wurde grundsätzlich positiv wahrgenommen, wenn auch das Verlangen nach mehr Rechts- und Planungssicherheit in der weiteren Ausgestaltung bestand. Die Kommission hat sich mit dem im Herbst präsentierten Green Deal zum Ziel gesetzt, die Wirtschaft in der EU nachhaltiger zu gestalten und bis zum Jahr 2050 Klimaneutralität zu erlangen. Es handelt sich um eine umfassende Wachstumsstrategie, um klima- und umweltpolitische Herausforderungen in allen Politikbereichen in Chancen umzuwandeln.

In der Debatte waren sich die BundesrätInnen darüber einig, dass es bei der Maßnahmenumsetzung

erforderlich sein wird, verstärkt auf Rechtssicherheit und Planbarkeit zu achten. Die Absicht, Klimaschutz und Wirtschaft im Rahmen des ambitionierten Programms zu verbinden, schätzte Andrea Eder-Gitschthaler (ÖVP) positiv ein, auch Martin Preiner (ÖVP) verstand dies als notwendige Antwort auf den Klimawandel, sofern dadurch für die Landwirte realistische Zukunftsperspektiven geschaffen werden. Eine differenzierte Debatte zum Green Deal unter Einbindung von ExpertInnen, die den Klimawandel nicht als menschengemacht ansehen, hätte Monika Mühlwerth (FPÖ) für wichtig befunden. Zusätzlich zu politischen Maßnahmen, etwa um hierzulande der Industrieabwanderung vorzubeugen, appellierte sie an jede und jeden Einzelnen, einen Beitrag zur CO₂-Reduktion zu leisten. Christoph Steiner (FPÖ) vermisste von der Kommission Lösungsvorschläge für kürzere Produktionswege und setzte sich für mehr Regionalität ein. Stefan Schennach (SPÖ) sprach trotz Behagen über das „herausragende Programm“ unter anderem die Gefahr an, dass durch den Green Deal die Atomkraft einen Wiederanlauf nehmen könnte. Daraufhin erläuterte eine Vertreterin des Nachhaltigkeitsministeriums, dass sich Österreich bereits im Vorfeld auf bilateraler Ebene vehement für einen weniger atomfreundlichen Zugang eingesetzt habe. In Anbetracht der jüngeren schweren Unwetter in Kärnten plädierte Günther Novak (SPÖ) dafür, deren Zusammenhang mit der Klimaerwärmung künftig besser im Auge zu behalten. Dass die Zukunft nur durch große Anstrengungen gesichert werden könne, betonte der Wiener grüne Bundesrat Marco Schreuder. Er äußerte Skepsis darüber, ob die Maßnahmen schließlich genügen würden und sah es daher als wichtig an, die Ziele hoch anzusetzen und das EU-Best-Practice-Modell weiter global voranzutreiben.

Aktuelle Aussprache mit Martin Selmayr

Am 12. Februar 2020 stand der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich Martin Selmayr den Mitgliedern des Bundesrats über aktuelle europapolitische Themen, wie etwa Brexit und EU-Budget, Rede und Antwort. Zudem beschäftigte sich der EU-Ausschuss des Bundesrats mit zwei Verordnungsvorschlägen zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang im Rahmen des europäischen Green Deal.

Ablehnung des Mercosur-Abkommens

SPÖ und FPÖ, die im Bundesrat über eine Stimmenmehrheit verfügen, nahmen im EU-Ausschuss des Bundesrats am 10. März 2020 zwei Anträge auf Stellungnahme an, womit die Bundesregierung dazu aufgefordert wird, sich auf europäischer Ebene gegen

das Freihandelsabkommen der EU mit den Mercosur-Staaten auszusprechen. Der EU-Unterausschuss des Nationalrats fasste zuvor im September 2019 einen ähnlichen Beschluss. Die BundesrätInnen von ÖVP und Grünen sahen das Abkommen in der derzeitigen Form zwar ebenfalls kritisch, wollten die politische Diskussion darüber allerdings aufrechterhalten.

Rechtsrahmen für künstliche Intelligenz

Auch grundlegende Überlegungen der EU-Kommission für einen Rechtsrahmen und Strategien bei der Nutzung von künstlicher Intelligenz waren in der Sitzung am 10. März 2020 Thema des EU-Ausschusses des Bundesrats. Die Europäische Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, das Vertrauen in künstliche Intelligenz (KI) und deren Nutzen zu stärken sowie die Entwicklung von KI-Lösungen zu fördern. Mit Ausnahme der SPÖ wurde das Strategiepapier von allen Fraktionen begrüßt.

Coronaapp – Freiwilligkeit und Datenschutz im Vordergrund

Am 6. Mai 2020 diskutierte der EU-Ausschuss des Bundesrats einige Covid-19-Hilfsprogramme auf EU-Ebene. Konkret wurde über Verordnungsvorschläge zur finanziellen Unterstützung für besonders von der Pandemie betroffene EU-Mitgliedstaaten und über das Kurzarbeitsprogramm SURE debattiert. Außerdem wurde über die Möglichkeit einer einheitlichen Vorgehensweise der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Nutzung von mobile Apps und anonymisierten Mobilitätsdaten gesprochen. Von der Kommission wurde eine Empfehlung für ein gemeinsames EU-Instrumentarium zum Einsatz von mobile Apps zur Verwendung anonymisierter Mobilitätsdaten vorgelegt. Diese sollen zur Präzisierung von Social-Distancing-Maßnahmen, zur Erleichterung von Warnungen sowie zur Kontaktverfolgung eingesetzt werden. Eine diesbezüglich unionsweit einheitliche Vorgehensweise wird für die Bekämpfung der Coronakrise als wesentlich angesehen, weil so etwa der Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten gewährleistet wäre. Die Kommissionsempfehlung entfaltet allerdings keine unmittelbaren gesetzlichen Umsetzungsverpflichtungen, sondern stellt lediglich einen Rahmen für die Entwicklung entsprechender Mobil-Apps bereit.

BundesrätInnen aller Fraktionen machten sich für die diesbezügliche Einhaltung datenschutzrechtlicher Standards stark. ÖVP und Grüne gemeinsam sowie jeweils SPÖ und FPÖ brachten dazu insgesamt drei Anträge auf Stellungnahme an die Bundesregierung ein, wobei jene beiden von SPÖ und FPÖ mit der Mehrheit dieser beiden Fraktionen angenommen wurden, jener von ÖVP und Grünen blieb in der Minderheit.

Vorschlag zur Ausweitung des EU-Solidaritätsfonds

Diskutiert wurde auch ein Vorschlag des europäischen Parlaments und des Rates zur Ausweitung des Anwendungsbereichs des EU-Solidaritätsfonds auf „Notlagen größeren Ausmaßes im Bereich der öffentlichen Gesundheit“ zur finanziellen Unterstützung aufgrund des Coronavirus. Beantragt werden kann die Beihilfe in Form eines einmaligen Finanzbeitrags von allen Mitgliedstaaten und Beitrittsländern, sofern die direkte finanzielle Belastung für die Eindämmung der Krankheit in den ersten vier Monaten die Schwelle von 0,3 Prozent des Bruttonationaleinkommens überschreitet. 2020 stehen im EU-Solidaritätsfonds bis zu 800 Millionen Euro zur Verfügung.

Österreich soll in den EU-Gremien den Abschluss von SURE vorantreiben

Weiterer Teil der Ausschusssitzung am 6. Mai 2020 war ein Verordnungsvorschlag des Rates zum EU-Programm SURE, das als temporäres Instrument zur Förderung von Kurzarbeit, vergleichbarer Maßnahmen für Selbstständige und zum Erhalt von Arbeitsplätzen gedacht ist. Bereitgestellt werden sollen dadurch zinsgünstige Darlehen von bis zu 100 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt für besonders vom Coronavirus betroffene EU-Mitgliedstaaten.

Fahrplan zur Erholung der EU infolge Covid-19

Am 3. Juni 2020 beschäftigte sich der EU-Ausschuss des Bundesrats mit dem Fahrplan zur Erholung der EU infolge von Covid-19. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen und EU-Ratspräsident Michel hatten diese Roadmap vorgelegt. Konkret geht es um eine „außerordentliche Flexibilität“ beim Einsatz der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI), zum anderen darum, die Verteilung der materiellen Basisgüter und Lebensmittel aus dem Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen während des Covid-19-Ausbruchs sicherzustellen. Die BundesrätInnen von ÖVP, SPÖ und Grünen begrüßten den vorliegenden Fahrplan – wenn auch teils mit Anmerkungen. Die FPÖ-RednerInnen hinterfragten etwa Hilfgelder für besonders betroffene Krisenstaaten wie Italien.

Weiteres Thema der Sitzung war die Zuteilung von EU-Geldern aus dem Solidaritätsfonds. Österreich erhielt 2,33 Millionen Euro aufgrund der im November 2019 in Kärnten und Osttirol stattgefundenen Unwetterereignissen. Zudem wurde über die Medizinprodukteverordnung debattiert, hier wurde zum Beispiel die Verfügbarkeit von Medizinprodukten sowie die Wichtigkeit, Produktionsketten wieder nach Europa zu holen, betont.



Nah an den Menschen. Bereit für die Zukunft!

Niederösterreichische Präsidentschaft | 2. Halbjahr 2019





Niederösterreichische Präsidentschaft

Mit 1. Juli 2019 übernahm Karl Bader für Niederösterreich den Vorsitz des Bundesrats. Er präsentierte seinen Schwerpunkt im Rahmen des Masterplans ländlicher Raum zum Thema „Nah an den Menschen. Bereit für die Zukunft“, der mit vier Initiativen begleitet wurde: mit einem Schwerpunkt zu Wissenschaft und Forschung vor Ort in Niederösterreich, einer parlamentarischen Enquete zum Thema, einem Fachaustausch mit anderen europäischen Ländern und einer Gesetzesinitiative zur Prüfung von Ansiedelung von Bundesdienststellen im ländlichen Raum.

Beide Kammern des Hohen Hauses wurden damit im zweiten Halbjahr 2019 von Niederösterreichern geführt – das war zum erst dritten Mal in der Geschichte der Zweiten Republik der Fall. In einem gemeinsamen Pressegespräch stellte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka den langjährigen Bundesrat Karl Bader als versierten und erfahrenen Mandatar vor, der eine konsequente Haltung vertrete und stets für sein Programm einstehe. Als Vertreter lokaler Interessen verstehe Bader als ehemaliger Landtagsabgeordneter es auch, die verbindenden Elemente zwischen den verschiedenen Interessen der Gebietskörperschaften zu finden, so der Präsident des Nationalrats.

Vor dem Hintergrund des gegenwärtigen freien Spiels der Kräfte im Nationalrat und mit einem betonten Bekenntnis zum Föderalismus hob Sobotka zudem die entscheidende Arbeit des Bundesrats hervor. Nicht nur im Bereich der Legistik – etwa um Gesetze zu verfeinern – sondern auch, weil sich die MinisterInnen den BundesrätInnen erklären und stellen müssen, erfülle der Bundesrat eine wichtige Funktion, um die Länderinteressen zu wahren.

MASTERPLAN LÄNDLICHER RAUM

Erstmals stellte ein Bundesratspräsident ein Generalthema vor, das über das Halbjahr einer Präsidentschaft hinausgeht und als Leitmotiv für die nächsten drei Jahre gilt. Aus diesem Masterplan ländlicher Raum wird jedes vorsitzführende Bundesland einen Schwerpunkt wählen. Um den ländlichen

Raum in seinem Entwicklungspotenzial zu stärken, ist außerdem geplant, dass der Bundesrat entsprechende Gesetzesanträge erarbeitet. Mit dem Projekt Bundesrat im Bundesland sollen künftig die Auswirkungen beschlossener Gesetze vor Ort unter die Lupe genommen werden.

DEZENTRALISIERUNG HAT PRIORITÄT

Die Bundesratspräsidentschaft unter niederösterreichischem Vorsitz beschäftigte sich unter dem Motto „Nah an den Menschen. Bereit für die Zukunft“ mit Dezentralisierung. Mit dem Thema wolle man die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips zum Ausdruck bringen, erläuterte Bundesratspräsident Karl Bader seine Schwerpunktsetzung. Es gehe darum, Entscheidungen dort zu treffen, wo sie am besten getroffen werden könnten, sagte Bader. Einige Agenden, die in der EU oder auf Bundesebene wahrgenommen werden, wären seiner Einschätzung zufolge in den Regionen besser aufgehoben. Er sprach sich auch für eine ausgewogene Verteilung der Standorte der Bundesministerien beziehungsweise ihrer Dienststellen und Ämter auf das gesamte Bundesgebiet aus.

Das Fundament seiner politischen Arbeit – seit beinahe 30 Jahren ist Karl Bader Bürgermeister von Rohrbach an der Gölsen – werde er in seine neue Rolle einbringen, betonte der Bundesratspräsident, „denn nirgendwo sonst ist man so nahe an den Menschen wie im ländlichen Raum, in der Gemeinde.“



Antrittsrede

Bundesratspräsident Karl Bader

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!
Sehr geehrte Damen und Herren vor den Bildschirmen zu Hause! Verehrte Gäste auf der Galerie!

Vor allem liebe Besuchergruppe des Bauernbunds aus meiner Heimatgemeinde Rohrbach an der Gölsen mit Obmann Thomas Rosenbaum, begleitet von unserem Herrn Pfarrer Pater Altmann und meiner Vizebürgermeisterin Anna Klinger!

Am 1. Juli habe ich für mein Bundesland Nieder-

österreich von Kärnten den Vorsitz im Bundesrat übernommen. Ich sehe diese Aufgabe als Präsident der Länderkammer auf der einen Seite als Ehre, auf der anderen Seite natürlich auch als eine besondere Herausforderung. Vorweg möchte ich mich auch heute nochmal bei Präsident Ingo Appé sehr herzlich für die Präsidentschaft im ersten Halbjahr bedanken und meinen Dank aus der letzten Sitzung wiederholen. – Lieber Ingo, vielen, vielen herzlichen Dank!



Sehr herzlich danken darf ich auch den Mandatarinnen und Mandataren des Niederösterreichischen Landtags, die mich als Erstgereihten der zwölf niederösterreichischen Bundesrätinnen und Bundesräte gewählt haben, sowie unserer Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, die für den Wahlvorschlag verantwortlich war, für ihr Vertrauen.

Ich übernehme die Präsidentschaft im Bundesrat in bewegten politischen Zeiten; gerade jetzt herrscht eine kaum zu überbietende Dynamik in der Gesetzgebung. Das sogenannte freie Spiel der Kräfte hat allein letzte Woche im Nationalrat eine Unmenge an Gesetzesanträgen mit sich gebracht, über die wir heute in unserer Bundesratssitzung diskutieren und wahrscheinlich bis spät in die Nacht Abstimmungen durchführen werden.

Dem Bundesrat kommt gerade in dieser Zeit eine besondere Rolle als stabiler Faktor in der Republik Österreich zu. Wie schon Bundespräsident Alexander Van der Bellen gesagt hat, sorgt unsere elegante Verfassung dafür, dass Gesetze keine Rechtskraft entfalten können, wenn sie nicht zuvor den Bundesrat passiert haben. Unsere von der Bundesverfassung vorgegebene Aufgabe, also die Aufgabe des Bundesrats, und unsere Arbeit werden auch hier im Parlament wertgeschätzt und zunehmend auch unterstützt. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass wir seit 1. Jänner auch die Möglichkeit haben, parlamentarische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Fraktionsvorsitzenden zu haben. Ich denke, dass das ein erster guter Schritt ist, um die Unterstützung unserer Arbeit und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.





Als Mitglied des Nutzerbeirats für den Parlamentsumbau – ich darf als Vertreter des Bundesrats in diesem Gremium sein – freue ich mich auch über die neuen Möglichkeiten, die uns als Bundesrat nach dem Umbau zur Verfügung stehen werden. So wird der Sitzungssaal einerseits ein weit größerer sein als bisher und zum Zweiten ist es mir auch gelungen, alle Mitglieder dieses Beirats davon zu überzeugen, dass wir auch dieselbe technische Ausstattung bekommen wie die Kolleginnen und Kollegen im Nationalrat.

Aus unserer Bundesverfassung ist die Länderkammer nicht wegzudenken, sie ist ein wesentlicher Teil dieser. Es ist noch nicht lange her, dass die Vorlage für das Ökostromgesetz im Bundesrat endgültig gekippt wurde. Egal, wie man zu diesem Thema inhaltlich stehen mag: Der Bundesrat hat damit deutlich gemacht, dass mit dem absoluten Veto ein von der Verfassung eingeräumtes Recht wahrgenommen wurde. Das ist auch in der Öffentlichkeit stark wahrgenommen worden und auf großes Interesse gestoßen. Ich wünsche mir, dass dieses Interesse am Bundesrat auch weiterhin anhält, und ich möchte auch meinen Beitrag dazu leisten.

„Wer, wenn nicht wir als Bundesrat, als Länderkammer, soll sich dafür einsetzen, unsere Länder, unsere Regionen als Keimzelle des Miteinanders in Europa zu positionieren und zu präsentieren?“

Karl Bader

Wenn der Bundesrat noch stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen und auch positioniert werden soll, so braucht er meiner Meinung nach auch ein Thema, weil wir ja durch den halbjährlichen Wechsel vielleicht ein bisschen ein Handicap haben. Niederösterreich stellt heute durch mich das Thema Masterplan ländlicher Raum vor, das auch dazu geeignet ist, in die nächsten Jahre hineinzuwirken und als Leitlinie für uns zu gelten. Es soll auch die nächsten Präsidentschaften begleiten, das habe ich mit den Kolleginnen und Kollegen, die mir am Präsidium folgen werden, erar-

beitet, diskutiert und vorbereitet. Ich freue mich darauf, dass sich jedes Bundesland aus diesem Masterplan ländlicher Raum einen Schwerpunkt herausnehmen wird. Der niederösterreichische Schwerpunkt in diesem Zusammenhang wird im nächsten halben Jahr das Thema Dezentralisierung sein. Das ist, wie ich meine, eine Grundvoraussetzung zur Stärkung des ländlichen Raums.

Ich sage in diesem Zusammenhang aber auch klar und deutlich, dass mir dieses Thema sehr wichtig ist, weil ich viele, viele Jahre als Vertreter des ländlichen Raums genau miterlebt habe, mit welchen Herausforderungen dieser zu kämpfen hat. Meine politischen Wurzeln sind mir also auch in der Funktion des Präsidenten des Bundesrats ein ganz besonderes Anliegen.

Warum Masterplan ländlicher Raum?, werden sich manche fragen. – Im ländlichen Raum leben zwei Drittel der Bevölkerung unserer Republik auf flächenmäßig fast 90 Prozent des Staatsgebiets. Daher ist der ländliche Raum es tatsächlich wert, einen starken Fokus auf ihn zu legen. Die Anziehungskraft der Städte ist ungebrochen und die Entwicklungschancen in Stadt und Land sind durchaus sehr, sehr unterschiedlich. Der ländliche Raum verliert jährlich mehr als 5.000 gut ausgebildete Personen allein an den Großraum Wien. Bei Fortsetzung dieser Entwicklung würde das in den nächsten zehn Jahren bedeuten, dass es einen Braindrain von rund 50.000 Menschen gibt. Die Abwanderung gerade von jungen Frauen wirkt sich auf das gesamte Sozial- und Wirtschaftsgefüge im ländlichen Raum sehr negativ aus.

Vor diesem Hintergrund sind strategische Neuorientierungen und ambitionierte politische Schwerpunktsetzungen für die Zukunft des ländlichen Raums unverzichtbar. Es ist daher eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre, mehr Fairness zu schaffen, um den ländlichen Raum zu stärken. Die Digitalisierung wird uns dabei eine gute Partnerin sein, weil sie viele Chancen und Möglichkeiten eröffnet.

Mit dem Masterplan ländlicher Raum hat Bundesminister Andrä Rupprechter 2017 infolge eines breiten Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligungsprozesses eine Arbeitsgrundlage geschaffen, die konkrete Perspektiven und Lösungen aufzeigt. Auf Basis dieser Strategie sollen die Wirtschafts- und Lebensbedingungen am Land systematisch verbessert und die Zukunft des ländlichen Raums gesichert werden. Wer, wenn nicht wir als Bundesrat, als Länderkammer, soll sich dafür einsetzen, unsere Länder, unsere Regionen als Keimzelle des Miteinanders in Europa zu positionieren und zu präsentieren?

Wir sind darüber hinaus auch die Europakammer und genießen dafür in Europa ein ganz, ganz hohes Ansehen. Das engagierte Agieren des Bundesrats als Europakammer mit einem sehr, sehr erfolgreichen EU-Ausschuss unter dem Vorsitz von Bundesrat Christian Buchmann trägt zudem viel zum kontinuierlichen Profil des Bundesrats in der Öffentlichkeit bei. Wir sind führend in Europa, was Subsidiaritätsprüfungen und Stellungnahmen angeht – und dafür danke ich sehr, sehr herzlich.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit dem Generalthema ländlicher Raum wollen wir mehr Kontinuität generieren und natürlich auch die Aufmerksamkeit für den Bundesrat und den Wiedererkennungswert des Bundesrats stärken. Wenn auch jedes Bundesland in den kommenden Jahren seine eigene Melodie spielt, so schaffen wir mit dem Leitmotiv das Gesamtwerk und damit auch Wiedererkennbarkeit. An dieser Stelle ist mir aber auch eines ganz wichtig zu betonen

„Strategische Neuorientierungen und ambitionierte politische Schwerpunktsetzungen sind für die Zukunft des ländlichen Raums unverzichtbar. Es ist daher eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre, mehr Fairness zu schaffen, um den ländlichen Raum zu stärken. Die Digitalisierung wird uns dabei eine gute Partnerin sein, weil sie viele Chancen und Möglichkeiten eröffnet.“

Karl Bader

und deutlich zu sagen: Es geht mit diesem Thema keinesfalls um einen Gegensatz zwischen Stadt und Land. Es geht um kein Gegeneinander, sondern es geht um ein Miteinander. Stadt und Land ergänzen sich; Stadt und Land brauchen einander. Keiner der beiden kann ohne den anderen existieren, und beide haben ihre eigenen Herausforderungen.

Ich möchte ein Zitat bringen: Die Dezentralisierung ist ein größerer Initiator für sozialen Wandel, als man es sich auf den ersten Blick träumen lässt. – Interessanterweise stammt dieses Zitat von keinem Europäer, sondern vom amerikanischen Prognostiker John Naisbitt.

Um diesem sozialen Wandel durch Dezentralisierung Rechnung zu tragen, hat Niederösterreich die Präsidentschaft im Bundesrat und auch den Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz unter das gemeinsame Motto „Nah an den Menschen. Bereit für die Zukunft“ gestellt.

Was wollen wir damit zum Ausdruck bringen? – Wir haben längst festgestellt, dass eine Menge der Agenden, die heute in der Europäischen Union oder in der Bundeshauptstadt wahrgenommen werden, in den Regionen durchaus besser aufgehoben wären. Das Subsidiaritätsprinzip soll also auch entsprechend ausgebaut werden. Erst vor wenigen Wochen forderte eine Resolution der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und auch des Südtiroler Landtags eine stärkere Berücksichtigung der Erfahrungen der lokalen und regionalen Ebene bei der Bewertung und Überarbeitung von Unionsrecht. Es gibt also kein Argument, diese Forderung nicht auch auf das österreichische Bundesrecht herunterzubrechen.

Bürgermeister und Gemeindevertreter sind ein wichtiger Maßstab der Subsidiarität, weil bürgernahe Politik ganz einfach notwendig ist und dort auch tägliches Feedback ermöglicht wird. Für mich – ob als Lehrer, als Direktor einer Schule, als Landtagsabgeordneter oder als Bundesrat – habe ich immer wieder festgestellt, dass in den Gemeinden jenes Engagement zu Hause ist, das Österreich so lebenswert macht. Ich bin seit vielen Jahren Bürgermeister von Rohrbach an der Gölsen und habe dort auch gelernt, dass man vor Ort am besten weiß, was für die Bürgerinnen und Bürger wichtig, notwendig und gut ist. Deshalb müssen wir mit Verwaltungsdezentralisierung und Digitalisierung dem ländlichen Raum noch mehr Chancen zur Entwicklung einräumen.

Im Gegensatz zu unseren Nachbarländern Deutschland und Schweiz wird das föderale Prinzip in Öster-



reich noch ein bisschen stiefmütterlich behandelt. So befinden sich in Österreich laut einer Studie des Instituts für Föderalismus 65 von 68 Bundesdienststellen in der Bundeshauptstadt Wien. Zum Vergleich: In Deutschland sind 67 Bundesdienststellen auf 24 Städte in Deutschland aufgeteilt. In der Schweiz sind 47 Bundesdienststellen in elf verschiedenen Städten angesiedelt. Die Ansiedelung von Bundes- und Landeseinrichtungen sowie ausgelagerten Organisationen in Regionen ist ganz einfach ein wirksames Instrument der Strukturpolitik. Durch Dezentralisierung der Verwaltung wird die regionale Innovationsfähigkeit gestärkt und die wirtschaftliche Entwicklung positiv beeinflusst. Eine Verlagerung von Behörden soll die Steigerung ihrer Effizienz auch unterstützen. Eine moderne, kundenorientierte Verwaltung in den ländlichen Regionen ist Ausdruck von Bürgernähe und ein wichtiger regionaler Standortfaktor.

Damit das Land die Chancen der Digitalisierung bestmöglich nutzen kann, ist eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur natürlich unverzichtbar. Gerade der Präsident des Österreichischen Gemeindebunds Alfred Riedl hat auf diese Notwendigkeit schon vielfach hingewiesen und auch entsprechende konkrete Schritte von der Bundesregierung eingefordert. Digitalisierung ist also ein entscheidender Standortfaktor für den ländlichen Raum, um auf der einen Seite für Unternehmen, aber auf der anderen Seite auch für Familien attraktiv sein zu können.

Wie soll nun der Schwerpunkt zum Masterplan ländlicher Raum im nächsten Halbjahr umgesetzt werden? – Ich möchte hier vier wesentliche, konkrete Vorhaben ansprechen, die uns im nächsten Halbjahr begleiten sollen. Zum einen ist das eine Enquete zum Thema „Nah an den Menschen. Bereit für die Zukunft. – Chancen der Dezentralisierung“, die wir heute hoffentlich auch auf die Tagesordnung nehmen wollen – und ich bitte dafür auch um Zustimmung.

Wir wollen mit Experten aus Frankreich, Spanien, aus den nordischen Ländern und mit unseren österreichischen Fachleuten darüber diskutieren, wie Verwaltungsdezentralisierung und Digitalisierung dem ländlichen Raum mehr Chancen zur Entwicklung einräumen können. Wir werden uns dabei auch einige Anregungen holen, wie die Regionen gestärkt und fit für die Zukunft gemacht werden können. Ich werde zu diesem Thema auch schon Ende Juli ein Arbeitsgespräch mit der Bayerischen Landtagspräsidentin führen, da in Bayern das Projekt Dezentralisierung schon umgesetzt wird.

Zusätzlich möchte ich natürlich auch mein Bundesland Niederösterreich als Beispielbundesland, was

„Wir sind auch die Europakammer und genießen dafür in Europa ein ganz, ganz hohes Ansehen. Das engagierte Agieren des Bundesrats als Europakammer mit einem sehr, sehr erfolgreichen EU-Ausschuss trägt zum kontinuierlichen Profil des Bundesrats in der Öffentlichkeit bei. Wir sind führend in Europa, was Subsidiaritätsprüfungen und Stellungnahmen angeht.“

Karl Bader

Dezentralisierung betrifft, präsentieren. Wir haben ein Projekt am Laufen, wonach 500 Dienstposten aus der Landeshauptstadt Sankt Pölten in die Regionen verlagert werden sollen, unter anderem auch in meinen Bezirk Lilienfeld. Bei dieser Initiative zur Dezentralisierung werden besonders jene Regionen und Bezirke berücksichtigt, wo in den letzten Jahren die Abwanderung am höchsten war. Dieser Indikator ist also ein Maßstab für diese Dezentralisierung.

Zum Zweiten habe ich vor, mir mit einer Delegation des Bundesrats in den nordischen Ländern vor Ort anzuschauen, wie dort dieses Projekt umgesetzt wurde, um Beispielen zu folgen und nicht immer das Rad neu zu erfinden.

Zum Dritten möchte ich auch gerne eine Gesetzesinitiative starten, damit zumindest dann, wenn neue Bundesdienststellen in dieser Republik geschaffen werden, verpflichtend geprüft wird, ob sie nicht doch im ländlichen Raum besser angesiedelt wären.

Zum Vierten möchte ich einladen: Der Bundesrat soll auch stärker in die Vorsitzbundesländer hinausgehen; und im Zuge des Projekts Bundesrat im Bundesland wollen wir uns am 16. September in Niederösterreich, in Göttweig und am Unicampus Krems, ansehen, wie Wissenschaft und Forschung auch im ländlichen Raum möglich sind und umgesetzt werden. Wir werden uns gemeinsam vor Ort ansehen – und das ist mir besonders wichtig –, wie sich die Beschlüsse, die wir hier im Parlament fällen, in der Praxis auswirken, beispielsweise die Aufnahme der Donau-Uni ins Universitätsgesetz. Das Stift Göttweig ist ja seit vielen Jahren Austragungsort des Europa-Forums Wachau, und wir als Europakammer wollen uns dort auch damit beschäftigen, wie dieses Projekt läuft und welche Initiativen aus diesem Projekt heraus stattgefunden haben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Um im Rahmen der von mir skizzierten Schwerpunkte des

Bundesrats diesen als sehr aktive Länderkammer weiter zu präsentieren und eine selbstbewusste, innovative und kreative Kraft im Hohen Haus zu sein, lade ich euch alle ein: Ich bitte euch alle um Unterstützung, um eure Mitarbeit, um euer Engagement, um eure Ideen, um eure kritischen Stimmen, um einen offenen Diskurs zu diesem Thema, um damit das Motto der niederösterreichischen Präsidentschaft „Nah an den Menschen. Bereit für die Zukunft“ mit Leben zu erfüllen.

Ich lade auch die Medien sehr herzlich dazu ein, dieses Thema inhaltlich zu begleiten und positiv in die nächsten Präsidentschaften mitzunehmen, damit ein breiter Informationsfluss für die Bevölkerung möglich ist. – Vielen Dank und Glück auf für das zweite Halbjahr!

GEISTLICHE NAHVERSORGUNG FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

Bundesratspräsident Karl Bader traf auch einige Male mit geistlichen Würdenträgern zusammen, darunter Kardinal Christoph Schönborn, Diözesanbischof Alois Schwarz und Superintendent der Diözese Niederösterreich Lars Müller-Marienburg. Mit Schönborn besprach er intensiv die Stärkung des ländlichen Raums sowie die geistliche Nahversorgung vor Ort. Auch für die katholische Kirche Österreichs ist die Zukunft des ländlichen Raums ein wichtiges Kriterium. „Junge Priester leben oftmals lieber in Wien“, so Kardinal Schönborn. Die Unterbesetzung von Pfarren erfordere daher die Zusammenlegung in Pfarrverbände.

Die katholische Kirche stehe da vor ähnlichen Herausforderungen wie die Politik. Die Qualität der Verkehrsverbindungen und die Lebensqualität am Land seien eben auch für junge Priester ein wichtiges Kriterium, wenn es um die geistliche Nahversorgung geht, hielt Bader fest.

„Wenn das Leben außerhalb der Ballungsräume auch für junge Menschen attraktiver wird, dann sollten sich auch in diesen Regionen wieder Pfarren bilden können, die von einem jungen Pfarrer ihre geistliche Nahversorgung beziehen – ganz im Sinne unseres niederösterreichischen Vorsitzmottos 'Nah an den Menschen. Bereit für die Zukunft'“, so Bader.





Landeshauptfrau Mikl-Leitner im Bundesrat

Für Niederösterreich skizzierte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner am 10. Oktober 2019 vor dem Bundesrat die Dezentralisierungsoffensive des Landes Niederösterreich zur Stärkung der Regionen und betonte die stabile Rolle des Bundesrats in turbulenten Zeiten.

Im Rahmen der ersten Sitzung nach den Nationalratswahlen trat die Länderkammer des Parlaments am 10. Oktober 2019 zusammen, wobei zunächst eine Erklärung der niederösterreichischen Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner auf der Tagesordnung stand. Sie griff dabei das Thema der Enquete „Nah an den Menschen. Bereit für die Zukunft“ auf, das ihrer Meinung nach für alle politischen Ebenen von Bedeutung sei. In turbulenten Zeiten wie diesen stelle gerade der Bundesrat eine „unverzichtbare und weit hörbare Stimme“ über Landes- und Parteigrenzen hinweg dar, betonte Mikl-Leitner. Die Herausforderungen seien vielfältig, sie reichten von der Stärkung des ländlichen Raums, der Sicherung der Gesundheitsversorgung und eines ausreichenden Pflege- und Betreuungsangebots bis hin zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Im Besonderen bereite ihr der Ärztemangel Sorge, es brauche zusätzliche Mittel in diesem Bereich und eine Verdoppelung der Medizinstudienplätze.

ANLIEGEN DER MENSCHEN MÜSSEN IM ZENTRUM STEHEN

Das Motto des niederösterreichischen Vorsitzes im Bundesrat und in der Landeshauptleutekonferenz „Nah an den Menschen. Bereit für die Zukunft“ komme nicht von ungefähr, betonte Landeshauptfrau Mikl-Leitner. Nur durch Nähe könne Vertrauen geschaffen und letztlich eine gemeinsame Zukunft gestaltet werden. Dieses Prinzip sollte ihrer Meinung nach auch bei den laufenden Sondierungsgesprächen zur Regierungsbildung im Mittelpunkt stehen, die in „einem der wohl turbulentesten Zeitabschnitte der österreichischen Innenpolitik“ stattfinden. Es sei ihr in diesem Zusammenhang wichtig zu betonen, dass jede ins Parlament gewählte Partei eine staatspolitische

Verantwortung gegenüber den WählerInnen und vor allem gegenüber der Republik habe. Nur auf der Basis von Wertschätzung und Respekt könne ausgelotet werden, in welcher Form eine Zusammenarbeit möglich sei. Dies sei auch eine zentrale Lehre aus dem letzten Nationalratswahlkampf, der ihrer Meinung nach einer der untergriffigsten war.

In Zeiten wie diesen müsse es Institutionen geben, die für Stabilität und Kontinuität stehen, ist Mikl-Leitner überzeugt. Es brauche wichtige Konstanten in der Republik wie die Bundesländer und den Bundesrat, der eine unverzichtbare und weit hörbare Stimme über Landes- und Parteigrenzen hinweg darstellt. Föderalismus heiße für sie: miteinander reden, voneinander lernen und füreinander da sein. Genau auf diese Tugenden komme es auch an, wenn es um die zentralen Zukunftssagenden geht, die von der Digitalisierung bis hin zu den Auswirkungen des Klimawandels reichen.

Mikl-Leitner dankte Bundesratspräsident Karl Bader dafür, dass er während des niederösterreichischen Vorsitzes den Fokus auf das Thema Dezentralisierung gerichtet hat, das auch im Masterplan ländlicher Raum verankert wurde. Um aus den Regionen wieder Zukunftsräume zu machen, aus denen die Menschen nicht wegziehen, sondern in denen sie bleiben, habe Niederösterreich eine Dezentralisierungsoffensive gestartet, die ein Bündel an Maßnahmen vorsieht. Als Beispiel führte sie die Verlagerung von insgesamt 500 Arbeitsplätzen aus der Verwaltung in Sankt Pölten in ländliche Gebiete an, wovon nicht nur die MitarbeiterInnen profitierten, sondern wodurch auch die Regionen gestärkt würden. Überdies brauche es moderne Infrastrukturangebote,



die von einem schnellen Internet bis hin zu einer adäquaten ärztlichen Versorgung reichen. Einen wichtigen Beitrag dazu werde etwa die neue Landesgesundheitsagentur leisten, unter deren Dach alle Kliniken und Pflegeeinrichtungen zusammengeführt werden. Vor allem für das Problem des Ärztemangels, das alle Bundesländer betreffe, müssten rasch Lösungen gefunden werden. In einem ersten Schritt sollten die Medizinstudienplätze verdoppelt werden, forderte Mikl-Leitner.

EINIGKEIT IN DER PROBLEMANALYSE, UNTERSCHIEDLICHE LÖSUNGEN

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Niederösterreich hätten gezeigt, dass das gelebte Miteinander auf allen Ebenen von den Menschen goutiert werde, urteilte Bundesrat Martin Preiner (ÖVP) in der anschließenden Debatte. Das Motto „Nah an den Menschen. Bereit für die Zukunft“ sei quasi Teil der niederösterreichischen DNA. Der Masterplan ländlicher Raum lege die Basis

für weitere wichtige Schritte und Sorge dafür, dass die Regionen gestärkt werden. Dies erfolge etwa durch die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, den Ausbau der Bildungsangebote vor Ort und die Förderung der Ansiedelung von LandärztInnen. Gleichzeitig müssten noch mehr qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in den Regionen geschaffen werden, wozu etwa die Auslagerung von Bundesdienststellen beitragen könnte. Seine Fraktionskollegin Marlene Zeidler-Beck (ÖVP) hob die erfolgreiche Wirtschaftspolitik in Niederösterreich hervor, durch die der Strukturwandel vom Agrar- zum Industrie- und Forschungsland aktiv mitbegleitet wurde. Ein Vorbild sei man auch im Umweltbereich, zumal der Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern komme. Niederösterreich sei zudem das erste Bundesland gewesen, in dem Jugendgemeinderäte gesetzlich verankert wurden, hob Zeidler-Beck hervor.

Bundesrätin Doris Hahn (SPÖ) befasste sich in ihrer Rede vor allem mit den Auswirkungen des digi-



talenen Wandels, der alle Lebensbereiche umfasse. Da die Politik entsprechende Antworten auf derartige Herausforderungen geben müsse, sei die niederösterreichische 3D-Strategie (Digitalisierung, Dezentralisierung und Deregulierung) grundsätzlich begrüßenswert. Hinsichtlich der Prioritätensetzung verfolge ihre Fraktion jedoch einen anderen Weg, gab Hahn zu bedenken, die dabei auf den umfassenden Zehnpunkteplan des niederösterreichischen SPÖ-Chefs Franz Schnabl verwies. Darin finden sich zahlreiche Vorschläge zu den Themen Wohnen, öffentlicher Verkehr, Kinderbetreuung et cetera zur Stärkung des ländlichen Raums. Ein Negativbeispiel für Dezentralisierung ist ihrer Ansicht nach die Umsiedelung des Umweltbundesamts von Wien nach Klosterneuburg, bei der das vielzitierte Miteinander ein Lippenbekenntnis geblieben sei. Außerdem könnte man mit den dafür angesetzten Kosten in der Höhe von 50 Millionen Euro im Bezirk Tulln die ganztägige Betreuung aller Kinder für die nächsten zehn Jahre sicherstellen, rechnete Hahn vor. Auch die

angestrebte Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung würde zu einer Schwächung des ländlichen Raums führen.

Bundesrat Andreas Arthur Spanring (FPÖ) fand kritische Worte zum „System der ÖVP-Niederösterreich“, das oft nur auf einem guten „Werbeschmäh“, beruhe. In der Praxis zeige sich nämlich sehr oft, dass nur jenen Gemeinden Forderungen erfüllt würden, die ÖVP-Bürgermeister haben. Dies gelte zum Beispiel für den Fortbestand von Polizeiposten oder für die Gewährung von sogenannten Sonderbudgets. Dabei handle es sich um keine Einzelfälle, diese Vorgangsweise ziehe sich wie ein „schwarzer Faden“ durch ganz Niederösterreich, konstatierte Spanring. Er berichtete sogar davon, dass Personen von Bürgermeistern eingeschüchtert würden, wenn sie nicht für die ÖVP kandidieren. Unter einem Miteinander und einem „Nah an den Menschen“ stelle er sich etwas anderes vor.

Bundesrat im Bundesland

Niederösterreich

Ein neues Konzept stellte Bundesratspräsident Karl Bader mit Bundesrat im Bundesland vor. Ziel ist es, vor Ort Initiativen kennenzulernen und Erfahrungen für ganz Österreich mitzunehmen. Konkretes Thema bei diesem erstmaligen Treffen vor Ort im Vorsitzbundesland Niederösterreich war die Dezentralisierung von Forschung und Lehre und die damit einhergehende Schaffung hochwertiger Jobs im ländlichen Raum.

„Mit Bundesrat im Bundesland geht die Länderkammer erstmals in ein Bundesland hinaus, um sich vor Ort anzusehen, welche Fortschritte der ländliche Raum gemacht hat. Niederösterreich hat als derzeitiges Vorsitzland im Bundesrat den Beginn gemacht und ich freue mich, dass dieses Format von den nächsten Vorsitzländern weitergeführt wird“, erörterte Bundesratspräsident Karl Bader das neue Konzept.

STIFT GÖTTWEIG UND EUROPA-FORUM WACHAU

Den Beginn von Bundesrat im Bundesland machten die VertreterInnen der Länderkammer in Stift Göttweig. Begrüßt wurden die Bundesrätinnen und Bundesräte dort vom niederösterreichischen Landtagspräsidenten Karl Wilfing und von Abt Columban Luser. Die Entwicklung des Europa-Forum Wachau und die zu erwartenden Auswirkungen des Brexit standen im Mittelpunkt einer Diskussion mit Landesrat Martin Eichtinger. „Insbesondere für junge EU-Bürger, die so sehr vom Bildungsprogramm Erasmus profitieren konnten, wäre der Brexit ein herber Rückschlag. Junge Österreicherinnen und Österreicher hätten in Großbritannien keinen Zugang mehr dazu. Als Präsident der ‚Europakammer‘ sind mir aber gerade die Perspektiven der Studenten und Lehrlinge aus den ländlichen Regionen besonders wichtig“, betonte dabei der Bundesratspräsident. Der niederösterreichische Landesrat Martin Eichtinger verwies auf den großen Erfolg des Europa-Forum Wachau, das von zwei auf drei Tage verlängert wird: „Wir haben das Forum neu aufgestellt und werden künftig auch die Regionen der EU in den Vordergrund stellen“, stellte er in Aussicht.





SCIENCECLUSTER CAMPUS KREMS

Am Nachmittag trafen die Bundesrätinnen und Bundesräte nach dem Besuch der Landesgalerie Niederösterreich am Campus Krems mit Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister, dem Rektor der Donau-Universität Krems Friedrich Faulhammer, den Geschäftsführern der IMC Fachhochschule Ulrike Prommer und Karl Ennsfellner sowie dem Rektor der Karl Landsteiner Privatuniversität Rudolf

Mallinger zusammen, um sich dort mit dem Thema Wissenschaft und Forschung im ländlichen Raum zu beschäftigen.

„Hier zeigt der ländliche Raum seine volle Stärke, wenn es darum geht, das vielfältige Bildungsangebot konsequent zu verbessern und Lernenden eine optimale Ausbildungsmöglichkeit zu geben“, hielt Bader fest. „Der Campus Krems bietet eine einzigartige innovations- und motivationsfördernde Lern- und



Besuch in Stift Göttweig (v. li.): niederösterreichischer Landtagspräsident Karl Wilfing, Bundesrätin Monika Mühlwerth, Bundesratspräsident Karl Bader, Bundesrätin Eva Prischl, niederösterreichischer Landesrat Martin Eichinger, Bundesrätin Andrea Eder-Gitschthaler, Abt Columban Luser

Forschungsumgebung. Besonders stolz sind wir darauf, dass die Infrastruktur des Campus Krems von den hier beheimateten Bildungseinrichtungen gemeinsam genutzt wird“, erläuterte dazu Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister.

Der Rektor der Donau-Universität Friedrich Faulhammer bedankte sich bei den Bundesrätinnen und Bundesräten dafür, „dass der Bundesrat die Aufnahme der Donau-Uni in die Universitäten maßgeblich unterstützt hat“. Das sei ein wichtiger Schritt insbesondere zur Zusammenarbeit der Donau-Universität Krems mit den anderen Universitäten in der Forschung gewesen.

An der IMC Fachhochschule Krems berichteten die Geschäftsführer Ulrike Prommer und Karl Ennsfellner den BundesrätInnen von der höhenflugartigen Entwicklung der Fachhochschule. 9.333 Abschlüsse kann das IMC bereits vorweisen, 283 MitarbeiterInnen sorgen für die starke Aus-

richtung auf Qualität. „Gerade die Fachhochschulen haben sehr viel zur Regionalisierung der Bildung beigetragen. Niederösterreich ist ein sehr gutes Beispiel dafür, dass mit Dezentralisierung im Bereich von Forschung und Lehre hochwertige Jobs im ländlichen Raum entstehen können“, hielt dazu Bundesratspräsident Karl Bader fest.

Den Abschluss von Bundesrat im Bundesland bildete der Besuch der Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften. Rektor Rudolf Mallinger konnte dort die ersten Promotionen zum Master in Humanmedizin feiern. „Der Mangel an Landärzten ist eines jener Probleme, die wir dringend angehen müssen. Ich freue mich, dass heute die ersten 25 Ärztinnen und Ärzte ihre Promotion feiern konnten. In Krems wurde ihnen eine Ausbildung auf höchstem Niveau geboten und ich hoffe, dass viele von ihnen am Land bleiben und damit einen wichtigen Beitrag zum Erhalt des ländlichen Raums leisten“, so Bundesratspräsident Bader.









Chancen der Dezentralisierung

Eine parlamentarische Enquete des Bundesrats fokussierte am 9. Oktober 2019 auf die Chancen von Dezentralisierung. Diskutiert wurden Möglichkeiten zur Verlagerung von Bundesbehörden in den ländlichen Raum, zur Stärkung der Regionen sowie zum Abbau von Landflucht. Politikerinnen und Politiker diskutierten mit Expertinnen und Experten aus verschiedenen europäischen Ländern.



Karl Bader initiierte die parlamentarische Enquete in seiner Funktion als Präsident des Bundesrats. Er sah jedenfalls Handlungsbedarf und warnte vor einer Vernachlässigung ländlicher Gebiete. Den ländlichen Raum als attraktiven Lebensraum zu erhalten und jungen Menschen vor Ort Perspektiven anzubieten sei eine der zentralen Aufgaben der Politik in den nächsten Jahren, sagte er bei der Eröffnung. Schließlich wirke sich die Abwanderung, insbesondere von jungen Frauen, negativ auf das gesamte Sozial- und Wirtschaftsgefüge im ländlichen Raum aus.

Nicht nur die ländlichen Gebiete, sondern auch die urbanen Zentren müssten nach Meinung Baders aber größtes Interesse an vitalen Regionen haben, würde doch massiver Zuzug die Städte überfordern und zu vielerlei Problemen führen. Zudem drohe eine Spaltung von Stadt- und Landbevölkerung, wie das Beispiel Frankreich zeige. In Spanien habe die Landflucht bewirkt, dass mittlerweile Tausende Dörfer vollständig verlassen seien.

Damit Menschen im ländlichen Raum bessere Zukunftsperspektiven haben, brauche es eine taugliche Infrastruktur, gute Arbeitsplätze, zeitgemäße Bildungsangebote und eine gute Gesundheitsversorgung, betonte Bader. Er setze in diesem Sinn auf den Masterplan ländlicher Raum, der die Länderkammer des Parlaments ihm zufolge in den nächsten Jahren begleiten wird. Als eine ganz konkrete Maßnahme schlug Bader vor, Bundesbehörden in den Regionen anzusiedeln, denn dadurch könnten mehrere tausend qualifizierte Arbeitsplätze in den ländlichen Raum beziehungsweise die Bundesländer gebracht werden.

Martin Sonntag: Mehr Effizienz durch Optimierung

Die Möglichkeiten und Grenzen der Verwaltungsdezentralisierung beleuchtete Ministerialrat Martin Sonntag, der Leiter der Stabsstelle für Reformen und Deregulierung, der in Vertretung von Justizminister Clemens Jabloner einen Vortrag hielt. Die Begriffe Dezentralisierung, also die Übertragung von Aufgaben an andere Gebietskörperschaften, und Dekonzentrierung, womit die Ansiedelung von Behörden an anderen Orten gemeint ist, seien klar zu unterscheiden. Verwaltung müsse so unbürokratisch und so rechtsstaatlich wie möglich gestaltet werden. Ein konkreter und wichtiger Beitrag dazu sei der weitere Ausbau von One-Stop-Shops, die als zentrale Anlaufstellen – sowohl virtuell als auch reell – fungieren. Gerade im Bereich der Verfahrenskonzentration sollten die Chancen der Digitalisierung exzessiv genutzt werden, urteilte Sonntag. Als Beispiel für einen kundenorientierten Einsatz von Digitalisierungsmaßnahmen könne

Estland dienen. Dort wurde das Once-only-Prinzip eingeführt, dessen Ziel es ist, dass Daten nur einmal eingegeben werden müssen und dann der gesamten staatlichen Verwaltung zur Verfügung stehen.

Als zweiten wichtigen Punkt führte der Vertreter des Justizressorts die Evaluierung und den sachgerechten Abbau von Doppelstrukturen an. In diesem Zusammenhang werde immer wieder die Eingliederung von Sonderbehörden des Bunds in die allgemeine staatliche Verwaltung (Bezirkshauptmannschaften) genannt. Da es in jedem Bereich zahlreiche Für und Wider für den Beibehalt beziehungsweise für die potenzielle Verländerung der Strukturen gibt, sei es Aufgabe der nächsten Bundesregierung, dahin gehend weitere Schritte zu setzen. Überlegenswert wäre seiner Meinung nach ein „Ausräumen der Grundsatzgesetzgebung des Artikels 12 B-VG“ sowie das „Schaffen einer klaren Ergebnisverantwortung“. Als weiteres Beispiel für die Optimierung des Verwaltungshandelns führte Sonntag den gebietskörperschaftsübergreifenden Einsatz von Amtssachverständigen sowie den Vollausbau der Transparenzdatenbank an.

Ulrike Rauch-Keschmann: Dezentrale Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen

Die Leiterin der Sektion Tourismus und Regionalpolitik im Nachhaltigkeitsministerium, Ulrike Rauch-Keschmann, verwies auf den Masterplan ländlicher Raum, der von November 2016 bis Juni 2017 in einem breiten Beteiligungsprozess erarbeitet wurde. Sein Hauptanliegen sei die Sicherstellung lebendiger ländlicher Räume, in denen Menschen auch künftig leben, arbeiten und wirtschaften können. Damit die ländlichen Räume Zukunftsräume sind und bleiben, brauche es zeitgemäße Rahmenbedingungen wie eine moderne Infrastruktur, hochwertige Arbeitsplätze, attraktive Bildungsangebote, verlässliche Gesundheitsversorgung, Angebote für Kinder- und Seniorenbetreuung, lebendige Dörfer und Kulturangebote. Erfreulicherweise konnten in den letzten Jahren schon viele Maßnahmen umgesetzt werden, und auch eine Zwischenevaluierung des österreichischen Programms für die ländliche Entwicklung 2014-2020 habe gezeigt, dass in Regionen mit Rückstand eine positive Entwicklungsdynamik feststellbar sei.

Einen Schwerpunkt im Masterplan bildet das Thema Dezentralisierung, das nach Einschätzung von Rauch-Keschmann aus zwei wesentlichen Komponenten besteht: einerseits die räumliche Verlagerung von Dienststellen, Agenturen oder Behörden in ländliche Räume und andererseits die dezentrale Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen beziehungsweise der unkomplizierte Zugang der BürgerInnen zu diesen

Services. Die Mehrzahl der rund 3.500 MitarbeiterInnen arbeite in den Bundesländern in Forschungseinrichtungen, Bundesämtern und Bundesanstalten, höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen oder bei der Wildbach- und Lawinenverbauung. Nur ein Drittel der KollegInnen sei in Wien beheimatet, informierte die Sektionsleiterin. Bei der Umsetzung der zweiten Komponente, also der dezentralen Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen, bringe wiederum die Digitalisierung große Chancen mit sich.

Karl Wilfing: Niederösterreich ist Vorzeigeland für Digitalisierung

Digitalisierung und Dezentralisierung werden in den kommenden Jahren immer stärker an Bedeutung gewinnen, unterstrich der Präsident des Niederösterreichischen Landtags Karl Wilfing. Sie stellen wichtige Instrumente dar, um insbesondere die ländlichen Regionen zu stärken und um sie für die BürgerInnen attraktiver zu gestalten. Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner habe kurz nach ihrem Amtsantritt den Auftrag für das sogenannte 3D-Programm Digitalisierung, Dezentralisierung, Deregulierung und die Erstellung einer eigenen Digitalisierungsstrategie erteilt, informierte er. Damit soll versucht werden, den digitalen Wandel bestmöglich zu begleiten und die damit verbundenen Chancen, die sich in allen Lebensbereichen bieten, zu nutzen. Die Maßnahmen setzen daher bereits in den Kindergärten an, wo etwa auf spielerische Weise das Programmieren erlernt werden könne, gehen über die Schulbildung, die Förderung der ArbeitnehmerInnen und der Wirtschaftstreibenden und reichen bis hin zur Unterstützung der SeniorInnen.

Ein besonderes Anliegen sei es dabei, dass der öffentliche Dienst mit gutem Beispiel vorangehe und dass die Verwaltung bürgerfreundlicher gestaltet werde. Derzeit können bereits 135 unterschiedliche Behördenwege zu den verschiedensten Themenbereichen wie Wohnen, Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft oder Weiterbildungsmöglichkeiten online abgewickelt werden, hob Wilfing hervor. Mit der Dezentralisierungsoffensive werde zudem das Ziel verfolgt, den Bediensteten wohnortnahe Arbeitsmöglichkeiten anzubieten, führte Wilfing weiter aus. Damit würden gleichzeitig die Regionen gestärkt und eine bürgernahe und effiziente Verwaltung direkt vor Ort gewährleistet. In den kommenden Jahren sollen insgesamt 500 Arbeitsplätze dauerhaft oder tageweise in periphere Regionen verlagert werden; bis dato wurden schon mehr als 130 Telearbeitsplätze geschaffen. Für all diese Maßnahmen brauche es natürlich auch die entsprechende Infrastruktur, was am Land schwerer zu bewerkstelligen sei als in der Stadt, räumte Wilfing ein. Niederösterreich habe dafür ein Dreischichtenmodell entwickelt, für das es den europäischen Breitbandpreis gewonnen hat. Mittlerweile seien schon fast 343.000 Haushalte (von rund 800.000) an ein leistungsstarkes Breitbandinternet angebunden.





Stephan Marik-Lebeck: Große regionale Unterschiede bei demografischen Prozessen

Die demografischen Prozesse innerhalb Österreichs laufen regional sehr unterschiedlich ab, betonte Stephan Marik-Lebeck von der Statistik Austria. Während sich die jüngere Bevölkerung in den Städten konzentrierte und die Bevölkerungsdichte durch internationale Zuwanderung steige, verbleibe die ältere Bevölkerung überproportional in Abwanderungsgebieten. Seit dem Jahr 2000 ist Österreichs Bevölkerung um ungefähr 800.000 Personen gewachsen, der Großteil ist auf Zuzüge nach Österreich zurückzuführen. Zusätzlich gab es um 40.000 Geburten mehr als Sterbefälle.

Klar sei aber: Die österreichische Bevölkerung altert. Dieser Trend bestehe seit 1972 und betreffe nach der Reihe alle Gemeinden, abgesehen von größeren Städten. Zudem kommen die geburtenstarken Jahrgänge von Mitte 1950 bis 1970 in den nächsten Jahren ins Pensionsalter, führte Marik-Lebeck aus. Während der Anteil der über 65-Jährigen zunehme, sinke der Anteil der unter 20-Jährigen, wobei die Gesellschaft im Westen Österreichs jünger sei als im Osten. Im Vergleich mit den Nachbarländern, aber auch innerhalb der EU schreite die demografische Alterung in Österreich etwas langsamer voran, sagte der Experte.



INTERNATIONALE BEST-PRACTICE-BEISPIELE ALS MÖGLICHE VORBILDER

Im zweiten Teil der Enquete kamen nach nationalen Expertinnen und Experten Vertreterinnen und Vertreter anderer europäischer Staaten zu Wort. Beispiele aus Skandinavien, Frankreich und Spanien wurden erörtert.

Rudolf Hermann: Keine Patentlösungen zur Überwindung des Stadt-Land-Gefälles in Skandinavien

Die Bevölkerung in den nordischen Ländern delegiere die Verantwortung gern von unten nach oben, schickte Rudolf Hermann, Nordeuropakorrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“, voraus. Der Grund für den daraus resultierenden relativ hohen Zentralisierungsgrad der politischen Systeme liege vor allem in den monarchischen Strukturen, aber auch im nordischen Gesellschaftsentwurf des egalitären Staats, laute doch eine der zentralen Forderungen dieses Modells, dass alle unabhängig von ihrem Wohnort Zugang zu gleichwertigen Leistungen des Sozialstaats haben sollen. Dies führe in der Praxis aber dazu, dass Zentralregierungen in den Hauptstädten aus einer urbanen Blase heraus agieren, in der die Bedürfnisse der Landregionen unter den Tisch fallen, gab Hermann zu bedenken. Landgemeinden seien oft räumlich stark isoliert, was wiederum eine starke Landflucht zur Folge hat.



Die Zentralregierungen versuchen, diesem Trend entgegenzuwirken, wobei auch die Forderung nach der

Durchsetzung eines gesamtstaatlichen Standards für Leistungen im Raum steht. Patentlösungen kenne die Diskussion Zentralisierung versus Regionalisierung allerdings keine. Klar sei vielmehr, dass gleichwertige Leistungen für alle eine Vorgabe ist, die angesichts des großen Gefälles von Stadt und Land in den bestehenden Strukturen schwer umgesetzt werden kann, resümierte Hermann.

Stefan Seidendorf: Frankreichs Gelbwesten protestieren gegen Benachteiligungen

Es gebe eine zunehmende materielle und gesellschaftliche Spannung zwischen den Bewohnern der dynamischen städtischen Zentren, wo sich 90 Prozent der qualifizierten Arbeitsplätze befinden, und der Bevölkerung im ländlichen und periurbanen Raum, die überwiegend der unteren Mittelschicht zuzuordnen ist, skizzierte Stefan Seidendorf, stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg, die Lage in Frankreich. Hinter der Bewegung der Gelbwesten stehe nun vor allem die Angst der Bevölkerung auf dem Land, bei den staatlichen Infrastrukturleistungen zu kurz zu kommen. Was als Protest gegen eine Abgabe auf Dieseltreibstoff begonnen hatte, wurde zu einer landesweiten Debatte über Chancen und Lebensverhältnisse und über die Glaubwürdigkeit des republikanischen Modells, das Gleichheit für alle BürgerInnen verspricht.

Die Politik habe auf die Diskrepanzen zwischen Stadt und Land zunächst mit einer Territorialreform reagiert, in deren Rahmen Regionen fusioniert und Spielräume für die unteren Ebenen, so auch für die Departements, eröffnet wurden. Präsident Macron habe nun erkannt, dass es als Antwort auf die Protestbewegung nicht reicht, die Verwaltung neu zu gestalten. Sein Weg sei nun ein neues republikanisches und demokratisches Versprechen in Form von Teilhabe über partizipative Instrumente.

Mario Kölling: Spanien kämpft gegen Entvölkerung auf dem Land

Spanien sei heute von einer Landflucht geprägt, die nicht nur die ländlichen Regionen, sondern auch die regionalen städtischen Zentren betrifft, betonte Mario Kölling, Assistenzprofessor an der Universidad Nacional de Educación a Distancia Madrid, und sprach in diesem Zusammenhang vom sogenannten spanischen Lappland, wo nur noch weniger als acht Einwohner pro Quadratkilometer leben. Verschärft werde die Situation noch dadurch, dass im Gefolge des demografischen Wandels die Gesamtbevölkerung des Lands abnimmt. Zahlreiche Bürgerplattformen machen nunmehr auf die Probleme des ländlichen Raums aufmerksam und wollen als Parteien bei den



kommenden Parlamentswahlen antreten. Der Staat wiederum setze auf Programme, die insbesondere auf die wachsende Entvölkerung abseits der Großstädte reagieren. Die Regierungen der autonomen Gemeinschaften fordern ihrerseits, wie Kölling berichtete, die Einbeziehung des demografischen Wandels als Bezugsgröße für finanzielle Zuweisungen durch den Zentralstaat. Nach der Bildung einer neuen Regierung werde sich zeigen, ob sich die Einsicht in die Dringlichkeit der Lage in konkreten Aktivitäten niederschlägt. Klar ist für Kölling zudem auch, dass das Problem eine europäische Lösung braucht.

STATEMENTS VON EXPERTINNEN UND EXPERTEN

Im letzten Teil der Enquete kamen Expertinnen und Experten zu unterschiedlichen Aspekten der Dezentralisierung zu Wort. Im Fokus standen vor allem die Förderung regionaler Handlungsebenen, der Ausbau der Infrastruktur sowie die Möglichkeiten durch Dezentralisierung von Bundesdienststellen.

Helmut Hiess, Ingenieurkonsulent für Raumplanung und Raumforschung, fokussierte in seinem Statement auf den Bevölkerungsrückgang in den ländlichen Regionen, der weniger auf einen Geburtenrückgang als auf Abwanderung zurückzuführen sei. In diesem Sinn müsse die Rückwanderung und Zuwanderung durch die Schaffung eines attraktiven Lebensumfelds gefördert werden, das Qualitäten von Stadt und Land miteinander verknüpft. Es brauche einen fairen Ausgleich zwischen Zentren und Gemeinden sowie eine Überwindung von Konkurrenzverhältnissen. Hiess plädierte für eine „dezentrale Konzentration“ und schlug konkret interkommunale Betriebsgebiete an besten Standorten, einen interkommunalen Finanzausgleich für regionale Qualitätsangebote für Wohnen, Kultur und Freizeit sowie eine gemeinsame Festlegung von attraktiven Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulstandorten vor.



Der oberösterreichische Landesrat Günther Steinkellner ortet in der Finanzierung des Verkehrs einen wichtigen Aspekt für die Regionen. Die Bundesländer würden viel in die Erhaltung des bestehenden Standards investieren, gerieten aber dadurch und angesichts des notwendigen Ausbaus des öffentlichen Verkehrs als Beitrag zum Klimaschutz finanziell zunehmend unter Druck. Insbesondere sein Bundesland Oberösterreich, das international angesehene Unternehmen beherbergt, hinkt der wirtschaftlichen Entwicklung hinterher, und ohne finanzielle Unterstützung durch den Bund werde es künftig noch herausfordernder. Potenzial sieht er auch in der Übertragung der Schülertransporte in die Kompetenz der Länder, wodurch Fahrpläne gemeinsam mit Regionalfahrplänen und damit effizienter gestaltet werden können. Schließlich dürften sich die Länder nicht vor einer Übernahme schwerer Aufgaben fürchten, sofern die notwendigen finanziellen Mittel gesichert sind.

Gemeindebundpräsident Alfred Riedl nahm in seinem Statement vor allem Infrastruktur, Planungssicherheit und die kommunale Selbstverwaltung in den Fokus. Bei der Infrastruktur nimmt er vor allem einen Nachteil für wirtschaftlich ungünstig gelegene Räume wahr. So hätten gut gelegene Bereiche von Unternehmen gute Infrastrukturen erhalten, während ungünstige Lagen nun gefördert werden müssten, um eine Chancengleichheit zu erlangen. Es braucht für Riedl einen Strukturfonds für den Ausbau und die Sanierung von Infrastruktur. Außerdem plädierte er dafür, bei der Neuordnung von Kompetenzen, zum Beispiel im Bildungsbereich, den Gemeinden Planungssicherheit zu bieten. Schließlich müsse es auch gelten, Gemeinden in Bereichen, in denen sie Finanzierungs- und Durchführungsverantwortung haben, auch von Anfang an mitreden zu lassen, da bei zentralen Entscheidungen seiner Ansicht nach die Chancengleichheit von Räumen zu wenig berücksichtigt wird.

Peter Bußjäger vom Institut für Föderalismus in Innsbruck ortete in verschiedenen europäischen Ländern Trends, Verwaltungsapparate zu dezentralisieren. Diese Länder könnten auch Österreich als Vorbild dienen. Mit der Dezentralisierung von Dienststellen könnten die urbanen Zentren entlastet, die peripheren Regionen gestärkt, die Abwanderung eingebremst und eine ausgewogene Entwicklung durch Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen erreicht werden. Er ortet bei der Entwicklung zwei Aspekte, die es seiner Ansicht nach richtig zu steuern gilt: Die Digitalisierung hätte in Österreich zu einer stärkeren Zentralisierung geführt, da qualifizierte Positionen an Zentralstellen ausgelagert wurden, allerdings biete die Digitalisierung auch die Möglichkeit, Dienststellen territorial zu verlagern, ohne dadurch Nachteile für die Verwaltung zu erhalten.

Ein weiteres Potenzial sieht Bußjäger in der Art der Spezialisierung von Dienststellen, die stärker auf die Bündelung von regionalen Kompetenzen bauen sollten.

Der Wiener Gemeinderat Erich Valentin betonte in seinem Statement, dass strukturschwache Regionen effizient unterstützt werden sollen. Die Umsiedelung des Umweltbundesamts nach Klosterneuburg stelle aber seiner Ansicht nach keine Förderung einer strukturschwachen Region dar. Mit Blick nach Deutschland wies Valentin außerdem darauf hin, dass die Absiedelung von Bundesdienststellen nur einen bedingt positiven Effekt auf die Entwicklung der Arbeitsplätze habe, da kompetente MitarbeiterInnen dann oft nicht mitgingen. Er sprach sich allerdings dafür aus, bei der Neuschaffung von Dienststellen einen dezentralen Standpunkt ins Auge zu fassen.

Stärkung des ländlichen Raums: Für die ÖVP muss die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen

Bundesrätin Andrea Eder-Gitschthaler (ÖVP) betonte in ihrer Stellungnahme, dass Dezentralisierung und Digitalisierung zu den größten Herausforderungen der Zukunft zählen und ein zentrales Thema für eine positive Entwicklung seien. Die „Regionen sind die Keimzellen des Miteinander für die Zukunft“, so die Bundesrätin. Der Verlust gut ausgebildeter Menschen an den Großraum Wien sei bedeutend und die Abwanderung von jungen Frauen wirke sich negativ auf das Sozial- und Wirtschaftsgefüge aus. Von diesem Problem sei der gesamte EU-Raum betroffen. Um dem entgegenzuwirken forderte Eder-Gitschthaler ein konstruktives Miteinander sowie mehr Fairness und Chancengerechtigkeit für den ländlichen Raum. Es brauche Angebote für junge Menschen, Unterstützung für Betriebsansiedelungen, attraktive Kinderbetreuung sowie den Erhalt von Schulen und Ärzten. Eder-Gitschthaler verwies auf ihr Bundesland Salzburg, das einen anderen Weg gewählt habe: „Die öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel vorangehen und Verwaltungstätigkeiten in den ländlichen Raum verlagern.“

SPÖ lehnt „Investitionsbremse“ ab und wehrt sich gegen „Wienbashing“

Für die Fraktion der SPÖ nahm die Wiener Bundesrätin Korinna Schumann Stellung. Sie betonte die Rolle des Bundesrats in Bezug auf föderalistische Notwendigkeiten, so sei der Schutz vor Privatisierung des Wassers im Verfassungsrang aus dem Bundesrat gekommen. In Anspielung auf die am nächsten Tag im Bundesrat zur Diskussion stehende Schuldenbremse hielt Schumann fest, die Sozialdemokratie werde das Einsetzen einer „Investitionsbremse“ verhindern, da diese zum Schaden der Städte und Gemeinden sei. Bundesweit gelte es, in Fragen der Versorgung einen einheitlich guten Standard herzustellen, die großen Fragen müssten zentral orga-





nisiert werden, so Schumann weiter. Dezentralisierung sei völlig verfehlt, wenn diese in einem „Wienbashing“ münde. Schumann bezeichnete die Verlegung des Umweltbundesamts nach Klosterneuburg als Verlegung „ohne Not“, da es dabei neben Mehrkosten auch nicht zur Stärkung einer strukturschwachen Region komme. Namens ihrer Fraktion unterstrich Schumann, dass die SPÖ die Stärkung der Regionen unterstütze, die nun vorgeschlagenen Reformen führten allerdings zu einer Ausdünnung im ländlichen Raum.

FPÖ will Doppelstrukturen bei Förderungen von Sport und Kultur beseitigen und nimmt ÖVP bei Dezentralisierung in die Pflicht

Bundesrat Michael Schilchegger (FPÖ) beklagte den fehlenden politischen Willen, Pilotprojekte zur Dezentralisierung umzusetzen. Durch Doppelstrukturen in Bund, Ländern und Gemeinden komme es zu Mehrfachförderungen beispielsweise bei Kultur oder Sport. In diesen Bereichen könnten ohne nennenswerte Einschnitte Milliarden eingespart werden, so Schilchegger. Größere Reformentwürfe seien in der Vergangenheit sehr zentralistisch gewesen und gescheitert. Die Lehre daraus sei eine Politik der kleinen Schritte und Verhandlungen zwischen Bund und Ländern auf Augenhöhe. An die ÖVP gerichtet verwies Schilchegger auf deren jahrelange Regierungsbeteiligung sowie die starke Vertretung bei Landeshauptleuten und BürgermeisterInnen und riet zu einer innerparteilichen Einigung in Bezug auf die diskutierten Fragen.

BUNDESRATSPRÄSIDENT BADER KÜNDIGT GESETZESINITIATIVE AN

Bundesratspräsident Karl Bader betonte, es „nicht bei der Diskussion alleine belassen, sondern tatsächlich etwas zum Positiven verändern“ zu wollen und kündigte deshalb eine Gesetzesinitiative des Bundesrats an. Das Gesetz soll eine ausgewogene Verteilung der Standorte öffentlicher Einrichtungen auf ganz Österreich sicherstellen. Konkret will er eine Prüfpflicht bei der Einrichtung neuer Bundesdienststellen im Hinblick auf eine faire regionale Verteilung erreichen.



Strategien von Belgien und Frankreich

Im November 2019 besuchte eine Delegation des Bundesrats unter der Leitung von Bundesratspräsident Karl Bader im Rahmen eines viertägigen Arbeitsbesuchs Frankreich und Belgien, wo die Vertreterinnen und Vertreter der Länderkammer mit ihren Amtskolleginnen und -kollegen zusammentrafen. Im Zentrum des Austauschs standen Föderalismus und die Situation im ländlichen Raum.

Begleitet wurde Bundesratspräsident Karl Bader von Vizepräsident Hubert Koller sowie den Bundesräten Ernest Schwindsackl (ÖVP), Günther Novak (SPÖ) und Peter Samt (FPÖ). Die Delegation traf in Belgien unter anderem Karl-Heinz Lambertz, den Parlamentspräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Themen des Treffens waren die Kompetenzverteilung im belgischen Staats-

gefüge sowie das Statut und das neue Modell der partizipativen Demokratie der Deutschsprachigen Gesellschaft.

BELGIEN: MENSCHEN IN DEN LÄNDLICHEN REGIONEN HALTEN

In Belgien traf Bundesratspräsident Karl Bader in Brüssel mit Sabine Laruelle, der Präsidentin des



belgischen Senats, zusammen. Die österreichische Delegation führte zudem Gespräche mit Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz sowie Abgeordneten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Inhalt des Austauschs waren unter anderem die Kompetenzverteilung im belgischen Staatsgefüge, die Befugnisse der Gemeinschaft sowie das neue Modell der partizipativen Demokratie. Auch ein Expertengespräch mit Thomas Wobben, dem Direktor der Direktion C des Ausschusses der Regionen, über periphere Regionen und die diesen Bereich betreffenden Tätigkeiten des Ausschusses der Regionen stand auf dem Programm.

„Die Situation in Belgien ist nur in wenigen Gebieten mit jener in Österreich zu vergleichen. Belgien versucht im Gegensatz zu Österreich, den Abzug der Städter in ländliche Gebiete hintanzuhalten, weil sich die abziehenden Städter am Land nur schwerlich integrieren. Zudem führt diese Stadtflucht zu einem weiteren Anwachsen des ohnehin schon angespannten Pendlerverkehrs in die Ballungsräume Belgiens. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft dagegen bemüht man sich mit Erfolg, junge Menschen am Land zu halten oder nach einer Ausbildungsphase wieder zurück in diese Gebiete zu holen“, fasste Bundesratspräsident Karl Bader die Erkenntnisse aus dem Zusammentreffen mit belgischen Politikerinnen und Politikern zusammen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens hat durch massive Investitionen in die Infrastruktur, etwa bei Schulen, Kultur und Sport, Anreize geschaffen, um ländliche Gebiete für junge und gut ausgebildete Belgier attraktiv zu gestalten. „Dort wird eine Schule erst geschlossen, wenn weniger als zwölf Kinder diese besuchen, bei Kindergärten liegt die Mindestanzahl sogar nur bei sechs Kindern. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusst sogar die Kirche, weil diese auch als wichtiger Kulturträger am Land betrachtet wird. Das Bemühen, die Menschen in den ländlichen Regionen zu halten, ist hier bemerkenswert“, so der Bundesratspräsident.

FRANKREICH: NEUE PHASE DER DEZENTRALISIERUNG

In Paris traf die Bundesratsdelegation unter der Leitung von Bundesratspräsident Karl Bader am Sitz des französischen Senats im Palais du Luxembourg mit dem Präsidenten des französischen Senats Gérard Larcher zusammen. Der Austausch stand im Zeichen der Situation des ländlichen Raums in Frankreich und der internationalen Beziehungen. Präsident Larcher strich dabei die zentrale Position Österreichs in den europäischen Beziehungen hervor: Die Qualität der parlamentarischen Beziehungen zwischen Frankreich und Österreich sei „sehr, sehr gut“.

Bundesratspräsident Karl Bader ging im Gespräch auch auf die Position Österreichs zu Südosteuropa ein: „Die Länder am Balkan sind für Österreich ein wertvoller Bereich Europas. Österreich bedauert, dass es nun keine Beitrittsgespräche mit Nordmazedonien und Albanien gibt. Es ist wichtig, dass dieser Schritt gesetzt wird, da Europa ansonsten nicht fertig gebaut ist“, betonte er. Bader ersuchte in diesem Zusammenhang um baldige Vorschläge zu der von Frankreich vorgeschlagenen Neugestaltung des Beitrittsprozesses, damit die Verhandlungen unter dem EU-Vorsitz Kroatiens beginnen könnten. Der Vorsitzende der Länderkammer sprach sich auch für klare Signale gegenüber der Türkei, insbesondere eine Beendigung der Beitrittsgespräche zur EU aus, was seitens des französischen Senats mit Interesse zur Kenntnis genommen wurde. Vonseiten Frankreichs wurde zudem der bevorstehende Brexit bedauert, Larcher hoffte auf ein Abkommen zur Schaffung enger Beziehungen, um den gemeinsamen Markt schützen zu können.

Im Zentrum des Austauschs stand die Situation der ländlichen Regionen und Gemeinden in Frankreich. Karl Bader erläuterte: „Die französischen Senatoren haben von den zunehmenden Spannungen zwischen den Metropolen und mittelgroßen und kleinen Städten berichtet. Auch in Frankreich gibt es daher Bemühungen, die Dezentralisierung weiter zu intensivieren, um mehr Nähe zu den Bürgern in den ländlichen Gebieten zu erzeugen. Unter den Prinzipien von Subsidiarität, Bürgernähe und Effizienz wurde eine neue Phase der Dezentralisierung eingeleitet, um Vollmachten der Departements an die Gemeinden zu transferieren, die in Frankreich die Grundzelle der Demokratie darstellen.“

Zusammentreffen mit Autor Rémy Pointereau

Die Delegation wurde im Anschluss an das Gespräch mit den französischen Senatoren von Questeur Rémy Pointereau, Koautor des Berichts „Die Rettung der Zonen für ländliche Revitalisierung, eine Herausforderung für 2020“, zum Gespräch empfangen.

„Frankreich setzt große Bemühungen daran, die zurückgehende Einwohnerzahl und das Ausbleiben von Ämtern, Handwerkern und Geschäften in den Landregionen zu stoppen. So sollen etwa Steuerermäßigungen oder Erleichterungen bei Sozialabgaben den Wegzug der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten verhindern. Das Beihilfensystem hierfür ist jedoch relativ kompliziert, sodass diese Förderungen nur von etwa 50 Prozent der Berechtigten in Anspruch genommen werden. Auch wenn die Situation des französischen Zentralstaats

(oben, v. li.) Direktor des Generalkommissariats für die Gleichstellung der Territorien Hugo Bevoirt, Bundesratspräsident Karl Bader und der österreichische Botschafter in Frankreich Michael Linhart

(unten) Österreichische Delegation im französischen Senat







nicht direkt mit jener Österreichs zu vergleichen ist, so ist doch eindeutig zu bemerken, dass es ähnliche Probleme gibt; etwa auch beim Ausbau von Breitbandinternet, das in der Stadt an jeder Ecke gratis zu bekommen ist und am Land oftmals von den Gemeinden finanziert werden muss. Ich sehe das wie Questeur Rémy Pointereau als unakzeptable territoriale Ungleichheit“, so Bundesratspräsident Karl Bader.

Die österreichische Delegation traf auch mit Hugo Bevert zusammen, dem Direktor des Generalkommissariats für die Gleichstellung der Territorien. Er erläuterte den Plan der französischen Regierung zur Gleichstellung der ländlichen Regionen. Kleine Städte am Land sollen etwa mittels Steuererleichterungen, insbesondere für kleine Geschäfte, die Revitalisierung der ländlichen Regionen ankurbeln. „Wie in Österreich gibt es zudem auch in Frankreichs ländlichen Gebieten einen Ärztemangel, für dessen Behebung Frankreich den Weg gewählt hat, 600 Ärzte beim Staat anzustellen, um die Gesundheitsversorgung am Land sicherzustellen. Auch Ämter sollen auf das Land verlegt werden und bis 2020 alle ländlichen Räume zumindest mit 4G-Breitbandinternet versorgt werden. Auch Steuererleichterungen und verminderte Sozialabgaben sollen das Leben am Land wieder attraktiver machen. Das sind Tendenzen, die ich als Präsident der Länderkammer nur begrüßen kann“, zog der Bundesratspräsident ein abschließendes Fazit.

Dezentralisierung von Bundesdienststellen

Wie angekündigt brachte der Bundesrat während der niederösterreichischen Präsidentschaft einen Antrag ein, der das Ziel einer Dezentralisierung von Bundesdienststellen verfolgt. Unterstützt wurde der Antrag von ÖVP, FPÖ und Grünen, die SPÖ wandte sich dagegen und warnte davor, Stadt gegen Land auszuspielen.





In seiner Sitzung am 19. Dezember 2019 brachte der Bundesrat einen Gesetzesantrag auf den Weg, der von ÖVP, FPÖ und Grünen unterstützt wurde; gegen den Entwurf wandte sich die SPÖ. Künftig sollte vor der Einrichtung neuer Bundesdienststellen geprüft werden, ob diese außerhalb der Bundeshauptstadt angesiedelt werden können. Verankert werden soll die Prüfpflicht im Bundesministeriengesetz. Konkret soll ein Gesetzespassus, der die Mitglieder der Bundesregierung zur Einhaltung der Grundsätze der Wirkungsorientierung, Effizienz und Transparenz bei der Behördenstruktur und der Einrichtung nachgeordneter Dienststellen verpflichtet, um die neue Vorgabe ergänzt werden. Eine Ansiedelung von Dienststellen der Bundesverwaltung außerhalb der Bundeshauptstadt würde nicht nur mehr Bürgernähe bringen, sondern könnte auch zur Stärkung strukturschwacher Regionen beitragen, argumentieren die AntragstellerInnen. Zudem könnten Anfahrtswege für MitarbeiterInnen und BürgerInnen verkürzt werden. Höhere Kosten erwarten Karl Bader (ÖVP), Monika Mühlwerth (FPÖ) und Marco Schreuder (Grüne) durch die neue Prüfpflicht nicht.

KEIN AUSSPIELEN VON STADT UND LAND

Korinna Schumann (SPÖ) begründete die Ablehnung des Antrags damit, dass die SPÖ nichts davon halte, einen Keil zwischen große Städte und ländliche Regionen zu treiben und Stadt gegen Land auszuspielen. Mit einer aggressiven Abgrenzung zur Bundeshauptstadt Wien sei nichts gewonnen. Es gehe um ein Miteinander, nicht um ein Gegeneinander. Zudem wertet sie die Formulierung des Antrags als verfassungswidrig.

Einig sieht sich Schumann mit den anderen Fraktionen darin, dass es nötig ist, den ländlichen Raum zu stärken und die Landflucht zu stoppen. Dafür gebe es viele Möglichkeiten, meinte sie und nannte etwa den Ausbau der Infrastruktur und des öffentlichen Verkehrs, einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz und eine gute Gesundheitsversorgung. Viele Menschen hätten ein Gefühl des Zurückgelassenwerdens, wenn Post und Geschäfte schließen; dem gelte es entgegenzuwirken.

SORGFALT UND BEHUTSAMKEIT IN DER UMSETZUNG

Ein gewisses Verständnis für die von Schumann vorgebrachten Bedenken äußerte der grüne Bundesrat Adi Gross. Bei einer etwaigen Ansiedelung von Bundesdienststellen in den Bundesländern müsse man mit großer Sorgfalt und Behutsamkeit vorgehen, mahnte er und warnte davor, funktionierende bestehende Einrichtungen abzusiedeln. Auch dürfe es nicht

passieren, dass es zu einem „Kuhhandel“ zwischen zuständigen MinisterInnen und Landeshauptleuten komme. Als negatives Beispiel sieht er in diesem Zusammenhang die geplante Übersiedelung des Umweltbundesamts von Wien nach Klosterneuburg.

Gegen den Antrag selbst hat Gross allerdings nichts einzuwenden, schließlich werde lediglich eine Prüfpflicht und keine generelle Neuverteilung von Bundesdienststellen festgeschrieben. Österreich sei per Verfassung ein föderaler Bundesstaat, meinte er, man könne durchaus über Verbesserungen nachdenken.

STÄRKUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS

Erfreut über das Zustandekommen des Gesetzesantrags zeigte sich Bundesratspräsident Karl Bader (ÖVP), von dem die Initiative ausgegangen war. Es sei notwendig, strukturschwache Regionen zu stärken und den „Braindrain“ Richtung Ballungsräume zu stoppen. Ohne Gegensteuerung drohe eine weitere Ausdünnung des ländlichen Raums. Auch könnte man mit einer Dezentralisierung von Behördenstrukturen seiner Ansicht nach Pendlerströme verringern. Es gehe jedenfalls nicht um ein Wienbashing und ein aggressives Abgrenzen zur Bundeshauptstadt, versicherte Bader. Es sei möglich, den ländlichen Raum zu stärken, ohne dass die Stadt etwas verliere.

Bader verwies auch auf Vorbilder wie Deutschland, die Schweiz, Finnland und Dänemark. Auch Niederösterreich sei dabei, 500 Dienstposten aus St. Pölten in die Bezirke hinauszuverlagern. Ähnliche Initiativen gebe es in anderen Bundesländern.

Handlungsbedarf sieht auch FPÖ-Bundesrätin Monika Mühlwerth. Man müsse etwas dagegen unternehmen, dass die Bevölkerung aus ländlichen Gebieten wegziehe, und zwar zuerst die Frauen, sagte sie. Jede Maßnahme, die dazu dient, dass Menschen im ländlichen Raum bleiben, sei sinnvoll. Keineswegs gehe es darum, die Stadt Wien „auszuhungern“. Die Kritik der SPÖ an dem Antrag verstand Mühlwerth daher nicht.

Nah an den Menschen sein als Voraussetzung für Politik

Ein positives Fazit zog der scheidende Bundesratspräsident Karl Bader in der Bundesratssitzung am 19. Dezember 2019. Projekte wie Bundesrat im Bundesland werden auch künftig fortgesetzt und eine Gesetzesinitiative zur Verlagerung von Bundesdienststellen in den ländlichen Raum wurde ebenfalls eingebracht.

„Nah an den Menschen zu sein ist für mich eine elementare Voraussetzung für einen politischen Mandatar, eine politische Mandatarin“, sagte Bader in seiner Abschlussrede. Um mit dem Bundesrat nah an den Menschen sein zu können, sei es ihm daher ein besonderes Anliegen gewesen, mit der Länderkammer hinaus in die Bundesländer zu gehen. Ausdruck dessen sei insbesondere das Projekt Bundesrat im Bundesland, das auch von Nachfolger Robert Seeber fortgesetzt werden wird. Nahe an den Menschen zu sein habe für ihn während seiner Präsidentschaft auch bedeutet, die BürgerInnen ins Parlament zu holen.

Zentrales Anliegen des zweiten Teils des Vorsitzmottos „Bereit für die Zukunft“ war es, mehr Fairness für den ländlichen Raum zu schaffen. Im Mittelpunkt stand dabei der Masterplan ländlicher Raum. Dieser sieht eine strategische Neuausrichtung und eine ambitionierte politische Schwerpunktsetzung für die Zukunft des ländlichen Raums vor. Der Masterplan zeige konkrete Perspektiven und Lösungen auf, um die Wirtschafts- und Lebensbedingungen am Land systematisch zu verbessern und die Zukunft des ländlichen Raums zu sichern, erklärte Bundesratspräsident Bader.

Im Bundesrat konnte auf diese Weise ein Thema positioniert werden, das nicht nur die niederösterreichische Präsidentschaft geleitet hat, sondern auch die nächsten Präsidentschaften prägen werde, zeigte sich Bader überzeugt.

Mit dem Masterplan sei es gelungen, deutlich zu machen, wofür der Bundesrat steht, nämlich dafür, die Interessen der Bundesländer und Gemeinden in der

Bundespolitik zu vertreten, betonte Bader. Er hoffe daher, dass unter der kommenden Bundesregierung seine NachfolgerInnen in der Funktion als Vorsitzende der Länderkammer mit dem Rückhalt der zuständigen Ministerien das Thema noch intensiver werden verfolgen können. Er habe jedenfalls den Grundstein gelegt und alle neun Landtagspräsidenten besucht, um die Anliegen des Bundesrats auch in den Bundesländern zu deponieren.

BADER WARNT VOR VERNACHLÄSSIGUNG LÄNDLICHER REGIONEN

Bei einer parlamentarischen Enquete hätten ihn die Beiträge der ExpertInnen zusätzlich in der Auffassung bestärkt, dass der Bundesrat mit seinem Leitthema das richtige Ziel verfolge, sagte Bader in seiner Rede. Internationale Fachleute hätten ein anschauliches Bild davon vermittelt, was in Zukunft passieren könne, wenn die Entwicklung ländlicher Regionen vernachlässigt wird. Das zeige sich etwa in Frankreich, wo es gerade jetzt wieder heftige Proteste der Gelbwesten gebe. Frankreich setze unterdessen große Bemühungen daran, die zurückgehende Einwohnerzahl und das Ausbleiben von Ämtern, Handwerkern und Geschäften in den Landregionen zu stoppen. Eine befriedigende Lösung werde es nur im Miteinander und nicht im Gegeneinander von Stadt und Land geben können, betonte der scheidende Bundesratspräsident bei dieser Gelegenheit nachdrücklich.

Der niederösterreichische Schwerpunkt zum Masterplan ländlicher Raum war jener der Dezentralisierung. „In Niederösterreich sind wir davon überzeugt, dass die Ansiedelung von Bundes- und Landeseinrichtungen in den ländlichen Regionen ein wirksames Instrument der Strukturpolitik darstellt“,







erklärte Bader. Verwaltungsdezentralisierung könne dem ländlichen Raum mehr Chancen zur Entwicklung einräumen. Daher werde in der Bundesratssitzung ein diesbezüglicher Gesetzesantrag diskutiert und, wie er hoffe, auch beschlossen. Der Antrag zielt auf eine Prüfpflicht bei der Errichtung neuer Bundesdienststellen ab, um festzustellen, ob eine Einrichtung nicht besser in den ländlichen Regionen anzusiedeln wäre. Bader sieht darin einen wichtigen ersten Schritt zur Dezentralisierung.

Sein Nachfolger Robert Seeber habe bereits angekündigt, dass er während der Präsidentschaft Oberösterreichs das Thema des Masterplans unter dem Schwerpunkt Wirtschaft weiterführen werde. Bader wünschte ihm für seine Präsidentschaft alles Gute und schloss seine Rede mit einem Dank an die Mitglieder des Bundesrats für die gute Zusammenarbeit sowie an die MitarbeiterInnen der Parlamentsdirektion für die von ihnen erbrachte Unterstützung.



Veranstaltungen





Tag der offenen Tür

Jährlich findet im Parlament am 26. Oktober, dem Nationalfeiertag, der Tag der offenen Tür statt. Tausende Besucherinnen und Besucher nutzen die Gelegenheit, um Politikerinnen und Politiker persönlich kennenzulernen, ein Foto am Rednerpult im Plenarsaal zu machen oder die Informationsangebote zu Parlamentarismus und Demokratie zu entdecken. Das Parlament als Zentrum der Demokratie versteht sich als Haus für alle Bürgerinnen und Bürger.



BESUCHERSERVICE

www.parlament.gv.at

Tel.: + 43 1 401 10-2400

E-Mail: besucherservice@parlament.gv.at



@OeParl



@OeParl
#OeParl



@OeParl



OeParl



Jugendparlament 2019 tagt zur Zukunftssicherung

Zum mittlerweile 21. Mal schlüpfen Ende November 2019 Schülerinnen und Schüler für einen Tag in die Rolle von Abgeordneten, um über einen (fiktiven) Gesetzentwurf zu beraten. Dieses Mal kamen die 100 Teilnehmenden aus Nieder- und Oberösterreich, im Mittelpunkt stand die Debatte über ein Zukunftssicherungsgesetz.

Mit Fragen zur Zukunft beschäftigte sich das Jugendparlament Ende November 2019: Wie kann gewährleistet werden, dass vom Parlament beschlossene Gesetze nachhaltig sind, und zwar sowohl was den Schutz der Umwelt und die Schonung natürlicher Ressourcen als auch die Zukunft von Kindern und Jugendlichen betrifft? Ist die Einrichtung eines Rats für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung zur Prüfung von Gesetzesvorschlägen eine probate Lösung? Und ist es beispielsweise sinnvoll, diesen Rat je zur Hälfte mit zufällig ausgewählten Kindern und Jugendlichen und mit von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften nominierten WissenschaftlerInnen zu besetzen?

Über diese und viele weitere Fragen debattierten die Jugendlichen, die von Bundesratspräsident Karl Bader begrüßt wurden. Er wünschte den Jugendlichen viel Freude und Motivation bei ihrer Arbeit. „Ihr werdet sehen, dass es nicht einfach ist, einen Kompromiss zu finden“, meinte er in Richtung der Jungabgeordneten. „Ihr werdet gut zuhören, eure Position gut argumentieren und auf Gegenargumente eingehen müssen.“ Man könne aber gute Ergebnisse erzielen, wenn man bereit sei, sich mit anderen zusammenzutun, ist er aus eigener Erfahrung überzeugt. Einzelkämpfer hätten im Parlament selten etwas bewirkt oder weitergebracht. Bader gab auch seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Jugendlichen die heutigen Erfahrungen in ihrem Schul- und späteren Berufsleben nutzen könnten.

TEILNEHMENDE AUS NIEDERÖSTERREICH UND OBERÖSTERREICH

Die rund 100 Schülerinnen und Schüler kamen aus Niederösterreich und Oberösterreich, also jenen Bundesländern, die im zweiten Halbjahr 2019 bzw. im ersten Halbjahr 2020 den Vorsitz im Bundesrat innehatten. Ihre Klassen – die 1BK der HAK Neunkirchen, die P3 der Polytechnischen Schule Linz, die 5A des Stiftsgymnasiums Kremsmünster und die 5B





des Wienerwaldgymnasiums Tullnerbach – hatten sich mit ihrem Beitrag zum Thema: Was bedeutet Demokratie für dich?, erfolgreich in der Bewerbungsphase durchsetzen können.

Die Jugendlichen beraten in jedem Jugendparlament zunächst in Klub- und Ausschusssitzungen über den vorliegenden Gesetzentwurf, werben für ihre Position und ringen um Kompromisse. Daneben gilt es, Fragen von JungreporterInnen zu beantworten und Reden für die Plenardebatte vorzubereiten.

Am Vortag des Jugendparlaments treffen die Jugendlichen immer die Vorsitzenden des Bundesrats, in diesem Fall Bundesratspräsident Karl Bader und seinen designierten Nachfolger Robert Seeber. Inhaltlich gab dieses Mal Universitätsprofessor Harald Wilfing vom Department für Evolutionäre Anthropologie der Universität Wien Impulse zum

Thema. Insgesamt standen den Jugendlichen drei ExpertInnen – neben Wilfing auch Finanzexperte Kurt Bayer und Adriana Bascone von der österreichischen Jugendklimakonferenz – zur Seite. Zudem erhielten die SchülerInnen Unterstützung und praxisnahe Tipps von den Abgeordneten Andreas Minnich (ÖVP), Eva Maria Holzleitner (SPÖ), Michael Schnedlitz (FPÖ), Yannick Shetty (NEOS) und David Stögmüller (Grüne).

Höhepunkt des Jugendparlaments war wie immer die Plenarsitzung, die per Livestream übertragen wurde und in der Mediathek des Parlaments (<https://www.parlament.gv.at/MEDIA>) auch als Download verfügbar ist.

Umfassende Informationen über das Jugendparlament – inklusive Unterrichtsmaterialien – gibt es auf der Website www.reininsparlament.at.



30 Jahre UN-Kinderrechtskonvention

Zum 30-jährigen Jubiläum der UN-Kinderrechtskonvention standen am 20. November 2019 im Parlament Kinder auf der Bühne: Bundesratspräsident Karl Bader hatte zur Aufführung des Theaterstücks „Hypnotisiert“ eingeladen, das von Kindern der Wiener Volksschule Oberlaa gemeinsam mit dem Verein Culture Fly in dem Projekt „Den Kinderrechten auf der Spur“ entwickelt wurde. Die Kinder, die auch als SchauspielerInnen auf der Bühne standen, beschäftigten sich darin mit dem Klimawandel.

„Der Status unserer Zivilgesellschaft spiegelt sich darin wider, wie wir mit unseren Kindern umgehen. Weil sie einerseits die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft sind und andererseits unsere Zukunft in den Händen haben, verdienen Kinder besondere Aufmerksamkeit. Der 30. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention soll uns daran erinnern, dass wir in Sachen Kinderrechte zwar viel erreicht haben, aber noch eine Menge zu tun ist“, betonte

Dem österreichischen Bundesrat sind Kinderrechte ein besonderes Anliegen, weshalb sogar ein eigener Ausschuss dafür geschaffen wurde, der die Wahrnehmung der Kinderrechte in Österreich zum Ziel hat. Dieser Ausschuss ist international einzigartig.

Karl Bader

Bundesratspräsident Karl Bader anlässlich des Internationalen Tags der Kinderrechte. Dem österreichischen Bundesrat seien Kinderrechte ein besonderes Anliegen, weshalb sogar ein eigener Ausschuss dafür geschaffen wurde, der die Wahrnehmung der Kinderrechte in Österreich zum Ziel hat. „Dieser Ausschuss ist international einzigartig.“

„Die Förderung unserer Kinder ist nicht nur eine Investition in die Zukunft, sie ist ein moralisches Gebot und ein Auftrag nicht nur an die Politik, sondern auch an die Eltern und ErzieherInnen unserer Kinder und Jugendlichen. In der Auseinandersetzung mit der Trennung von Eltern etwa dürfen Kinder nicht alleingelassen oder gar zum Streitobjekt werden. Auch Gewaltprävention beginnt zunächst in der Familie, wenn auch die Politik gefordert ist, alles Mögliche zu unternehmen, um Kinder vor häuslicher Gewalt zu schützen“, so Bader weiter.

Kinderrechte müssen aber noch weiter gedacht werden, fordert der Präsident der Länderkammer. Kinder hätten auch ein Recht auf eine intakte Umwelt und einen vernünftigen Gebrauch der Ressourcen. „Wir Erwachsenen dürfen diese Rechte nicht beschneiden, wir müssen uns noch mehr bemühen, unseren Kindern eine Umwelt zu hinterlassen, die lebenswert und schützenswert ist“, mahnt Bader. Österreich habe eine gute Tradition, Kindern einen besonderen Stellenwert einzuräumen. „Das Verbot von Gewalt in der Erziehung wurde bei uns bereits drei Jahre vor der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention beschlossen. Auch ist es international keine Selbstverständlichkeit, dass Jugendliche bereits ab 16 Jahren wählen dürfen und so bereits Teil der Gesellschaft sind, die vollberechtigt mit



Erwachsenen den politischen Prozess mitbeeinflussen und mitbestimmen kann“, meint der Präsident der Länderkammer.

„30 Jahre Kinderrechte sind nicht nur Anlass zur Freude; sie sind auch eine Verpflichtung, auf dem Erreichten weiter aufzubauen und den speziellen Bedürfnissen unserer Kinder noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken“, hielt der Präsident zu diesem Anlass fest.

THEATERSTÜCK „HYPNOTISIERT“

Die Kinderrechtskonvention könne als „eines der erfolgreichsten Menschenrechtsdokumente bezeichnet werden“, sagte Bundesratsvizepräsident Hubert Koller, der die Gäste bei der Aufführung des Theaterstücks „Hypnotisiert“ begrüßte. Dennoch gebe es in den verschiedenen Ländern bis heute sehr unterschiedliche Fortschritte in der Umsetzung und Kontrolle. „30 Jahre Kinderrechte sind nicht nur ein Grund zum Feiern, sie sind auch ein Auftrag, den wir alle sehr ernst nehmen sollten“, so Koller.

Bundesrätin und Vorsitzende des Kinderrechtsausschusses Daniela Gruber-Pruner (SPÖ) wandte sich in ihren einleitenden Worten an die Kinder. Einer der wichtigsten Punkte der Kinderrechtskonvention sei, dass man Kindern Gehör schenken soll. Erwachsene sollen Kinder zu ihrer Meinung befragen und mitentscheiden lassen. „Darum ist es auch gut, wenn ihr Kinder immer wieder ins Parlament kommt und uns hier erzählt, was euch wichtig ist“, sagte sie.

Das Theaterstück „Hypnotisiert“ war von den Ideen und Anliegen der Kinder der Volksschule Oberlaa

bestimmt, erklärte Autor und Regisseur Philip Aleksiev. Der Ölbaron Bernd Björn gerät darin zunehmend in einen Konflikt mit seiner Tochter, der Klimaaktivistin Anna. Das realistische Stück findet ein utopisches Ende, in dem offenbleibt, ob es Kinderrechte in 30 Jahren noch gibt. Die Kinder fordern: „Hören wir auf, Schuldige zu suchen. Retten wir unsere Erde! Jetzt!“

Der Verein Culture Fly setzt sich seit 2012 mit partizipativen Theaterprojekten wie diesem für die Vermittlung und Verbreitung von Kinderrechten ein. Gründungsmitglied Elisabeth Geyer-Schulz betonte: „Es geht darum, Kinder als Persönlichkeiten anzuerkennen, die eigene Rechte haben. Kinderrechte sind Menschenrechte.“ Gemeinsam mit Geyer-Schulz übergaben die Kinder ein Plakat mit ihren Botschaften an Bundesratsvizepräsident Koller mit der Bitte, sie den Verantwortlichen im Parlament weiterzugeben. „Weniger streiten, mehr tun!“, und „Schützt die Umwelt, damit wir eine Zukunft haben!“, lauteten zwei der Forderungen der Kinder. Koller werde die Botschaften weitergeben und sie sich zu Herzen nehmen, versicherte er.

Parlamentarische Diplomatie





Blick in die Zukunft eines gemeinsamen Europas

Anlässlich des 70. Jahrestags der Gründung des Europarats nahm Bundesratspräsident Karl Bader gemeinsam mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka an der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg am 24. und 25. Oktober 2019 teil.

Für Bundesratspräsident Karl Bader bot der 70. Geburtstag des Europarats einen passenden Moment, um den Blick in die Zukunft des gemeinsamen Europas und auf die damit verbundenen Herausforderungen zu richten. Die Parlamentarische Versammlung versteht er als Forum zur Verteidigung der Menschenrechte, die den BürgerInnen weiterhin einen uneingeschränkten Zugang zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ermöglichen sollte. In seiner Rede griff er auch den Klimawandel auf, den man auf politischer Ebene lange unterschätzt habe. Zu erwarten seien zudem gesellschaftliche Umbrüche durch künstliche Intelligenz und Digitalisierung, die ihm zufolge aber auch große Möglichkeiten für die ländlichen Regionen bei der Dezentralisierung erschließen werden. Die Politik müsse sich dafür einsetzen, „dass der ländliche Raum für die nächsten Generationen attraktiv bleibt und von der Digitalisierung profitiert“, so Bader.

BEKENNTNIS ZU GEMEINSAMEN PRINZIPIEN UND WERTEN

„Der Blick zurück auf die Gründung des Europarats 1949 verdeutlicht, dass uns das Bekenntnis zu gemeinsamen Prinzipien und Werten eine Haltung abverlangt, die erlernt und gelebt werden muss“, betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei der





Konferenz, die unter dem Titel „Unser gemeinsames Europäisches Zuhause“ stand und sich der Bedeutung gemeinsamer Werte und eines europäischen Ideals widmete.

„Kernaufgabe des Europarats ist und bleibt die Verteidigung der Demokratie, die stetig aufs Neue mit Leben erfüllt werden muss. Das Bekenntnis zur DemokratieschließtaucheinentschlossenesVorgehen gegen den Antisemitismus ein, wobei es hier vor allem Bewusstseinsbildung schon bei der jungen Generation braucht“, erklärte der Nationalratspräsident. Aufbauend auf der Antisemitismusstudie habe das österreichische Parlament kürzlich die Initiative Bildung gegen Vorurteile etabliert, die ebendiesen Ansatz verfolge. „Ich werde weiterhin jede Anstrengung unternehmen, um den Kampf gegen den Antisemitismus auf europäischer Ebene und im Schulterschluss mit den anderen Mitgliedstaaten vor-

anzutreiben, um die Demokratie in Europa weiter zu stärken“, unterstrich Sobotka. Eine weitere wichtige Rolle spiele der Europarat nicht nur bei zentralen Themen wie Digitalisierung, Klimawandel und der demografischen Entwicklung Europas, er sei auch ein wesentlicher Faktor bei der Heranführung der Staaten des Westbalkans und Osteuropas an gemeinsame europäische Standards. „Wir haben die historische Verantwortung, zur Stabilität in dieser Region und somit in ganz Europa beizutragen“, war der Nationalratspräsident überzeugt.

Weitere Themen der Konferenz waren die Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und ihrer Ziele für die nachhaltige Entwicklung sowie die Rolle nationaler Parlamente bei der Bekämpfung von Belästigung und Hass im öffentlichen Raum gegenüber Frauen in der Politik.



Die Politik muss sich dafür einsetzen, dass der ländliche Raum für die nächsten Generationen attraktiv bleibt und von der Digitalisierung profitiert.

Karl Bader

Austausch auf internationaler Ebene

Parlamentarische Diplomatie ist ein wichtiges Anliegen und ein starkes Instrument. Bundesratspräsident Karl Bader traf im In- und Ausland mit vielen Vertreterinnen und Vertretern von politischen Institutionen und der Zivilgesellschaft zusammen. Unter anderem traf er Prinzessin Kako von Akishino im Jubiläumsjahr 150 Jahre Freundschaft Japan-Österreich und die Parlamentspräsidenten von Kasachstan, Moldau, Armenien und dem Iran. Eine hochrangige Delegation aus Usbekistan konnte der Bundesratspräsident im Parlament in Wien begrüßen.

Am 3. Dezember 2020 empfing Bundesratspräsident Karl Bader den Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des usbekischen Senats Alischer Kurmanow und den stellvertretenden Außenminister von Usbekistan Dilschod Akhatow in der Hofburg. Im Mittelpunkt der Aussprache standen der Ausbau der guten bilateralen Beziehungen sowohl auf parlamentarischer als auch auf wirtschaftlicher Ebene, die bevorstehenden Wahlen in Usbekistan sowie die Vertiefung der Kooperation zwischen den einzelnen zentralasiatischen Staaten. Bundesratspräsident Bader hob insbesondere die enge Zusammenarbeit zwischen Österreich und Usbekistan im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE hervor. Positiv bewertete er auch den von Präsident Shawkat Mirsijójew eingeleiteten Reformprozess. Auch die Fortschritte im Hinblick auf die Verhandlungen mit der EU über ein neues Abkommen seien äußerst begrüßenswert. Die usbekische Delegation betonte die Stärkung der Rolle des Parlaments, weshalb man den Austausch mit anderen Ländern, die als Vorbilder dienen könnten, für wichtig erachte.

150 JAHRE ÖSTERREICHISCH-JAPANISCHE FREUNDSCHAFT

Im Jubiläumsjahr 150 Jahre Freundschaft Japan-Österreich kam Ihre Kaiserliche Hoheit Prinzessin Kako von Akishino aus Japan Mitte September zu einem mehrtägigen Besuch nach Wien. Bundesratspräsident Karl Bader traf die Prinzessin im Rahmen des offiziellen Empfangs in der Residenz des japanischen Botschafters in Wien, Kiyoshio Koinuma, am 17. September. Er zeigte sich erfreut über den Besuch und den so entstandenen Dialog.

TREFFEN DER PARLAMENTSPRÄSIDENTEN IN KASACHSTAN

Bundesratspräsident Karl Bader vertrat Österreich beim Meeting of Speakers of Eurasian Countries' Parliaments Ende September 2019 in Nur-Sultan, der Hauptstadt Kasachstans. Neben der Konferenz und einer Vielzahl von Besuchen standen Gespräche mit dem Vorsitzenden der Abgeordnetenkammer des Parlaments von Kasachstan, Nurlan Nigmatulin, der Parlamentspräsidentin von Moldau sowie den Parlamentspräsidenten von Armenien und dem Iran auf dem Programm.

(oben links) Meeting of Speakers of Eurasian Countries' Parliaments in Nur-Sultan, Kasachstan

(oben rechts) Bundesratspräsident Karl Bader und die japanische Prinzessin Kako von Akishino

(unten) Besuch einer usbekischen Delegation im österreichischen Parlament





Bundesratspräsident Karl Bader aus Niederösterreich und Bundesratspräsident Robert Seeber aus Oberösterreich bei Bundespräsident Alexander Van der Bellen gemeinsam mit der designierten Nachfolgerin von Bundesratspräsident Seeber Andrea Eder-Gitschthaler aus Salzburg



Gemeinsam Zukunft gestalten

Oberösterreichische Präsidentschaft | 1. Halbjahr 2020





Oberösterreichische Präsidentschaft

In seiner Antrittsrede am 13. Februar 2020 präsentierte Bundesratspräsident Robert Seeber die Schwerpunkte seiner Präsidentschaft: Im Rahmen des Masterplans ländlicher Raum sollte der Fokus im ersten Halbjahr 2020 insbesondere auf die Wirtschaft gelegt werden. Die geplanten Veranstaltungen, Enqueten und Reisen rückten aber in den Hintergrund, da die Coronakrise und die damit einhergehenden Maßnahmen auch den Bundesrat in bislang nicht bekannter Weise forderten.

„Wir kümmern uns darum, dass es auch am Land gute Lebens- und Arbeitsbedingungen gibt“, so Seeber, der seinen Vorsitz im ersten Halbjahr 2020 unter das Motto: Gemeinsam Zukunft gestalten, stellte. Mit der von seinem Vorgänger Karl Bader ins Leben gerufenen Initiative Masterplan ländlicher Raum habe die Länderkammer die Themenführerschaft für den ländlichen Raum übernommen und eine Leitlinie für die nächsten Jahre geschaffen. Mit dem Masterplan würden konkrete Perspektiven und Lösungen aufgezeigt, um die Wirtschafts- und Lebensbedingungen am Land systematisch zu verbessern und die Zukunft des ländlichen Raums zu sichern. Im Sinne seines Vorsitzmottos wollte Seeber so gemeinsam mit Landeshauptmann Thomas Stelzer daran arbeiten, die Interessen der Regionen, Gemeinden und Städte in den Ländern engagiert zu vertreten, wie der Bundesratspräsident sagte. „Miteinander, nicht gegeneinander!, und das soll auch die Devise meines Vorsitzes sein“, so Seeber.

MASTERPLAN LÄNDLICHER RAUM MIT FOKUS WIRTSCHAFT

Der Schwerpunkt der oberösterreichischen Präsidentschaft im Rahmen des Masterplans ländlicher Raum lag unter Seeber im Bereich der Wirtschaft, insbesondere bei der Arbeitsmarkt- und Standortpolitik. Fachkräftemangel, ein drohender Wirtschaftsabschwung oder mangelhafte Infrastruktur machen Unternehmen wie MitarbeiterInnen das Leben oftmals nicht einfach, für all das müssten praxisgerechte Lösungen präsentiert werden.

Die im Regierungsprogramm angeführte Offensive für den öffentlichen Verkehr, die Weiterentwicklung der Breitbandstrategie 2030 sowie der Glasfaserausbau und der Breitbandausbau entlang der Pendlerstrecken sei ein starkes Signal für mehr Chancengleichheit für die ländlichen Regionen. Ein wesentlicher Punkt sei dabei auch eine vorausschauende Planung der Raumordnung sowie die Sicherstellung von leistbarem Wohnraum, betonte der Bundesratspräsident, damit künftig wieder vermehrt in Ortszentren und nicht in Supermärkten am Kreisverkehr eingekauft werde.

Wichtig sei aber auch, über die Grenzen der österreichischen Bundesländer hinauszublicken, um sich etwa über zukunftsweisende Standort- und Arbeitsmarktpolitik zu informieren. Geplante Arbeitsbesuche des Bundesratspräsidenten zum Austausch über positive Beispiele und Maßnahmen in Polen und Spanien mussten leider abgesagt werden.

Auch Klimapolitik sollte in den Fokus gerückt werden, allerdings Klimapolitik mit Augenmaß und Hausverstand, zumal dies ein entscheidender Faktor für die zukünftige Standort- und Arbeitsmarktpolitik sei. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen biete der Klimaschutz große Chancen. „Ökonomie und Ökologie“, so Seeber, „müssen einfach Hand in Hand gehen.“ Anfang Mai sollte es zu diesem Thema eine Bundesratsenquete im Parlament geben. Auch diese musste aufgrund der Coronakrise abgesagt werden.



Antrittsrede

Bundesratspräsident Robert Seeber

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Thomas Stelzer!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie!

Mitglieder der Landesregierung!

Mitglieder des Amts der Landesregierung!

Mitglieder meiner Familie, meine liebe Frau Elfi, auch herzlich willkommen hier im Hohen Hause!

Sehr verehrte Damen und Herren vor den Bildschirmen beziehungsweise jene, die die Sitzung via Livestream verfolgen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am 1. Jänner des heurigen Jahrs habe ich für ein halbes Jahr den Vorsitz hier im Bundesrat übernommen. Ich freue mich natürlich sehr, dass zu meiner Antrittsrede auch unser Landeshauptmann Thomas Stelzer gekommen ist. Ich darf mich gleich am Beginn meiner Rede herzlich für das in mich gesetzte Vertrauen, hier tätig sein und dich ein Stück des Wegs begleiten zu dürfen, bedanken.

Da ich schon beim Bedanken bin, darf ich mich auch sehr herzlich bei meinem Vorgänger, bei dir, lieber Karl Bader, bedanken, auch für deine hervorragende Präsidentschaft. Du hast mir das Feld, wie man so schön sagt, sehr gut aufbereitet, und mit dem Generalthema ländlicher Raum hast du eine nachhaltige Initiative gesetzt, die wir auch die nächsten Jahre weiter betreiben werden. Den Bürgerinnen und Bürgern können wir hiermit ganz klar vermitteln, wofür der Bundesrat steht. Wir sind eben die Interessenvertreter der Länder, wir sind die effiziente Vertretung der Länder hier in Wien, und wir müssen dafür sorgen, dass es auch lebenswerte Arbeits- und gute Lebensbedingungen in den ländlichen Regionen gibt. Ich darf dir, lieber Karl, an dieser Stelle auch herzlichen Dank für deine sehr gute und hervorragende Präsidentschaft und für diese Initiative aussprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gemeinsam die Zukunft zu gestalten lautet das Motto dieses Halbjahrs, welches das Land Oberösterreich und ich

uns vorgenommen haben. Landeshauptmann Stelzer als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz und ich als Präsident des Bundesrats werden im Gleichschritt Pflöcke für eine gute und erfolgreiche Zukunft einschlagen.

Persönlich, das darf ich hier an dieser Stelle sagen, sehe ich mich auch von meiner Persönlichkeit her als Brückenbauer. Ich habe das gestern am Abend auch ganz kurz ansprechen dürfen: Ich sehe mich als jemanden, der über die Parteigrenzen hinweg sehr gute Kontakte pflegt, ich bin – so möchte ich mich beschreiben – ein Netzwerker, der aber auch weiß, dass es bei allen unterschiedlichen Positionen, die man oft hat, nötig ist, eine klare Sprache zu sprechen, aber im gegenseitigen Respekt und mit Wertschätzung. Wir haben in Oberösterreich die Devise: Miteinander, nicht gegeneinander!, und das soll auch die Devise meines Vorsitzes sein.

„Wir haben in Oberösterreich die Devise: Miteinander, nicht gegeneinander!, und das soll auch die Devise meines Vorsitzes sein.“

Robert Seeber

Der Schwerpunkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, der oberösterreichischen Präsidentschaft unter meiner Ägide wird natürlich – ich komme aus der Wirtschaft – auf dem Thema Standort- und Arbeitsmarktpolitik liegen. Wir haben es ja heute mit einer Situation zu tun – jeder weiß es –, in der es einen eklatanten Fachkräftemangel gibt, wir haben es mit einem sich anbahnenden und auch schon in Bewegung kommenden Wirtschaftsabschwung zu tun, wir haben eine mangelhafte Infrastruktur – und

für all das müssen wir auch praxisgerechte Lösungen für die Zukunft suchen. Sie alle hier wissen ja: Ich bin als Gastronom in Linz tätig, und ich weiß auch wirklich von der Praxis her gesehen, wo die Leute der Schuh drückt. Ich denke mir oft, wenn ich in meinem Restaurant so zwischen den Gästen herumspaziere – meine Frau macht das öfter als ich, das gebe ich zu –, dass ich dann schon höre, was den Menschen wirklich Sorge bereitet.

Da sitzt man sich gegenüber – praktisch face to face, wenn ich das so ausdrücken darf – und kann sich nicht hinter einem Computer verstecken, nicht hinter anonymen Postings verstecken, nicht hasserfüllt irgendetwas posten. Da spielt sich das wirkliche, das reale Leben ab. Das – so möchte ich sagen – hilft mir bis jetzt auch sehr oft in meinem Leben, auch in Bezug auf eine gewisse Menschenkenntnis, und das möchte ich nicht missen.

Ich sage das auch deswegen, weil ich gerade hier im Bundesrat – der Vergleich mit einem Restaurant, mit einem Betrieb mag vielleicht hinken –, in diesen drei Jahren, die ich schon hier tätig sein darf, spüren darf-

te, dass es eine sehr gute Gesprächsatmosphäre gibt und die Diskussionen von gegenseitigem Respekt getragen sind. Diese parlamentarische Kultur gefällt mir einfach, und deren Fortsetzung würde ich mir auch für meine Präsidentschaft wünschen.

Da ich das so sage, darf ich auch anschließend bemerken, dass es genau das ist, was den Bundesrat ausmacht. Den Bundesrat macht einfach eine hohe Qualität der Gesetzgebung aus. Er hat mit diesem Masterplan ländlicher Raum – lieber Karl – jetzt tatsächlich die Themenführerschaft für die ländlichen Regionen übernommen, und wir können hier also als Vorbild wirken. Wir zeigen ganz programmatisch klare Perspektiven und Lösungen auf, um ganz einfach die Zukunft mit all ihren Facetten auch in den ländlichen Regionen zu verbessern.

Wir wissen alle – im Regierungsprogramm ist es auch festgeschrieben –, es gibt eine Offensive für den öffentlichen Verkehr, es gibt die sogenannte Breitbandstrategie 2030 inklusive Breitbandausbau entlang der Pendlerstrecken. Ich würde sagen, das ist ein sehr starkes Signal für die ländlichen Regionen.





Ein wesentlicher Punkt zur Stärkung der Regionen ist aber auch eine vorausschauende Planung der Raumordnung. Wir sagen in Oberösterreich dazu – da schaue ich hinauf zu unserem Landesrat Markus Achleitner, er hat das ja hervorragend gemacht –: ressourcenschonend, überregional und verdichtet. Wir haben in Oberösterreich eine Novelle auf den Weg gebracht: Wir wollen nicht, dass – Sie kennen das alle auch in Ihren Regionen, in euren Regionen – die Supermärkte, Stichwort Kreisverkehr, außerhalb stehen, sondern wir wollen, dass wieder mehr in den Zentren gebaut, in den Zentren angesiedelt wird. Das ist die Belebung des öffentlichen Raums, wie wir sie uns vorstellen. Es muss auch wieder um die Sicherstellung von leistbarem Wohnraum gehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen aber auch über die Grenzen der Bundesländer hinaus schauen, wie dort zukunftsweisende Standort- und Arbeitsmarktpolitik gemacht wird. Ich darf an dieser Stelle sagen: Ich werde mich auch bei einer Reise mit einer Bundesratsdelegation in Polen umschaun. Wir haben ja heute hier auch Professor Hofer, den Honorarkonsul Polens, zu Gast, der mich auch dabei unterstützt und dessen Kontakte ich auch nützen kann. Wir wissen ja alle, dass es heute in Polen sehr viele knowledge-based Unternehmen gibt. Polen ist auch speziell in Bezug auf Fördermodelle für Start-ups Vorbild, und das möchten wir uns anschauen.

Aber nicht nur das – ich bin ja auch Touristiker und darf auch der Vorsitzende des oberösterreichischen Landestourismusrats sein –: Ich freue mich jedes Mal, wenn ich die Zahlen höre, so wie das letzte Mal – Herr Landeshauptmann! –: 14 Prozent Steigerung in Bezug auf die polnischen Touristen, nicht nur in Oberösterreich, sondern in ganz Österreich. Speziell in Oberösterreich haben wir mit unseren familiengeführten Unternehmen und auch familienfreundlichen Preisen sehr gute Angebote, die von den Polen sehr geschätzt werden.

Ich möchte aber im Rahmen der Parlamentsreise nicht nur Polen, sondern auch Spanien besuchen, denn dort haben wir tatsächlich ein eklatantes Problem, das natürlich auch Österreich und dessen ländlichen Raum betrifft: Das ist eine gravierende Landflucht. Das möchte ich mir vor Ort einmal anschauen, denn in Bezug auf diese Abwanderungstendenzen sind wir politisch wirklich gefordert, entsprechende Schritte zu setzen.

All das – wir wissen das alle – ist heute aber in das Thema der Klimapolitik eingebettet, meine Damen und Herren. Mir ist wichtig, aufzuzeigen, dass es – und das ist für mich als Wirtschaftler wichtig – eine Klimapolitik geben muss, die mit Augenmaß

und Hausverstand vorgeht – weg von hysterischen Ansätzen! –, denn entscheidend für eine gute Standort- und Arbeitsmarktpolitik ist, dass wir ein lebenswertes wirtschaftliches Umfeld haben. Ich bin der festen Überzeugung, dass es gerade auch für kleine und mittlere Betriebe ganz große Chancen, die den Klimaschutz betreffen, gibt – und diese gilt es zu ergreifen.

Ökonomie und Ökologie – das ist mein Standardsatz, den ich immer sage – müssen einfach Hand in Hand gehen. Oberösterreich hat als Exportland Nummer eins diesbezüglich schon einige ganz wichtige Wegmarken gesetzt. Wir haben ja – Sie wissen das alle – einen industriellen Leitbetrieb, die Voest. Dort wird schon seit Langem auf umweltfreundliche und ressourcenschonende Technologien gesetzt. Wir haben da tatsächlich Vorbildcharakter, und auch das gehört zu diesem oberösterreichischen Erfolgsweg. Ich werde – das darf ich hier jetzt auch sagen, und es würde mich freuen, wenn Sie zahlreich kommen würden – am 6. Mai hier im Parlament eine Enquete zu dem Thema Standort- und Arbeitsmarktpolitik abhalten, in der nicht nur Praktiker aus den Betrieben, sondern auch

„Ökonomie und Ökologie – das ist mein Standardsatz, den ich immer sage – müssen einfach Hand in Hand gehen.“

Robert Seeber

verschiedene Institutionen in Bezug darauf, wie wir mit diesem Thema in der Zukunft umgehen, vorsprechen können.

Meine Damen und Herren!

Was den Klimaschutz betrifft, ist eines klar – wir sind uns hier schon der Verantwortung für die nächsten Generationen bewusst –: Es ist dies das Thema der Zukunft, aber wir müssen bei diesem Thema – und das sage ich auch als Arbeitgeber – für ein sehr ausgewogenes Verhältnis zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern sorgen, denn ohne den Fleiß und die Motivation unserer ausgezeichneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in all unseren Betrieben – seien es Kleinbetriebe, Mittelbetriebe oder Großbetriebe – und ohne das Engagement der Sozialpartner – das darf ich hier an dieser Stelle sagen – stünde die heimische

Wirtschaft, wie sie sich in Oberösterreich und in ganz Österreich präsentiert, heute nicht so gut da.

An dieser Stelle darf ich mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Unternehmen herzlich bedanken. Es heißt für mich wieder: Miteinander, nicht gegeneinander! Das gilt insbesondere für dieses Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern – und wir müssen hier für einen fairen Interessenausgleich sorgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch das Format Bundesrat im Bundesland, welches wir eingeführt haben – du hast das ja bereits im vorigen Jahr vorgezeigt, lieber Karl Bader –, werden wir fortsetzen. Ich würde mich freuen, wenn Sie meiner Einladung nach Oberösterreich zahlreich folgen würden. Wir werden einen Oberösterreichtag verbringen, werden uns dort einige Beispiele anschauen, die Vorbildcharakter haben, werden auch das Linzer Landhaus besuchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Funktionieren einer ökologischen Wirtschaft – das möchte ich auch noch im Rahmen meiner Antrittsrede sagen – kann sich aber nicht nur auf unser Land beschränken, wir müssen schon auch die europäische Dimension mitdenken. Wir haben ja in Europa einen Binnenmarkt mit 500 Millionen Einwohnern, und wir haben in Oberösterreich, in Österreich, in Europa, sehr viele – Sie kennen den Begriff – Hidden Champions. Von diesen kann man sich abschauen, meine Damen und Herren, wie ökonomische und ökologische Wirtschaft passieren kann. Wir haben da einen Vorbildeffekt. Ich kann mir auch sehr gut vorstellen, wenn man diese Marktchancen erkennt, können wir in Europa, was die Klimapolitik betrifft, zu einem Vorreiter werden und schauen, wie Ökonomie und Ökologie eine harmonische Synthese eingehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als die Europakammer des Parlaments werden wir uns aber auch mit europäischen Themen, die die Zukunft betreffen, intensiv befassen. Erstmals – Sie wissen das alle – ist ja die Europäische Union kleiner geworden. Ich hatte die Gelegenheit, am Montag mit Präsident Sobotka bei einer Veranstaltung dabei zu sein, die sich mit der Thematik 25 Jahre EU befasst hat. Mit dem Austritt von Großbritannien ist die Europäische Union kleiner geworden; und wir müssen uns die Frage stellen: Was haben wir, die verbleibenden Staaten in der EU, falsch gemacht, wenn die Briten diese EU verlassen? Das Referendum ist zugegebenermaßen relativ knapp ausgefallen, aber es ist ein politisches Faktum und wir können nicht einfach so, glaube ich, zur Tagesordnung übergehen.

Das ist nicht der Fall, denn diese strukturellen Probleme, denen die Europäische Union jetzt gegenübersteht, verleiten dazu, dass man vermehrt versucht, nationale Themen, die eben auf EU-Ebene nicht geregelt werden können, selbst zu regeln.

Wie begegnen wir dieser zunehmenden Diversität der Mitgliedstaaten? Probleme der Migration, der Sicherheit und des Klimawandels, soziale Spannungen, Finanzpolitik und Eurostabilität – meine Damen und Herren, diesen und anderen Themen soll sich nun eine EU-Konferenz widmen. Bei der angesprochenen Veranstaltung war schon sehr gut erkennbar, was jetzt wichtig ist. Unter Einbeziehung der Regionen, der Sozialpartner und lokaler Behörden wird eine auf zwei Jahre angelegte Europakonferenz abgehalten, und es ist geplant, daraus Empfehlungen für die weitere Entwicklung der EU abzuleiten. Das wurde natürlich bei der Diskussion auch sehr kritisch gesehen, es wurde gesagt, das werde nicht viel bringen. Ich sage, es ist wichtig, sich auf allen Ebenen mit den Zukunftsproblemen der EU zu beschäftigen, und kann daher diese EU-Konferenz sehr begrüßen.

Wir sind hier im Bundesrat, darum muss ich das erwähnen: Die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips ist für Österreich ein wichtiger Punkt in dieser Diskussion. Der Bundesrat, das kann ich hier mit Fug und Recht behaupten, hat in Sachen Subsidiarität bereits sehr viel geleistet.

Der Bundesrat, meine Damen und Herren, hat sich aber auch sehr viel mit wichtigen nationalen Zukunftsthemen befasst, etwa mit Pflege oder Digitalisierung, also mit Angelegenheiten, die dann später auch Eingang in Regierungsprogramme gefunden haben.

Wir alle hier gehen hinaus in die Regionen, wir haben, wie ich vorhin erwähnt habe, das Ohr nahe bei den Menschen. Es ist mir ein großes Anliegen, Ihnen allen für das Engagement und die Motivation zu danken, Sie alle investieren sehr viel Zeit, um die Probleme der Menschen in den Bundesländern, in den Regionen zu hören und diese Anliegen hierherzutragen beziehungsweise entsprechend zu vertreten. Ich persönlich als Präsident des Bundesrats lade Sie alle ein, in den nächsten Monaten auch weiter in diese Richtung mit anzupacken, sei es in den Ausschüssen, hier im Plenum oder draußen bei den Menschen in den Ländern.

Ich sage immer: Miteinander zu reden ist auf jeden Fall besser, als übereinander zu reden.

In diesem Sinne, im Geist des gegenseitigen Respekts und der Wertschätzung wünsche ich uns im Bundesrat alles Gute und viel Erfolg. – Danke.



Auch den im letzten Halbjahr erstmals durchgeführten Bundesrat im Bundesland wollte Seeber im Rahmen seines Vorsitzes fortführen und mit dem Thema Arbeitsmarkt- und Standortpolitik verknüpfen, auch dieser Besuch vor Ort in Oberösterreich konnte aufgrund der Ausgangsbeschränkungen nicht stattfinden.

KULTURELLER OBERÖSTERREICHABEND ALS AUFTAKT

Anlässlich der Vorsitzübernahme des Bundeslands Oberösterreich mit 1. Jänner lud Bundesratspräsident Robert Seeber gemeinsam mit Landeshauptmann Stelzer in das Parlament in die Wiener Hofburg zum Oberösterreichabend ein.

Seeber nutzte diesen Rahmen, um auf die Schwerpunkte seiner Präsidentschaft aufmerksam zu machen: „Ich werde mich besonders um die Zukunft der ländlichen Regionen, insbesondere um die Wirtschaft am Land und die Sicherung von Arbeitsplätzen in den Regionen und um ein solides Umfeld für unsere Unternehmen kümmern. Wir werden uns für eine Wirtschaft starkmachen, die Ökonomie und Ökologie in Einklang bringt, die klimaschonend ist, ohne dabei die Wirtschaft zu schwächen“, so der Bundesratspräsident. Mit seinem Themen-Schwerpunkt: Gemeinsam Zukunft gestalten, will

Seeber gemeinsam mit dem Land Oberösterreich einen nachhaltigen Beitrag in Österreich leisten.

Landeshauptmann Thomas Stelzer ging in seiner Rede auf das Motto seines Vorsitzes in der Landeshauptleutekonferenz ein. Gemeinsam die Zukunft zu gestalten setze auch voraus, dass es starke Bundesländer gebe. „Wir Bundesländer sind durchaus selbstbewusst. Wir verstehen uns als starke Teile, durch die der Bundesstaat Österreich auch stark sein kann. Wir können uns in Europa und auch darüber hinaus sehen lassen“, bekräftigte Stelzer. Oberösterreich werde den Vorsitz im Bundesrat auch nutzen, um die oberösterreichische Musik und Kultur nach Wien zu bringen. „Trotz eines starken Wirtschaftsstandorts können wir auch eine hohe Lebensqualität vorweisen, weil wir immer schon Wert auf die Kultur gelegt haben“, zeigte sich Stelzer überzeugt.

Für die heimischen Klänge sorgte beim Oberösterreichabend die Trachtenmusikkapelle Neukirchen bei Lambach und das Blechbläserensemble der Anton-Bruckner-Privatuniversität. Unter den Gästen befanden sich Bundesministerin Susanne Raab, Staatssekretär Magnus Brunner, Landeshauptmann a. D. Josef Pühringer sowie ÖVP-Klubobmann August Wöginger.



Bundesländer – wesentliche Mitgestalter der Republik

Der oberösterreichische Landeshauptmann Stelzer wandte sich am 13. Februar 2020 in seiner Erklärung anlässlich der oberösterreichischen Präsidentschaft unter dem Motto: Gemeinsam Zukunft gestalten, an die Mitglieder des Bundesrats.

Föderalismus sei für viele Menschen als Begriff zu technokratisch und es sei nicht vorstellbar, wie er in das tägliche Leben in den Regionen einwirke, sagte Stelzer. Für ihn sei dies ein klarer Auftrag, gemeinsam mit und für die Menschen im Land zu gestalten. „Föderalismus bedeutet für mich, dass sich die Österreicherinnen und Österreicher darauf verlassen können, dass es in unserem Land die beste medizinische Versorgung gibt. Dass wir das Versprechen, in Würde zu altern und ein selbstbestimmter Lebensabend einlösen“, bekräftigte der Landeshauptmann.

PLÄDOYER FÜR SACHPOLITIK UND EINEN DIALOG AUF AUGENHÖHE

Die Politik – Gemeinden, Länder und Bund – habe dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen passen und dass alle Menschen, die etwas leisten wollen und auch können, sich auch einbringen könnten. Ein moderner, erfolgreicher Föderalismus bedeute, dass jede und jeder auch die eigenen Stärken einbringen könne. Für Stelzer sind die Bundesländer in einem modernen Föderalismus auf Augenhöhe mit dem Bund – nicht untergeordnet. „Wir sehen uns als eigenständige Teile und wesentliche Mitgestalter unserer Republik, unseres Bundesstaats“, so Stelzer.

Dass starke Teile einen Staat mittragen und mitgestalten würden, sei eindeutig ein Erfolgsmodell beim Blick auf Europa und weltweit. „Wir sind ein starker Wirtschaftsmotor in Europa, haben eine gute, zum Teil sehr gute Beschäftigungslage und eine Lebensqualität, die ihresgleichen sucht. Wir haben eine robuste Struktur und sind stark. Das ist kein Zufall, denn föderale Strukturen bringen sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für Staat und Gesellschaft eine Reihe von spürbaren Vorteilen“, zeigte sich Stelzer überzeugt.





Der Föderalismus im Sinne von Zuständigkeit, Verantwortungsübernahme und Gestalten vor Ort stärke das Gefühl von Orientierung und Zusammengehörigkeit, gebe Kraft und Halt vor Ort. Gerade in Zeiten von technologischem Fortschritt, Grenzenlosigkeit und Globalisierung wachse das Bedürfnis nach Nähe und Vertrautheit.

FÖDERALISMUS IST FÖRDERER DER POLITISCHEN PARTIZIPATION

Zugleich bringe aber das Eingebundensein vor Ort durch Kenntnis der Themen und Herausforderungen mehr Motivation für die Bürgerinnen und Bürger, sich selbst politisch zu beteiligen. In einer Umfrage zeige sich, dass 71 Prozent mit der politischen Arbeit im jeweiligen Bundesland zufrieden seien sowie 65 Prozent der Befragten die Problemlösungsfähigkeit der Bundesländer schätzen würden. Um der wirtschaftlichen Entwicklung der Zukunft Rechnung zu

tragen, sei bewusst das Motto des Vorsitzes in der Landeshauptleutekonferenz: Gemeinsam Zukunft gestalten, gewählt worden. Es gehe um den Willen und auch um den Mut, voranzugehen, um die wirtschaftliche Situation, die Beschäftigungssicherheit und auch die soziale Ausgewogenheit des Landes auf hohem Niveau weiterzuentwickeln. Die derzeitige Bundesregierung sieht Stelzer als einen Partner, der am gleichen Strang zieht. Man erkenne im Regierungsprogramm die wirtschaftlichen Herausforderungen an und setze die notwendigen Maßnahmen dazu.

ÖKOJOBS UND INTERNATIONALER INDUSTRIESTANDORT

Im Bereich Klimaschutz könne Österreich ruhig selbstbewusst agieren – denn man beginne nicht bei null, ist Stelzer überzeugt. „Oberösterreich beispielsweise könne heute schon längst kein internationaler Industrieproduktionsstandort mehr sein, wenn das



Wir sind ein starker Wirtschaftsmotor in Europa, haben eine gute, zum Teil sehr gute Beschäftigungslage und eine Lebensqualität, die ihresgleichen sucht. Wir haben eine robuste Struktur und sind stark. Das ist kein Zufall. Denn föderale Strukturen bringen sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für Staat und Gesellschaft eine Reihe von spürbaren Vorteilen.

Thomas Stelzer



Bundesland – insbesondere die Unternehmen – nicht massiv in Umwelt- und Klimaschutz investiert hätten.“

HERAUSFORDERUNG PFLEGE UND AUSBAU DES ÖFFENTLICHEN VERKEHRS

Gemeinsamen Handlungsbedarf von allen Kräften sieht Stelzer beispielsweise in der Organisation und der Finanzierung der Pflege. Jede und jeder müsse sich in Österreich darauf verlassen können, dass sie bzw. er im Bedarfsfall hochqualitative Pflege erhalten könne. „Die Entscheidung für das Aus des Pflegeregresses und die begleitenden finanziellen Maßnahmen des Bunds stellen uns hier wirklich vor Probleme. Ich begrüße aber auch, dass die Bundesregierung mit uns gemeinsam über die Pflege reden will. Es geht darum, dass wir die Familien, durch die noch immer ein Großteil der Pflege in Österreich aufopfernd geleistet wird, entsprechend entlasten und ihnen auch Anerkennung zeigen“, ist der oberösterreichische Landeshauptmann überzeugt. Der Pflege-daheim-Bonus könne hier seiner Meinung nach eine der Möglichkeiten sein. Das Thema Pflege – Personal und Ausbildung – werde

sicher auch eine der großen Herausforderungen für die Gespräche zum Finanzausgleich ab 2021 sein. Dynamisch wachsende gesellschaftliche Bereiche müssten entsprechend neu mit finanziellen Mitteln hinterlegt werden.

Vor Ort gestalten bedeute auch, Wirtschaften, Arbeiten und Leben in den Regionen weiter möglich zu machen und dort auch weitere Investitionen zu ermöglichen. Stelzers Forderung, Bundesdienststellen in den Regionen anzusiedeln, argumentierte er mit den exzellenten Erfahrungen mit den Bezirkshauptmannschaften. Nicht nur der Ausbau der öffentlichen Einrichtungen in den Ländern stand für Stelzer aber im Vordergrund, sondern auch der zügige Weiterausbau des Breitbands sowie der Ausbau den öffentlichen Verkehrs.

Stelzer bekannte sich zudem klar zur EU und den dadurch möglichen Optionen. Er empfahl den Regionen in diesem Zusammenhang, selbstbewusst zu handeln und sich aktiv in den europäischen Einigungs- und Entwicklungsprozess einzubringen.



PLÄDOYER FÜR LÖSUNGSORIENTIERTE SACHPOLITIK

Das Motto: Gemeinsam Zukunft gestalten, sei eine Chance, Themen, die die Menschen in Oberösterreich beschäftigen und die es zu verändern gelte, an die Bundesregierung heranzutragen, zeigte sich Bundesrätin Johanna Miesenberger (ÖVP) überzeugt. Ihr Heimatland stelle die Sachpolitik in den Vordergrund und keine Politik, die sich mit sich selber beschäftige. Projekte würden mit Anstand, Verantwortung und in Zusammenarbeit umgesetzt werden. Sie lobte das Programm der derzeitigen Bundesregierung, für die Umsetzung dieses Programms seien wiederum starke Bundesländer notwendig. Auch wenn Föderalismus für beide Seiten herausfordernd sei, ist das Wechselspiel zwischen Bund und Ländern für Miesenberger ein klarer Vorteil. Die Stärkung der Regionen und der gewählte Schwerpunkt auf Arbeit und Entwicklung in Oberösterreich bringe auch Arbeitsplätze in die Regionen.

Eine große Chance in der aktuellen Klimadebatte sieht Miesenberger in der Landwirtschaft. Diese

Föderalismus bedeutet für mich, dass sich die Österreicherinnen und Österreicher darauf verlassen können, dass es in unserem Land die beste medizinische Versorgung gibt. Dass wir das Versprechen, in Würde zu altern und ein selbstbestimmter Lebensabend einlösen.

Thomas Stelzer

sei nicht das Problem, sondern Teil der Lösung. Preisdumping bei Lebensmitteln im Handel würde den Menschen noch teuer zu stehen kommen. Die Bundesrätin bestärkte auch die Aussage des oberö-

sterreichischen Landeshauptmanns, dass das Thema Pflege eine der großen Herausforderungen sei. Es müsse gewährleistet werden, dass Altern in Würde möglich ist.

Für die Bundesrätin Claudia Hauschildt-Buschberger (Grüne) zeigt sich Oberösterreich bereits als Vorreiterland in Sachen Klimaschutz. Das Land sei ein Wegbeschreiter eines Green Deals, der bereits nachhaltige Verbesserungen für Mensch und Tier erwirkt hätte. Bereits 2015 hätten sich 200 Gemeinden weg von Ölheizung in Richtung erneuerbare Energie gewandt. Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern sei Kern der grünen Politik und Oberösterreich könne eine hervorragende Bilanz aufweisen. Gentechnikfreiheit, 60 Prozent der Raumwärme aus erneuerbarer Energie sowie die Verankerung des freien Seenzugangs in der oberösterreichischen Landesverfassung seien nur einige Bereiche, die eine grüne Handschrift tragen würden. Nur gemeinsam – ganz nach dem Motto der Landeshauptleutekonferenz – könne man für die Bürgerinnen und Bürger etwas erreichen.

FORDERUNGEN DER OPPOSITION

Für Bundesrat Dominik Reisinger (SPÖ) lasse das Motto der Landeshauptleutekonferenz zahlreiche Interpretationen zu. Gemeinsam und miteinander könne keine Einbahnstraße sein, denn nur mit der Bündelung aller Kräfte könnten die vielen Herausforderungen benötigt werden. Die Pflege und die Unterstützung des Pflegepersonals, die Stärkung der Gemeindefinanzen sowie der weitere Ausbau der Primärversorgungszentren für die Versorgung in den Regionen gehören für Reisinger zu den wichtigsten Themen der politischen Arbeit. Auch der Ausbau der Infrastruktur – besonders im ländlichen Bereich – müsse massiv weitergeführt werden. Reisinger forderte den Landeshauptmann dazu auf, sich für einen Teil der Verkehrsmilliarde im Bund für das Land Oberösterreich einzusetzen.

Auch die FPÖ nannte den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel als eines der wichtigsten Ziele. Bundesrat Thomas Dim (FPÖ) zeigte sich positiv über die Regierungsbeteiligung der Grünen im Zusammenhang mit dem Klimaschutz, werde diese aber an den Taten messen. Investitionen in Oberösterreich dürften nicht daran scheitern, dass die zuständige Ministerin und der zuständige Landesrat in Oberösterreich unterschiedlichen Parteien angehörten. Parteipolitisches Kalkül habe sich Oberösterreich nicht verdient.

Regierung präsentiert ihr Programm im Bundesrat

Am 14. Jänner 2020 präsentierten Bundeskanzler Kurz und Vizekanzler Kogler die neu gebildete Bundesregierung sowie das Regierungsprogramm im Bundesrat. Kanzler Kurz sprach von einem sehr guten, ambitionierten Programm und einem herausragenden Team. Der Vizekanzler strich die Punkte Bekämpfung des Klimawandels sowie europäische Ausrichtung besonders hervor.

Bundeskanzler Sebastian Kurz zeigte sich überzeugt, dass mit der aktuellen Regierung, die eine „Koalition der Wahlgewinner“ darstelle, ein neues Kapitel eröffnet werde. Durch eine neue Form der Kompromissfindung sei es möglich geworden, dass sowohl die Volkspartei als auch die Grünen ihre zentralen Wahlversprechen einhalten können. Primäres Ziel sei es, das Leben der Menschen in Österreich zu verbessern. Garant dafür sei ein „herausragendes Team“, das die Inhalte umsetzen werde, bekräftigte Kurz, der die einzelnen Regierungsmitglieder auf ÖVP-Seite persönlich vorstellte.

ENTLASTUNG DER ARBEITENDEN MENSCHEN

Einer der Eckpunkte des Regierungsprogramms sei die Entlastung der arbeitenden Menschen, informierte der Kanzler, was unter anderem durch eine Absenkung der drei untersten Lohnsteuerstufen, eine Erhöhung des Familienbonus sowie einen Ausbau der Mitarbeiterbeteiligung gelingen soll. Gleichzeitig seien im Sinne eines nachhaltigen Steuersystems diverse Ökologierungsmaßnahmen geplant. Die ÖVP bekenne sich zudem zu einer ausgeglichenen Budgetpolitik, unterstrich der Regierungschef, die Schuldenquote soll daher in Richtung 60 Prozent abgesenkt werden.

Im Bereich der Migration werde weiterhin eine klare Linie verfolgt, die zum Ziel habe, die illegale Zuwanderung zu stoppen. Dies sei Voraussetzung dafür, dass man in Europa und Österreich weiterhin in Sicherheit leben und der soziale Frieden aufrecht erhalten werden könne, erklärte Kurz. Ein großes Anliegen sei ihm auch die Reform des Bildungssystems, da man „vom reinen Absitzen von Zeit“ wegkommen müsse. Aus diesem Grund solle es eine

Bildungspflicht geben, die garantiere, dass die jungen Menschen ein Minimum an Grundfertigkeiten besitzen. Nur dann sei gewährleistet, dass die Jugendlichen Chancen am Arbeitsmarkt haben und dass kein Kind zurückgelassen wird.

Außerdem werde man alles daransetzen, die Pflegefrage zu lösen, führte Kurz weiter aus. Dazu brauche es ein Maßnahmenbündel, das von der Unterstützung von pflegenden Angehörigen, dem vermehrten Einsatz von mobilen Pflegekräften, dem Ausbau von Tagesbetreuungseinrichtungen, der besseren Ausbildung von Pflegekräften bis hin zur Einführung einer Pflegeversicherung reiche.

Ein sehr ambitioniertes Programm liege im Bereich Klimaschutz vor, betonte Kurz. Gemeinsam mit den Grünen habe man sich darauf geeinigt, dass Österreich bis 2040 klimaneutral werden soll. Dazu beitragen werde der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Investitionen in die Gebäudesanierung sowie eine ökosoziale Steuerreform, deren Grundlagen im Rahmen einer Taskforce bis 2022 erarbeitet werden.

Darüber hinaus würden viele weitere Initiativen gesetzt, die von der Digitalisierung bis hin zur Frauenpolitik, von der Stärkung des ländlichen Raums bis hin zu einem ehrgeizigen Transparenzpaket reichen.

VOM KLIMASCHUTZ BIS ZUR EUROPAPOLITIK

Vizekanzler Werner Kogler sprach von einem ungewöhnlichen Kompromiss als Antwort auf neue, große Herausforderungen. Zwei Wahlsieger, die sich, wie er anmerkte, nicht unbedingt gesucht hatten, würden



sich nun in dieser Bundesregierung finden. Bei allen unterschiedlichen Sichtweisen gebe es jedoch zahlreiche Überschneidungen, so etwa allen voran das Bekenntnis zur Bekämpfung des Klimawandels mit allen Chancen für den Wirtschaftsstandort und unter sozialer Abfederung und regionaler Einbindung. Übereinstimmend ortete Kogler zudem bei der Entlastung der arbeitenden Menschen sowie in der Frage der nachhaltigen Finanzen bei gleichzeitiger Sicherung der Investitionen. Weitere Themen, die sowohl für die Grünen als auch für die ÖVP höchsten Stellenwert einnehmen würden, seien überdies die soziale Sicherung, die Armutsbekämpfung, die Gleichstellung der Frauen oder etwa der Ausbau der Betreuungsplätze im Bildungsbereich.

Mit Nachdruck unterstrich der Vizekanzler die europäische Ausrichtung der Bundesregierung und das Engagement der Koalitionspartner für die Weiterentwicklung der Europäischen Union. Klar ist für Kogler dabei, dass es in den großen Fragen mehr Europa brauche. Bei den internationalen Handelsbeziehungen wiederum werde sich die Regierung für die Einhaltung der sozialen und ökologischen Standards einsetzen. Deshalb gebe es auch ein klares Nein zum Mercosur-Vertrag.

Was den Klimaschutz betrifft, sollen laut Kogler mit den ersten Schritten der Steuerreform auch Ökologisierungsschritte verbunden werden. Es dürfe aber nicht bei bloßen Schlagworten bleiben.

Gebäudesanierung, Forcierung der Fotovoltaik, Vergünstigung des öffentlichen Verkehrs und Ausbau der Infrastruktur würden als prioritäre Themen jedenfalls auch die Bundesländer beschäftigen. Konkret trat Kogler in diesem Zusammenhang für eine Regionalverkehrsmilliarde zusätzlich zur Nahverkehrsmilliarde ein. In Sachen Transparenz schließlich kündigte der Vizekanzler eine Initiative für Informationsfreiheit an.

KONTROVERSE DEBATTE IM BUNDESRAT

In der anschließenden Bundesratsdebatte stellte SPÖ-Fraktionsobfrau Korinna Schumann die Sozialpolitik ins Zentrum ihrer Rede. Im Regierungsprogramm würden Konzepte in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Pflege fehlen, so Schumann, die sich außerdem über die Einführung des „koalitionsfreien Raums“ sorgte. Das Bundesheer werde ausgehungert, kritisierte Oppositionskollegin Monika Mühlwerth (FPÖ). Sie sprach sich gegen Hass im Netz aus und plädierte dafür, die Auswirkungen des Regierungsprogramms auf Einzelpersonen zu bedenken.

Die Bundesregierung übernehme Verantwortung, konterte Karl Bader (ÖVP) und betonte dabei die Erleichterung für ArbeitnehmerInnen durch die weitere Senkung der Lohnsteuer. Seitens der Grünen lobte Marco Schreuder (Grüne) die neue Form des Regierens und hob Fortschritte für die Wirtschaft hervor.

Die Coronakrise im Bundesrat

„Ich kann mit Überzeugung sagen, dass diese Präsidentschaft mit keiner anderen in der 100-jährigen Geschichte des Bundesrats vergleichbar ist“, hielt Bundesratspräsident Robert Seeber anlässlich seiner Abschiedsrede im Bundesrat fest. Die Coronakrise hatte die Welt zu diesem Zeitpunkt fest im Griff; auch im österreichischen Parlament rang man mit der Eindämmung des Virus und der Minimierung der wirtschaftlichen Folgeschäden. Die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg dominierte von März 2020 an auch das Programm der oberösterreichischen Präsidentschaft im Bundesrat.

Am 25. Februar 2020 wurde das Coronavirus in Österreich erstmals registriert: In Tirol wurden die ersten beiden heimischen Fälle bekannt; am 27. Februar wurden drei Coronafälle in Wien bestätigt. Die in China durch die Covid-19-Erkrankung (Coronavirus Disease 2019, Coronaviruskrankheit 2019) ausgebrochene Pandemie begann sich in Österreich auszubreiten, das politische Geschehen sollte nun für Monate durch Covid-19 bestimmt werden.

ERSTE MASSNAHMEN GEGEN DIE CORONA-PANDEMIE

Am 10. März wurde die österreichische Regierung in Sachen Coronavirus, wie der Krankheitserreger in den Medien bezeichnet wurde, aktiv. Ab sofort galt ein Einreisestopp für Personen aus Italien, Universitäten wurden geschlossen, Schulen sollten folgen. Größere Veranstaltungen wurden zunächst bis Anfang April untersagt. Die Regierung ersuchte die Bevölkerung, soziale Kontakte zu minimieren und Hygienevorschriften einzuhalten. Der Ankündigung der Regierung folgten Absagen im Sport, in der Kultur oder auch bei Gottesdiensten.

Am 12. März informierte Bundeskanzler Sebastian Kurz den Bundesrat erstmals über die getroffenen Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der Pandemie. Äußerliches Zeichen der Pandemie waren im Parlament zunächst die an vielen Stellen platzierten Desinfektionsspender zum gründlichen Händereinigen. Bundeskanzler Sebastian Kurz hielt zu diesem Zeitpunkt weitere drastische Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus bereits für wahrscheinlich. In einer Aktuellen Stunde wies er auf die dramatische Ausbreitung der Epidemie hin. Der Kanzler sah „mehr als nur herausfordernde Wochen“ auf Österreich

zukommen. Es ginge einzig und allein darum, die Steigerung der Ausbreitung zu verlangsamen.

Vizekanzler Werner Kogler meinte ebenfalls, die dramatische Lage erfordere drastische Maßnahmen, zumal die Zahl der Fälle exponentiell ansteige. Kogler rief zu Zusammenhalt der Gemeinschaft auf und schloss ebenfalls mit dem Appell, alle sozialen Kontakte, die nicht unbedingt sein müssten, einzuschränken.

„Wir alle haben uns damals voller Sorge gefragt, was da auf uns zukommen wird“, so Bundesratspräsident Robert Seeber später in seiner Abschiedsrede am 4. Juni.

ERSTES GESETZESPAKET PASSIERT BUNDES RAT

Nur drei Tage danach passierte am 15. März bereits das erste von mehreren umfangreichen Maßnahmenpaketen einstimmig National- und Bundesrat. Zu Beginn der an einem Sonntag stattfindenden Sitzung appellierte Bundesratspräsident Robert Seeber an die BürgerInnen und insbesondere an junge Menschen, die gegenwärtige Situation nicht auf die leichte Schulter zu nehmen und die sozialen Kontakte in den nächsten Wochen aufs Notwendigste zu beschränken. Die Mandatarinnen und Mandatare sollten hier auch ihrer Vorbildwirkung für die Republik gerecht werden. Seeber zeigte sich überzeugt, dass die BundesrätInnen in den nächsten Wochen über die Parteigrenzen zusammenhalten werden, um die Krise zu überwinden.

Auch optisch hatte Corona die Plenarsitzung des Bundesrats deutlich verändert. Jede zweite Sitzreihe im Plenum blieb unbesetzt, die BundesrätInnen hielten zumindest einen Platz Abstand zum Nächsten.



Die Besuchergalerie wurde für die Öffentlichkeit gesperrt, diese konnte die Sitzung nur mehr über die Übertragung des ORF und den Parlamentslivestream verfolgen.

Im Eiltempoverfahren wurde das Gesetzespaket, das die Regierung zur Eindämmung der Coronakrise angekündigt hatte, an diesem Sonntag zunächst im National- und anschließend im Bundesrat beschlossen. Verschärft wurde es durch Ausgangsbeschränkungen. Österreicherinnen und Österreicher durften ihr Haus nur mehr verlassen, wenn sie zur Arbeit gingen, Lebensmittel einkauften, anderen Menschen halfen oder spazieren gingen – jeweils mit einem Mindestabstand von 1 Meter. Ausmusterungen beim Bundesheer wurden ausgesetzt, der Dienst der Zivildienstler verlängert, um genügend helfende Hände in der Coronakrise zu haben.

Finanzminister Gernot Blümel präsentierte im Bundesrat die Maßnahmen gegen Covid-19. Alle Ressorts arbeiteten laut Blümel zusammen und schnürten das vorgelegte Gesetzespaket binnen kürzester Zeit, um schnell und unbürokratisch Hilfe bieten zu können. Die Regierung fokussierte bei der Erstellung darauf, ausreichend finanzielle Mittel für die Gesundheit bereitzustellen zu können, möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten sowie die Bezahlung von Fixkosten sicherzustellen.

ZWEITES UMFANGREICHES PAKET ZUR BEKÄMPFUNG DER PANDEMIE

Das zweite umfangreiche Covid-19-Gesetzespaket wurde in einer Sitzung des Bundesrats wenige Tage später, am Samstag, dem 21. März 2020, präsentiert. Einen Tag nach dem Nationalrat stimmte der Bundesrat der umfangreichen Sammelnovelle mit 39 Gesetzesänderungen und fünf neuen Bundesgesetzen mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zu.

Ein wesentlicher Eckpfeiler des 2. Covid-19-Gesetzes waren Sonderregelungen für die Justiz. Außerdem wurden weitere Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen inklusive eines mit 1 Milliarde Euro dotierten Härtefallfonds für Kleinunternehmen, EPU, Non-Profit-Organisationen und freie DienstnehmerInnen vorgesehen.

Arbeitsministerin Christine Aschbacher strich hervor, dass die Regierung mit der Coronakurzarbeit rasch gehandelt habe, Justizministerin Alma Zadić ging auf die weitreichenden Maßnahmen im Justizbereich ein. Eine Insolvenzbremse sollte sicherstellen, dass Unternehmen bei vorübergehender Zahlungsunfähigkeit nicht gleich Konkurs anmelden müssen.

Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck hob das von der Regierung geschnürte 38 Milliarden Euro schwere Hilfspaket hervor, das Maßnahmen

wie Haftungsgarantien, Kurzarbeit, Steuerstundungen und Zahlungen aus dem Härtefallfonds umfasse. Infrastruktur- und Umweltministerin Leonore Gewessler informierte die BundesrätInnen über erste Gespräche mit der Energiewirtschaft, um Strom- und Gasabschaltungen für all jene zu verhindern, die ihre Energierechnungen nicht mehr bezahlen könnten.

Bis 1. April war die Gesamtzahl der Infizierten auf über 10.000 gestiegen, wobei fast 150 Infizierte verstorben waren. Am 4. April überstieg die Zahl der an diesem Tag hinzugekommenen Genesenen aber erstmals die Zahl der Neuinfektionen dieses Tages.

OBERÖSTERREICHISCHER VORSITZ MUSS PROGRAMM VÖLLIG ÄNDERN

Sämtliche für den Vorsitz Oberösterreichs im Bundesrat geplanten Veranstaltungen fielen nun dem Virus zum Opfer. Die Bundesratsenquete zum Thema „Starke Regionen – starke Republik: Standort- und Arbeitsmarktpolitik in Österreich“ wurde ersatzlos gestrichen, der für 30. März in Linz geplante Bundesrat im Bundesland war bereits zuvor abgesagt worden. Internationale Konferenzen wie die EU-ParlamentspräsidentInnenkonferenz in Helsinki oder die Konferenz der europäischen Senate in Sarajevo fanden nicht mehr statt. Auch die Auslandsbesuche in Polen und Spanien konnten nicht mehr durchgeführt werden.

In seiner Sitzung am 4. April 2020 gab der Bundesrat grünes Licht für das dritte Gesetzespaket zu Covid-19, dieses Mal aber in anderer Form als bislang gewohnt, mit einer verminderten Anzahl an Mitgliedern des Bundesrats: An der Plenarsitzung nahmen im Sinne einer freiwilligen Selbstbeschränkung nur 35 BundesrätInnen teil, 13 der ÖVP, zwölf der SPÖ, acht der FPÖ und zwei der Grünen. Insbesondere jene aus den westlichen Bundesländern Vorarlberg und Tirol bleiben der Sitzung fern; Tirol stand zu diesem Zeitpunkt zur Gänze unter Quarantäne.

„Ich wünsche allen Bürgerinnen und Bürgern, dass sie die herausfordernden Wochen gut überstehen – bleiben Sie gesund und halten Sie sich bitte an die Anweisungen der Regierung, damit wir möglichst bald die Ansteckungsrate auf das notwendige Niveau drücken können! Die nächsten Wochen werden uns noch viel abverlangen, besonders jenen, die in wirtschaftliche Not geraten sind, oder dort, wo viele Personen auf engem Raum miteinander auskommen müssen. Denken Sie aber trotzdem nicht nur an sich, sondern auch an die Menschen in Ihrer Umgebung, die Ihre Hilfe benötigen! Österreich ist ein Land, das auch in früheren Krisenzeiten viel

Solidarität und Durchhaltevermögen unter Beweis gestellt hat, weswegen ich zuversichtlich bin, dass wir diese Situation gemeinsam meistern werden“, appellierte Bundesratspräsident Robert Seeber zu Beginn der Sitzung.

Noch einmal hatte sich das optische Erscheinungsbild des Bundesratsplenums verändert. BundesrätInnen, Minister und die MitarbeiterInnen des Hohen Hauses trugen einen Mund-Nasen-Schutz; Plexiglasscheiben am Präsidium sowie vor den Mikrofonen der RednerInnen sollten die Gefahr einer Übertragung des Coronavirus im Plenarsaal mindern. Die Besuchergalerie blieb weiterhin leer, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parlaments wurden, sofern im Haus nicht unbedingt deren Anwesenheit erforderlich war, ins Homeoffice geschickt.

Die einen Tag zuvor vom Nationalrat beschlossenen weiteren Covid-19-Gesetzespakete wurden an diesem Tag auch vom Bundesrat gebilligt. Die Entscheidung, keinen Einspruch zu erheben bzw. die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen, fiel

„Österreich ist ein Land, das auch in früheren Krisenzeiten viel Solidarität und Durchhaltevermögen unter Beweis gestellt hat, weswegen ich zuversichtlich bin, dass wir diese Situation gemeinsam meistern werden.“

Robert Seeber

jeweils mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und – trotz zahlreicher kritischer Anmerkungen – auch der SPÖ. Die FPÖ hingegen lehnte die Sammelgesetze wegen der Vermischung von aus ihrer Sicht sinnvollen und fragwürdigen Punkten ab und kündigte damit ihrerseits den Schulterschluss auf.



ZENTRALE PUNKTE DES DRITTEN GESETZESPAKETS

Zentrale Punkte des 3. COVID-19-Gesetzes und des 4. COVID-19-Gesetzes waren die Aufstockung des Krisenbewältigungsfonds und des Härtefallfonds, die Erhöhung der Mittel für die Kurzarbeit sowie die Bereitstellung von 30 Millionen Euro für Familien in einer besonderen Notlage. Vorgesehen wurden darüber hinaus auch die Steuerfreiheit von coronaspezifischen Prämien bis 3.000 Euro, ein Delogierungsverbot bei Mietrückstand sowie die Stundung von Krediten und die weitere Auszahlung des Pendlerpauschale auch bei Telearbeit.

Abseits der Gesetzesbeschlüsse nutzten SPÖ und FPÖ ihre Mehrheit im Bundesrat darüber hinaus wieder dazu, um eine Reihe von Entschlüssen zu fassen. Die Länderkammer sprach sich in diesem Sinn für eine Erhöhung des Arbeitslosengelds, die Einrichtung eines Überbrückungsfonds für ArbeitnehmerInnen, Maßnahmen gegen Preistreiberei sowie die Öffnung der Bundesgärten aus und drängte auf die Wahrung von Grundrechten sowie auf ein klares Ablaufdatum für Coronagesetze.

Zudem war es SPÖ und FPÖ ein Anliegen, dass der Bund den Gemeinden die reduzierten Einnahmen aus der Kommunalsteuer und die sinkenden Ertragsanteile aus den Steuereinnahmen des Bundes vollständig abgilt. Gemeinsam bekräftigten ÖVP, SPÖ und Grüne die Forderung des Nationalrats nach einer zinslosen Stundung offener Steuerschulden, Sozialversicherungsbeiträge und Stromrechnungen, einer verlängerten Auszahlung von Arbeitslosengeld und einer Personalaufstockung beim AMS.

KRITIKPUNKTE DER OPPOSITION

Josef Ofner (FPÖ) und seine FraktionskollegInnen kritisierten die Art und Weise, wie die Regierung die Covid-19-Gesetze auf den Weg gebracht hatte. Alle Fraktionen hätten bisher den Schulterschluss mitgetragen, aber ein Schulterschluss bedeute ein Bündeln aller Ideen, meinte er. Per Entschließungsantrag forderte Ofner – gemeinsam mit der SPÖ – die Regierung zur Wahrung der Grundrechte auf, wobei diese dem Nationalrat monatlich Bericht erstatten solle. Ebenso urgierte er Informationen über Maßnahmen gegen Fakenews, verhängte

(oben) Der Bundesrat zeigt sich während der Coronapandemie in ungewohntem Bild: Plexiglasscheiben, Mund-Nasen-Schutz und Abstandsregelungen tragen dazu bei, das Infektionsrisiko so gut wie möglich zu senken

Verwaltungsstrafen inklusive der Rechtsgrundlagen sowie die Verwendung von Daten – Stichwort Big Data.

In einem gemeinsamen Entschließungsantrag von ÖVP, SPÖ und Grünen forderte Karl Bader (ÖVP) eine Abfederung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise. So solle die Regierung den Personalstand des AMS um bis zu 500 Stellen erhöhen, für Steuern, Sozialversicherungsbeiträge sowie Strom- und Gaslieferungen soll bis Jahresende ein zinsloses Moratorium gelten.

Die Regierung betreibe Ankündigungspolitik, kritisierte Horst Schachner (SPÖ). Als fatalen Fehler bezeichnete er das Außerkraftsetzen von Erstattungen nach dem Epidemiegesetz für Unternehmen, auch Maßnahmen wie das Tragen von Schutzmasken würden zu langsam bzw. viel zu spät umgesetzt. Schachner forderte im Hinblick auf die enorm hohe Arbeitslosenzahl einen Krisenüberbrückungsfonds für ArbeitnehmerInnen und zudem die Festlegung von temporären Preisobergrenzen etwa bei Grundnahrungsmitteln, Medizinprodukten und Atemschutzmasken.

Österreich habe den richtigen Weg zur Bekämpfung des Coronavirus eingeschlagen, betonte Marco Schreuder (Grüne). Die aktuellen Gesetzespakete bauten vor allem eine wichtige Brücke zwischen der Zeit vor und der Zeit nach der Krise, zeigte er sich überzeugt. Die Kurzarbeit werde weiter attraktiviert und das an die Kapazitätsgrenzen gelangende AMS personell aufgestockt, strich Andreas Lackner (Grüne) hervor. Die Corona- Krise zeige aber auch schonungslos Schwachstellen im Wirtschafts- und Sozialsystem auf.

Bildungsminister Heinz Faßmann informierte den Bundesrat über die mittlerweile geschlossenen Schulen und Universitäten. Sein Ziel sei nun, einen guten Abschluss dieses Schuljahrs zu ermöglichen. Was die Universitäten betrifft, könnte das Studienjahr verlängert werden, stellte er in Aussicht. Es gehe darum, den Menschen in dieser unsicheren Situation Angst zu nehmen, fasste Justizministerin Alma Zadić die Maßnahmen des vorliegenden Pakets für den Justizbereich zusammen. Sie hob dabei vor allem den Kündigungsschutz und das Delogierungsverbot für MieterInnen bis Ende Juni bei Mietrückstand, aber auch die Stundung von Kreditraten für drei Monate, hervor.

BUNDESRAT GEGEN NATIONALRATSBESCHLÜSSE

Die nächste Sitzung des Bundesrats am 4. Mai fiel bereits in die erste Phase der gelockerten

Maßnahmen, die die Verbreitung des Coronavirus hintanhaltend sollten. Die Einigkeit der Bundesrätinnen und Bundesräte über die Maßnahmen der Bundesregierung, die in den ersten Sitzungen über diese Maßnahmen noch zu verzeichnen war, war beendet.

Bundesratspräsident Robert Seeber appellierte deshalb zu Beginn der Sitzung an die Mitglieder des Bundesrats: „Der Bundesrat wird heute eine große Zahl von Beschlüssen des Nationalrats diskutieren. Viele dieser Beschlüsse sind unter Zeitdruck zustande gekommen – ein Zeitdruck, der der aktuellen durch Corona ausgelösten Krise geschuldet ist. Dieser Zeitdruck stößt naturgemäß nicht bei allen MandatarInnen auf große Begeisterung. Als Präsident des Bundesrats will ich etwaige Widerstände gegen bestimmte heute zur Diskussion stehende Gesetzesbeschlüsse nicht bewerten. Ich möchte Sie alle aber ersuchen, jenen guten Umgangston, den wir hier in der Länderkammer pflegen, in den Debatten beizubehalten. Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt

„Ob Sie nun für
oder gegen ein
Gesetz eintreten
– tun Sie es bitte
mit Anstand und
Respekt vor jenen,
die nicht Ihrer
Meinung sind!“

Robert Seeber

sind wesentliche Pfeiler unserer parlamentarischen Demokratie. Beide dürfen nicht infrage gestellt werden, weil die freie Meinungsbildung das Salz in der Suppe der Demokratie ist. Ob Sie nun für oder gegen ein Gesetz eintreten – tun Sie es bitte mit Anstand und Respekt vor jenen, die nicht Ihrer Meinung sind! Das sind wir nicht nur einander schuldig, sondern auch den Zuseherinnen und Zusehern vor den Bildschirmen, denen wir auch heute wieder unter Beweis stellen wollen, dass der Bundesrat als eine der tragenden Säulen dieser Republik für sie da ist und dass nicht einzelne, persönliche Interessen



im Vordergrund stehen, sondern das gemeinsame Ganze für die Bürgerinnen und Bürger unserer Republik.“

Im Verlauf dieser Sitzung am 4. Mai 2020 beeinsprachte der Bundesrat vier der 13 vom Nationalrat zuletzt beschlossenen Covid-19-Gesetze. SPÖ und FPÖ nutzten ihre Mehrheit in der Länderkammer, um die Novellen zum Epidemiegesetz und zum Freiwilligengesetz sowie das Finanz- und Steuerpaket zurück an den Nationalrat zu schicken. Gleiches galt für die rechtlichen Grundlagen für das Wiederhochfahren des Behördenbetriebs.

Der Nationalrat hatte nun die Möglichkeit, Beharrungsbeschlüsse zu fassen und die Länderkammer des Parlaments damit zu überstimmen. Die betroffenen Bestimmungen – unter anderem Auflagen für künftig wieder erlaubte Veranstaltungen, die Einrichtung eines Covid-19-Screeningregisters, die Befreiung von Schutzmasken von der Umsatzsteuerpflicht und gesetzliche Grundlagen für audiovisuelle Verhandlungen auch in Verwaltungsverfahren – konnten damit erst verzögert in Kraft treten.

Seitens der SPÖ und der FPÖ wurde die Ablehnung der Gesetze unter anderem mit dem Argument begründet, dass Freiheits-, Bürger- und Grundrechte in Gefahr seien. Die von der Regierung gesetzten Maßnahmen seien überschießend und unqualifiziert, kritisierte etwa der Tiroler FPÖ-Bundesrat Christoph Steiner und äußerte die Vermutung, dass die türkis-grüne Regierung Österreich in einen totalitären Staat umbauen wolle.

Auch der Wiener SPÖ-Bundesrat Stefan Schennach hatte einige Bedenken. Kritisch sahen es die beiden Oppositionsparteien überdies, dass die 600.000 Euro, die aus dem Krisenbewältigungsfonds für freiwilliges Engagement in der Corona-Krise bereitgestellt werden, ohne parlamentarische Kontrolle flößen. Das könnte ihrer Meinung nach einseitige Mittelvergaben befördern. Auch dass die Regierungsparteien entgegen ihrer Ankündigung wieder Sammelnovellen vorgelegt hätten, war SPÖ und FPÖ ein Dorn im Auge.

Die weiteren Nationalratsbeschlüsse vom 22. und 28. April wurden vom Bundesrat hingegen nicht beanstandet. Neben der Gutscheinelösung für abgesagte Veranstaltungen betraf das etwa die vorübergehende Erhöhung der Notstandshilfe, rückwirkend ab 16. März, präzisierende Bestimmungen für die Freistellung von Beschäftigten mit bestimmten Vorerkrankungen sowie gesetzliche Rahmenbedingungen für das Wiederhochfahren

des Justizbetriebs. Eine Novellierung des Kraftfahrzeuggesetzes hatte Erleichterungen für Feuerwehren bei Einsätzen nach Autounfällen zum Ziel. In Form von Entschließungen sprach sich der Bundesrat unter anderem für weitere Unternehmenshilfen, Entschädigungszahlungen für Veranstalter, legislative Klarstellungen in der Lockerungsverordnung des Gesundheitsministeriums und eine Reduzierung von Tiertransporten samt schärferen Kontrollen aus. Gegenstand einer Dringlichen Anfrage der SPÖ an Arbeitsministerin Christine Aschbacher waren die aktuellen Arbeitsmarktdaten. Die zum Teil sehr emotional geführten Debatten dauerten bis spät in die Nacht an.

NATIONALRAT FASST BEHARRUNGSBESCHLÜSSE

Die Einsprüche des Bundesrats gegen vier vom Nationalrat beschlossene Covid-19-Gesetze waren nicht von Dauer. In einer eigens dafür einberufenen Sitzung des Nationalrats am 13. Mai 2020 folgten die Abgeordneten den Empfehlungen des Verfassungsausschusses und stimmten mehrheitlich dafür, die ursprünglichen Gesetzesbeschlüsse zu wiederholen. Diese konnten sodann in Kraft treten. Für die Beharrungsbeschlüsse stimmten ÖVP und Grüne und teilweise auch die NEOS. Auch diese Debatte verlief über weite Strecken sehr emotional.

Die MitarbeiterInnen des Hohen Hauses und auch der Klubs waren mittlerweile aus ihrem Home-Office zurück, Mund-Nasen-Schutz und Abstandhalten waren weiterhin geboten.

Am 24. Juni nahm letztendlich noch das Hilfspaket für die Gemeinden im Bundesrat die letzte parlamentarische Hürde. Zustimmung zum Kommunalinvestitionsgesetz kam auch von SPÖ und FPÖ, wiewohl die beiden Parteien die Hilfen als unzureichend erachteten.

Für Präsident Robert Seeber ging damit eine herausfordernde Zeit der Krisenbewältigung zu Ende. Der Bundesrat konnte in dieser schwierigen Zeit unter Beweis stellen, dass er als eine der tragenden Säulen der Republik die Interessen der Österreicherinnen und Österreicher bestens vertreten hat.

Ärmel hochkrempeln und nach vorne schauen

Am 4. Juni 2020 zog Bundesratspräsident Seeber im Rahmen seiner Abschiedsrede vor dem Bundesrat sein Fazit zum vergangenen halben Jahr, das aufgrund der Coronapandemie völlig anders als geplant verlief. Seeber bedankte sich für die Unterstützung durch alle Fraktionen des Bundesrats. Ab Juli wechselt der Vorsitz zu Salzburg und Präsidentin Andrea Eder-Gitschthaler.

Seebers Präsidentschaft im Bundesrat hätte zwar zunächst unter dem Motto Masterplan ländlicher Raum mit dem Schwerpunkt auf Wirtschaft gestartet, die Coronakrise habe jedoch ab März plötzlich alles verändert. „Nun lag der Schwerpunkt meiner Präsidentschaft im Krisenmanagement gegen die Coronapandemie, [...] ich kann [...] mit Überzeugung sagen, dass diese Präsidentschaft mit keiner anderen in der 100-jährigen Geschichte des Bundesrats vergleichbar ist“, zeigte sich Seeber überzeugt.

In Sondersitzungen des Bundesrats, eine davon fand an einem Sonntag zwei Stunden nach dem Nationalratsplenum statt, wurden die Maßnahmenpakete zur Bekämpfung der Coronakrise diskutiert und einstimmig verabschiedet. Sein Dank galt den MitarbeiterInnen in der Parlamentsdirektion, besonders den KollegInnen der Bundesratskanzlei, die in den vergangenen Wochen Besonderes geleistet hätten. Eine Bundesratssitzung vorzubereiten, die in kürzester Zeit nach einem Nationalratsplenum stattfindet, erfordert viel Erfahrung, Sorgfalt und hohe Motivation, dankte Seeber für das Engagement.

Trotz Pandemiekrise konnte der Bundesratspräsident in seiner Amtszeit zahlreiche internationale Termine absolvieren. Er nannte das Treffen mit Martin Selmayr, dem Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, ebenso wie eine gemeinsame Veranstaltung zur 25-jährigen EU-Mitgliedschaft Österreichs mit EU-Kommissar Johannes Hahn. Gemeinsame Veranstaltungen mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in Gedenken an die Opfer des Holocausts oder zur Ausschaltung des Parlaments im Jahre 1933 standen ebenfalls auf dem Terminplan des Bundesratspräsidenten, so wie

„Was wir jetzt brauchen ist Optimismus für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, Ärmel hochkrempeln und nach vorne schauen. Dabei dürfen wir niemanden zurücklassen, der unverschuldet in Schwierigkeiten geraten ist.“

Robert Seeber

auch Gespräche mit internationalen VertreterInnen wie dem Senatspräsidenten Usbekistans oder den BotschafterInnen von Japan und Slowenien.

CORONAKRISE: DANK AN DIE BEVÖLKERUNG FÜR GROSSE DISZIPLIN

Österreich habe die gesundheitliche Krise mit einer im internationalen Vergleich sehr geringen Todesrate gut gemeistert. Dies sei einerseits der Regierung und der Opposition sowie dem raschen Handeln der Mandatarinnen und Mandatare zu verdanken. Dank gab es vom scheidenden Bundesratspräsidenten aber auch besonders für die Bevölkerung. Es sei vor



allem den Österreicherinnen und Österreichern zu danken, die mit großer Disziplin die einschränkenden Maßnahmen vorbildlich mitgetragen und sich an die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie gehalten hätten, sodass Österreich heute unter jenen Ländern in Europa mit den niedrigsten Ansteckungszahlen sei und nun am schnellsten wieder hochgefahren werden könne.

WIR MÜSSEN ZUVERSICHT UND MUT ZUM WEITERMACHEN GEBEN

Wirtschaftlich stehe das Land nun vor einer großen Herausforderung. Vielen Branchen habe die Pandemie schweren Schaden zugefügt. Mit politischer Stabilität, einer funktionierenden Infrastruktur und

als fester Teil der Staatengemeinschaft sei Österreich dabei in einer guten Ausgangssituation. „Was wir jetzt brauchen ist Optimismus für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, Ärmel hochkrempeln und nach vorne schauen. Dabei dürfen wir niemanden zurücklassen, der unverschuldet in Schwierigkeiten geraten ist. Wir müssen Unternehmerinnen und Unternehmern wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Zuversicht geben und ihnen Mut zum Weitermachen sowie für einen Neuanfang geben“, zeichnete Seeber einen klaren Weg für die Zukunft. Hierfür wäre es notwendig, dass politische VerantwortungsträgerInnen nicht im tagespolitischen Hickhack untergingen, sondern die hohe Verantwortung für die Österreicherinnen und Österreicher wahrnehmen könnten.



Veranstaltungen





REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium



Bundes
Jugend
Vertretung



25 Jahre Beitritt Österreichs zur Europäischen Union

Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des österreichischen Beitritts zur Europäischen Union wurde am 10. Februar 2020 in einer Podiumsdiskussion im Rahmen eines vorausschauenden Rückblicks über aktuelle Herausforderungen, insbesondere den Brexit, diskutiert. Noch kein Thema bei dieser Veranstaltung war die erst wenig später beginnende Coronakrise, die die Europäische Union vor tief greifende neue Herausforderungen stellte.

Gemeinsam mit der österreichischen Vertretung der Europäischen Kommission und dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments lud Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 10. Februar 2020 dazu ein, sich mit der Zukunft der Europäischen Union auseinanderzusetzen. Viele hochrangige Persönlichkeiten folgten dieser Einladung ins Haus der EU in Wien. Unter dem Titel „Vorausschauender Rückblick nach dem Brexit“ wurde anlässlich der 25-jährigen EU-Mitgliedschaft Österreichs über das vergangene Vierteljahrhundert resümiert und über gegenwärtige Herausforderungen diskutiert. Im Zentrum stand dabei der Aspekt der Bürgerbeteiligung, dem künftig mit der Konferenz zur Zukunft Europas mehr Rechnung getragen werden soll.

KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS VOR ORT

Mit den Worten: „Die Arbeit an der Zukunft beginnt jetzt“, eröffnete der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich Martin Selmayr die Veranstaltung und benannte zugleich die großen EU-Themen der Gegenwart. Es gehe darum, den Klimawandel, die Digitalisierung, die Erweiterung am Westbalkan sowie den Haushalt nicht auf abstrakter Ebene zu diskutieren, sondern näher an die BürgerInnen zu bringen. Europa sei ein gemeinsames Projekt, bei dem alle mitwirken können, sagte er. In den kommenden zwei Jahren werde dies mit der von der Kommission angekündigten „Konferenz zur Zukunft Europas“ in jeder Gemeinde geschehen.

Die BürgerInnen zu Verbündeten zu machen, um Europa gemeinsam weiter zu gestalten – dazu rief auch der Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Othmar Karas auf, der eine Videobotschaft an die anwesenden Gäste richtete. Mit dem Startschuss zur Konferenz soll die „Zukunftsgeschichte EU“ mit höchster Sorgfalt weitergeschrieben werden, insbesondere weil ihre Handlungsfähigkeit – Stichwort Brexit – trotz der vielen Erfolge an die Grenzen stoße, so Karas.

BUNDESRATSPRÄSIDENT SEEBER FORDERT BREITEN DIALOG

Um Fehler wie den Austritt Großbritanniens in Zukunft zu vermeiden und um den evidenten strukturellen Problemen, an denen die EU leide, entgegenzutreten, gelte es, die Möglichkeit einer offenen, inklusiven und transparenten Debatte zu schaffen, sagte der Präsident des Bundesrats Robert Seeber. Unter der Beteiligung von BürgerInnen, Sozialpartnern und lokalen Behörden soll die Konferenz zur Zukunft Europas als eine Art „Anleitung“ zur Weiterentwicklung der EU dienen. Freilich werde man versuchen, diese Empfehlungen auch umzusetzen. Während man die großen Themen der EU überlassen solle, seien regionale Themen aber oft besser auf nationaler Ebene zu lösen, sagte Seeber. Den Herausforderungen der Zukunft könne man nicht nur mit Idealen sondern auch mit rationalen und nüchternen Entscheidungen begegnen, um die Situation des Einzelnen nachhaltig positiv zu beeinflussen. Als Präsident der Länderkammer sei es ihm ein großes Anliegen, dass das österreichische Parlament dabei als aktiver Impulsgeber auftritt.

EU AKTIVER GESTALTER AUF DER WELTBÜHNE

Der EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung Johannes Hahn beschäftigte sich in seiner Keynote mit der Frage, wie man das Gewicht Europas in der Welt nachhaltig sichern könne. Österreich habe seine Rolle



im Herzen Europas in den letzten 25 Jahren zu nutzen gewusst und von der Union überdurchschnittlich profitiert. Die staatliche Souveränität könne man nur absichern, wenn man Teil einer größeren Familie ist und sich der wirtschaftlichen Möglichkeiten bedient, zeigte er sich überzeugt. Angesichts des internationalen Wettbewerbs werde es für die Zukunft der EU von Bedeutung sein, Standards zu setzen und aktiver Gestalter auf der Weltbühne – ein sogenannter first mover – zu sein. Die Vielfalt der Kulturen müsse man dabei als Stärke wahrnehmen.

PANELDISKUSSION MIT BREITEM THEMENSPEKTRUM

Stefan Lehne, Visiting Scholar der Carnegie Europe in Brüssel, sprach bei der anschließenden Paneldiskussion von einer Fragmentierung des politischen Spektrums in Europa, wodurch es schwieriger werde, zu regieren. Das Vertrauen in die EU habe sich in den letzten drei Jahren zwar verbessert, es herrsche aber nach wie vor Skepsis. Die Zukunftskonferenz ist für ihn eher ein Nebenthema, das Problem liege aus seiner Sicht mehr in der Methodik beziehungsweise der Art, Politik zu machen. Im Gegensatz zu Ulrike Guérot, Leiterin des Departements für Europapolitik und Demokratieforschung der Donau-Universität Krems, die sich für neue Strukturen im Sinne einer Europäischen Verfassung aussprach, will Lehne Sachthemen dafür nicht aufschieben.

Ulrike Guérot wandte zur Zukunftskonferenz ein, aus ihrer Sicht werde damit in nationalen Kontexten diskutiert werden. Außerdem würden BürgerInnen dabei nur konsultiert – es müsse aber dringend die Frage nach Souveränität und Verfassung geklärt werden. Dafür

reiche vermutlich eine „Schaufensterkonferenz“ nicht, monierte Guérot. Ihre größte Sorge sei, dass das Ergebnis letztlich in den Schubladen der Kommission „versandet“. Aus ihrer Sicht gibt es in der EU keine intakten Nationalstaaten mehr. Noch vor den Sachthemen müsse daher endlich die Frage eines institutionellen Neuaufbaus der EU gelöst werden. Die Zukunft der EU hänge an der Legitimität der politischen Verfassung und einer Europäischen Verfassung, so Guérot.

Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, glaubt trotz der „bitteren Pille“ Brexit an Chancen und an steigendes Interesse von BürgerInnen an der EU. Er teilt die Kritikpunkte zur Struktur der Zukunftskonferenz, würde aber die Gelegenheit nutzen, Vorschläge zu machen, um grenzüberschreitend zu diskutieren. Ein neuer Konstitutionalisierungsprozess würde aus seiner Sicht länger dauern, als Zeit bleibe, um die wichtigen Sachthemen zu lösen. Er sei nicht grundsätzlich gegen einen solchen Vorschlag, es gelte jetzt allerdings, Erwartungen in die Politik zu erfüllen, national und auf EU-Ebene, etwa hinsichtlich des Klimawandels.

Präsentiert wurde zudem die Publikation der Parlamentsdirektion „Fundamente – Meilensteine der Republik“ mit sowohl rückblickenden als auch vorausschauenden Beiträgen von Ernst Bruckmüller, Michael Gehler, Thomas Pankratz, Paul Schmidt, Barbara Schrank und Herbert Vytiska. Zum 25-Jahr-Jubiläum Österreichs in der EU konnte überdies auf dem Heldenplatz eine frei zugängliche Installation des Parlaments besichtigt werden. Das Leitmotiv beruht auf den Farben der Flaggen der EU-Mitgliedsländer.



Holocaustgedenktag: Erinnern als Auftrag

Wer Verantwortung in Politik und Gesellschaft trägt, trage damit auch die Verpflichtung, sich kritisch mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Gerade für Österreich seien das respektvolle Gedenken an die Opfer der Shoah und der wachsame Blick in die Zukunft unverzichtbar. Das betonte Bundesratspräsident Robert Seeber bei der Veranstaltung des Parlaments anlässlich des Internationalen Holocaustgedenktags am 27. Jänner 2020 in den Wiener Börsensälen.

75 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau am 27. Jänner 1945 wurde im Rahmen einer Gedenkveranstaltung an die Opfer erinnert und es wurden Lehren für die Gegenwart und Zukunft gezogen.

Bundesratspräsident Robert Seeber, der die Veranstaltung eröffnete, sagte, Österreich habe in der Zeit des Nationalsozialismus schwere Schuld auf sich geladen, und erinnerte: „Wir waren Täter und Vollstrecker.“

Dass jemand anders
ist oder anders
denkt, darf weder
heute noch mor-
gen ein Anlass für
Herabwürdigung,
Hass oder Hetze
sein.

Robert Seeber

Das Gedenken dürfe allerdings nicht erstarren, sondern müsse in die Zukunft getragen werden, mahnte Seeber. Es sei notwendig, die Lehren des Holocaust im Bewusstsein künftiger Generationen zu verankern. Schließlich sei dieser auf alle Zeiten eine Warnung, wohin Hass, Intoleranz, Rassismus und Vorurteil führen können. Seeber bedauerte in diesem Zusammenhang, dass es in den 75 Jahren seit der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee noch nicht gelungen sei, das Wissen um die damaligen Geschehnisse ausreichend weiterzugeben.

Um Katastrophen wie die Shoah in Hinkunft zu verhindern, sieht Seeber jeden Einzelnen aufgerufen, nicht wegzusehen, wenn Menschen gemobbt oder erniedrigt werden. Dass jemand anders ist oder anders denkt, „darf weder heute noch morgen ein Anlass für Herabwürdigung, Hass oder Hetze sein“. Gemeinsam mit der Erinnerung an die Opfer und Überlebenden gelte es in diesem Sinn, für die Gefahren radikaler Bewegungen und neuer Formen des Antisemitismus zu sensibilisieren und Empathie mit den Opfern zu fördern.

Zur Gedenkveranstaltung des Parlaments hatten Bundesratspräsident Seeber und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka gemeinsam eingeladen. Im Rahmen einer Keynotespeech setzte sich die Direktorin des Instituts für jüdische Geschichte Österreichs in Sankt Pölten Martha Keil unter anderem mit dem Thema Vermittlung auseinander. Der Generalsekretär der Israelitischen Kultusgemeinde Wien Benjamin Nägele hielt die Gedenkrede.



1945
Gedenkens
Kleist
Lager Auschwitz-Birkenau
2020



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament





Klimajugendrat im Parlament

Visionen und Ideen Jugendlicher zum Klimawandel wurden im Rahmen des Klimajugendrats am 14. Februar 2020 im Parlament diskutiert. Viele unterschiedliche Themen wie Wirtschaft, Steuern, Agrarpolitik, Bildung, Mobilität und Raumplanung standen im Fokus der Vorschläge der Jugendlichen an die Politik.

Beim Klimajugendrat im Parlament sammelten rund 15 Jugendliche, die sich für Umweltthemen engagieren, einen Tag lang Visionen und Ideen für eine zukünftige Welt und präsentierten anschließend ihre Vorschläge an die Politik. Ziel des Projekts, das auf Einladung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in Kooperation mit der Bundesjugendvertretung im Palais Epstein stattfand, ist unter anderem, Jugendliche und MandatarInnen zu vernetzen und Verständnis füreinander zu schaffen. Als zentrale Themen griffen die Jugendlichen die Bereiche Wirtschaft, Steuern, Agrarpolitik, Bildungssystem, Mobilität und Raumplanung heraus, zu denen sie ihre Ideen und Forderungen präsentierten und anschließend im Rahmen eines World Cafés mit Abgeordneten diskutierten.

BUNDESRATSPRÄSIDENT SEEBER: AUF SCHREI DER JUGEND HAT POLITIK IN DIE GÄNGE GEBRACHT

Bundesratspräsident Robert Seeber betonte in seinen Eröffnungsworten zur Präsentation der Ideen, der weltweite Aufschrei junger Menschen etwa mit Fridays for Future habe die Politik in die Gänge gebracht. Der Kampf gegen den Klimawandel erlange heute immer mehr oberste Priorität. Klar sei, dass etwas für den Schutz der Umwelt getan und der globale Temperaturanstieg gebremst werden müsse, unterstrich der Bundesratspräsident.

Auch wenn Europa nur für einen gewissen Teil verantwortlich sei, so Seeber, gelte es, mit gutem Beispiel voranzugehen und zum Trendsetter zu werden. Dabei müssten Ökonomie und Ökologie in Symbiose Hand in Hand gehen, so der Bundesratspräsident. „Es geht nur miteinander, nicht gegeneinander“, und



Ältere und Jüngere sollten einander auf Augenhöhe und mit entsprechendem Respekt begegnen. Das Thema Verzicht werde uns alle betreffen, sei es beim Fast Food oder bei Fernreisen. Wenn Wirtschaftsunternehmen in der Veränderung auch Chancen erkennen und insgesamt ein Verständnis für ein Miteinander entsteht, könne Österreich weltweit zum Vorbild werden, zeigte sich Seeber überzeugt.

Der Kampf gegen den Klimawandel erlangt heute immer mehr oberste Priorität.

Robert Seeber

Die Vorsitzende der Bundesjugendvertretung Isabella Steger hob hervor, wie intensiv sich junge Menschen für Klima und eine gesunde Umwelt engagieren, das sei „ein Herzensthema, für das sie seit einem Jahr auf die Straße gehen“. Sie dankte allen Beteiligten des heutigen Klimajugendrats und den Abgeordneten für die Bereitschaft, im Rahmen des World Cafés in Dialog zu treten. Beim Einsatz für das Klima spielen konkrete Ängste mit, so Steger. Umso wichtiger sei es, gemeinsam Veränderungen zu schaffen.

PRÄSENTATION DER TEILNEHMERINNEN DES KLIMAJUGENDRATS

Aus der Arbeit an dem Thema und den wichtigsten Highlights dieses Tages griffen die Jugendlichen fünf Themen heraus, um sie mit den MandatarInnen von Nationalrat und Bundesrat zu vertiefen. Beim Thema Steuern stand im Zentrum, wie eine sozialverträgliche und emissionsfreie Wirtschaft gestaltet werden könne – etwa durch eine CO₂-Steuer, Entlastung von Menschen, aber auch durch vermehrte Einbindung von Wissenschaft in die Politik. Die Wirtschaft sollte Bedürfnisse decken und nicht schaffen, so ein weiterer Ansatz. Außerdem stelle sich im Hinblick auf Großkonzerne die Frage von alternativen Wirtschaftssystemen.

Betreffend die Agrarpolitik wurden unter anderem umweltschädliche Förderungen thematisiert. Es gehe aber auch um Biodiversität, die verloren gehe. Zu Mobilität und Raumplanung sei neben Begrünung der Stadt ein zentrales Anliegen, öffentliche Verkehrsmittel billiger zu machen und auch am Land auszubauen.

Darüber hinaus stelle Bildung und Schule den besten Weg dar, um ein nachhaltiges und umweltfreundliches System zu bilden. Vorschläge reichten hier von einer Reform des Schulsystems über Praxisorientierung bis hin zu interdisziplinärem Lernen.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Florian Sturm und Sylvia Brenzel vom Projekt Youth for Energy Transition. Der Klimajugendrat ist Teil dieses größeren Projekts, das durch den Klima- und Energiefonds finanziert wird. Als Empowermentprogramm fördert es die soziale und politische Partizipation von Jugendlichen.



Sonderpräsidialsitzung zum Gedenktag

Im Gedenken an 75 Jahre Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen wurde der diesjährige Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in Zeiten der Coronapandemie als Sonderpräsidialsitzung des National- und Bundesrats gestaltet.

„Erst wenn wir alle zu Kämpferinnen und Kämpfern gegen Antisemitismus geworden sind, kann diese Geißel der Menschheit überwunden werden“, sagte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka heute bei einer gemeinsamen Sondersitzung der Präsidialkonferenzen des Nationalrats und des Bundesrats im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. „75 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers gedenkt das Land in Demut und Scham allen Opfern, Toten und gepeinigten Überlebenden des nationalsozialistischen Irrsinns“, so Sobotka weiter. Aus seiner Sicht forme dieses Gedenken die Gewissheit, um Rassenwahn in Österreich keinen Platz zu lassen.

Der Nationalratspräsident zeigte sich in Anbetracht der außergewöhnlichen Zeiten der österreichischen Gesellschaft gegenüber dankbar, die in ihren Grundfesten an Rechtsstaatlichkeit und Solidarität festhalte. Das Konzentrationslager Mauthausen stehe im düsteren Gegenteil zu unserer heutigen Gesellschaft. Sobotka betonte das Privileg und die Verantwortung jener Generationen, die aus persönlicher Begegnung mit Überlebenden die Geschichte am Leben erhalten und an nachfolgende Generationen weitergeben müssten.

SEEBER: KZ-GRÄUELSTATEN DES NS-TERRORS NICHT VERBLASSEN LASSEN

Bundesratspräsident Robert Seeber verwies auf die durch das Coronavirus eingeschränkte Bewegungsfreiheit der Bevölkerung. Bezugnehmend auf kürzlich stattgefundenen Demonstrationen gegen die Coroneindämmungsmaßnahmen der Regierung warnte er vor Vergleichenden Demonstrierender, die sich als Opfer „wie Juden im Faschismus“ bezeichneten. Dieser Verharmlosung des NS-Terrors müsse ebenso ent-

gegengetreten werden wie den Aufrufen zu Gewalt oder dem Säen von Hass und Zwietracht. Seeber erinnerte an das millionenfach ausgelöste Leid durch die NS-Schreckensherrschaft und rief dazu auf, die Erinnerung an diese Gräueltaten nicht verblassen zu lassen.

Per Video wurde ein in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen aufgezeichnetes Gespräch eingespielt, an dem die Leiterin des Mauthausen Memorials Barbara Glück, die Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich Hannah Lessing, der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Oskar Deutsch und der Primarius für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Schriftsteller Paulus Hochgatterer teilnahmen. Moderiert wurde das Gespräch von ORF-Redakteurin Rebekka Salzer.

(oben) Sonderpräsidialsitzung im Dachfoyer der Hofburg unter Einhaltung aller Hygiene- und Abstandsregeln

(unten) Teilnehmende an der Diskussion, die vor dem Gedenktag in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen aufgezeichnet wurde (v. li.): Barbara Glück, Paulus Hochgatterer, Hannah Lessing und Oskar Deutsch



Parlamentarische Diplomatie





Austausch auf internationaler Ebene

Der Präsident des Bundesrats erfüllt wichtige repräsentative und diplomatische Aufgaben. Die Vernetzung auf internationaler Ebene war aufgrund der Coronapandemie im ersten Halbjahr 2020 stark eingeschränkt, dennoch konnten wichtige Termine und Zusammenreffen stattfinden.

Der Bundesrat als Europakammer des österreichischen Parlaments achtet insbesondere darauf, dass die Bedürfnisse der ländlichen Regionen und der Bürgerinnen und Bürger in die Weiterentwicklung der Europäischen Union einfließen. Am 23. Jänner traf Bundesratspräsident Robert Seeber daher mit Martin Selmayr, dem neuen Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, zusammen. Große Erfahrung und weitreichende Kompetenz im europäischen Bereich erwarb sich Selmayr als früherer Kabinettschef des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker und als Generalsekretär der Europäischen Kommission.

GESPRÄCHE MIT BOTSCHAFTERN UND BOTSCHAFTERINNEN

Anlässlich des 60. Geburtstags des japanischen Kaisers Naruhito fand am 12. Februar ein Austausch mit dem japanischen Botschafter in Wien Akira Mizutani und Bundesratspräsident Seeber statt. Wenige Wochen später, am 9. März, kam es zu einem Gespräch zwischen Nachbarstaaten beim Zusammentreffen mit der Botschafterin von Slowenien in Österreich Ksenija Škrilec.

WINTERTAGUNG DER OSZE

Breiten Austausch auf parlamentarischer Ebene ermöglicht jedes Jahr die Wintertagung der OSZE. Diese fand heuer zum 19. Mal statt. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka betonte in seiner Eröffnungsansprache die große Bedeutung des ParlamentarierInnentreffens angesichts der aktuellen Krisenherde im OSZE-Raum. Der Nationalratspräsident nannte dabei als größte Herausforderung die Krise in und um die Ukraine und als weiteren wichtigen Fokus die Westbalkanländer. Sobotka rückte auch das Thema Bekämpfung des Antisemitismus in den Mittelpunkt der Debatten.

Im Rahmen der 19. OSZE-Wintertagung besuchte der stellvertretende Senatspräsident von Usbekistan Zayniddin Nizamxodjajev Bundesratspräsident Robert Seeber. Im Fokus des Austauschs stand die politische und wirtschaftliche Lage in Usbekistan.

(oben) Veranstaltung zum Thema 25 Jahre Österreich in der Europäischen Union

(Mitte links) Bundesratspräsident Robert Seeber mit dem Präsidenten der OSZE-PV George Tsereteli und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

(Mitte rechts) Bundesratspräsident Robert Seeber und Präsident des Usbekischen Senats Zayniddin Nizamxodjajev

(unten links) Japanischer Botschafter Akira Mizutani und Bundesratspräsident Robert Seeber

(unten rechts) Botschafterin von Slowenien Ksenija Škrilec und Bundesratspräsident Robert Seeber



2. HALBJAHR 2019 ÜBERSICHT BETREFFEND DIE TÄTIGKEIT DES BUNDESRATS

Sitzungen	5
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	-

In Verhandlung genommen:

Gesetzesbeschlüsse	51
davon Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	3
davon keine Zustimmung nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	1
sonstige Zustimmungen	-
davon Einsprüche	1
davon 8-Wochen-Fristablauf	-
Ablehnung im Plenum	-
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmgleichheit	-

Staatsverträge	4
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z 2 B-VG	2
davon Zustimmungen nach Art. 5 Abs. 1 Z 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 3 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 4 B-VG	1
davon Art.-15a-B-VG-Vereinbarungen	-
sonstige Zustimmungen	-

Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	7
Berichte der Volksanwaltschaft	-
Selbstständige Anträge	4
davon Gesetzesanträge	1
davon Selbstständige Entschließungsanträge	2
Petitionen	1

Eingebracht:

Schriftliche Anfragen	-
davon Dringliche Anfragen	-

Besprechungen von Anfragebeantwortungen	-
Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-
Selbstständige Anträge	11

davon Gesetzesanträge	2
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrats gem. Art. 41 Abs. 1 B-VG	1
davon Selbstständige Entschließungsanträge	8

Unselbstständige Entschließungsanträge	19
davon angenommen	9

Anträge, Einspruch zu erheben	1
Abänderungsanträge	-
Fristsetzungsanträge	6
davon angenommen	-

Sonstiges:

Erklärungen von Landeshauptleuten	1
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	-
Fragestunden	-
Aktuelle Stunden	2
Durchführung einer Enquete	1

Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrats:

EU-Ausschuss	3
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	-
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	-
Ausschussfeststellungen	-
Aktuelle Aussprache	-
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	3
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	1
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	1
Ausschuss für Familie und Jugend	-
Finanzausschuss	3
Geschäftsordnungsausschuss	-
Gesundheitsausschuss	2
Gleichbehandlungsausschuss	-
Ausschuss für innere Angelegenheiten	2
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	1
Justizausschuss	3
Kinderrechteausschuss	-
Landesverteidigungsausschuss	1
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1
Ausschuss für Sportangelegenheiten	-
Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur	-
Umweltausschuss	1
Unterrichtsausschuss	1
Unvereinbarkeitsausschuss	1
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	3
Ausschuss für Verkehr	2
Wirtschaftsausschuss	2
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	-
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-

Quelle: Bundesratskanzlei
Stand: 25. Juni 2020, 15 Uhr

1. HALBJAHR 2020 ÜBERSICHT BETREFFEND DIE TÄTIGKEIT DES BUNDESRATS

Sitzungen	9
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	-

In Verhandlung genommen:

Gesetzesbeschlüsse	43
davon Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	3
davon keine Zustimmung nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	-
sonstige Zustimmungen	-
davon Einsprüche	4
davon 8-Wochen-Fristablauf	1
Ablehnung im Plenum	-
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmgleichheit	-

Staatsverträge	10
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z 2 B-VG	3
davon Zustimmungen nach Art. 5 Abs. 1 Z 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 3 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 4 B-VG	-
davon Art.-15a-B-VG-Vereinbarungen	-
sonstige Zustimmungen	-

Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	7
Berichte der Volksanwaltschaft	3
Selbstständige Anträge	4
davon Gesetzesanträge	1
davon Selbstständige Entschließungsanträge	3
Bericht und Antrag eines Ausschusses gemäß Art. 23 Abs. 1 GO-BR	1
Petitionen	-

Eingebracht:

Schriftliche Anfragen	69
davon Dringliche Anfragen	4

Besprechungen von Anfragebeantwortungen	-
Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-
Selbstständige Anträge	7

davon Gesetzesanträge	-
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrats gem. Art. 41 Abs. 1 B-VG	2
davon Selbstständige Entschließungsanträge	5

Unselbstständige Entschließungsanträge	49
davon angenommen	35

Anträge, Einspruch zu erheben	4
Abänderungsanträge	-
Fristsetzungsanträge	3

davon angenommen	-
------------------	---

Sonstiges:

Erklärungen von Landeshauptleuten	1
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	2
Fragestunden	-
Aktuelle Stunden	2
Durchführung einer Enquete	-

Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrats:

EU-Ausschuss	5
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	1
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	5
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	1
Ausschussfeststellungen	-
Aktuelle Aussprache	1
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	4
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	3
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	2
Ausschuss für Familie und Jugend	1
Finanzausschuss	5
Geschäftsordnungsausschuss	1
Gesundheitsausschuss	2
Gleichbehandlungsausschuss	1
Ausschuss für innere Angelegenheiten	2
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	1
Justizausschuss	3
Kinderrechteausschuss	1
Landesverteidigungsausschuss	1
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2
Ausschuss für Sportangelegenheiten	1
Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur	5
Umweltausschuss	2
Unterrichtsausschuss	1
Unvereinbarkeitsausschuss	3
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	5
Ausschuss für Verkehr	2
Wirtschaftsausschuss	3
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	1
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-

Quelle: Bundesratskanzlei
Stand: 25. Juni 2020, 15 Uhr

Bildnachweis

Cover: © Land OÖ/Max Mayrhofer

S. 4:

(oben) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

(unten) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 6-13: (alle) © Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

S. 20-21:

© Parlamentsdirektion/BKA/Christopher Dunker

S. 23: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 24: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 28: © Parlamentsdirektion/Thomas Neuhauser

S. 30-31: (beide)

© Parlamentsdirektion/BKA/Regina Aigner

S. 33: © Gregor Semrad

S. 34-35: (alle)

© Parlamentsdirektion/Walter Skokanitsch

S. 36-37: © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 39-44: (alle) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 45-47: © Parlamentsdirektion/Thomas Neuhauser

S. 48 © Parlamentsdirektion/French Senate/Sonia Kerlidou

S. 50: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 53:

(oben) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

(Mitte links)

© Parlamentsdirektion/BKA/Regina Aigner

(Mitte rechts)

© Parlamentsdirektion/BKA/Christopher Dunker

(unten)

© Parlamentsdirektion/BKA/Christopher Dunker

S. 54:

(oben) © Parlamentsdirektion/BKA/Andy Wenzel

(Mitte) © Parlamentsdirektion/Thomas Neuhauser

(unten links) © Parlamentsdirektion/Senaat/Sénat/
Kevin Oeyen

(unten rechts)

© Parlamentsdirektion/BKA/Regina Aigner

S. 55: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 56-57: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 58:

(oben) © Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser

(unten links) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

(unten rechts) © Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser

S. 59:

(oben) © Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser

(Mitte) © Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser

(unten) © Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser

S. 60-61: © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 63: © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 64-65: © Parlamentsdirektion/Thomas Neuhauser

S. 66-67: © Council of Europe/Sandro Weltin (Architekt
Palais de l'Europe: Henry Bernard)

S. 69:

(oben links) © Parlamentsdirektion/Susanne Bachmann

(oben rechts) © Parlamentsdirektion/Alice Alsch-Harant

(unten) © Parlamentsdirektion/BKA/Regina Aigner

S. 70-71: © HBF/Carina Karlovits

S. 72-73: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 76: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 79: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 80-81: © Parlamentsdirektion/Michael Buchner

S. 82: © Parlamentsdirektion/Michael Buchner

S. 85: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 87: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 89: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 93: © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 94-95: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 97: © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 98-99: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 99:

(oben) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

(unten links) © HBF/Carina Karlovits

(unten rechts) © Parlamentsdirektion/Michael Buchner

S. 100:

(oben links) © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

(oben rechts) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

(Mitte) © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

(unten links) © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

(unten rechts) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 102-103: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 105: (beide) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 106-107: © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 109:

(oben) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

(Mitte links) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

(Mitte rechts) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

(unten links) © Parlamentsdirektion/Alice Alsch-Harant

(unten rechts) © Parlamentsdirektion/Alice Alsch-Harant

Infografiken

S. 14-17: © Parlamentsdirektion/Pia Wiesböck

Impressum:

Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin: Parlamentsdirektion

Adresse: Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Redaktion: Susanne Roth

Grafische Gestaltung (Layout, Grafik, Fotobearbeitung): Pia Wiesböck, Dieter Weisser

Korrektur: Johanna Axmann, Aida Besirevic

Druck: Parlamentsdirektion | Wien, im Juli 2020

Wir haben uns bemüht, alle Bildrechte zu recherchieren. Falls Sie diesbezüglich Rechtsansprüche haben, bitten wir Sie, sich mit uns unter photo@parlament.gv.at in Verbindung zu setzen.



@OeParl



@OeParl



@OeParl
#OeParl



OeParl



www.parlament.gv.at